links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 258 November 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

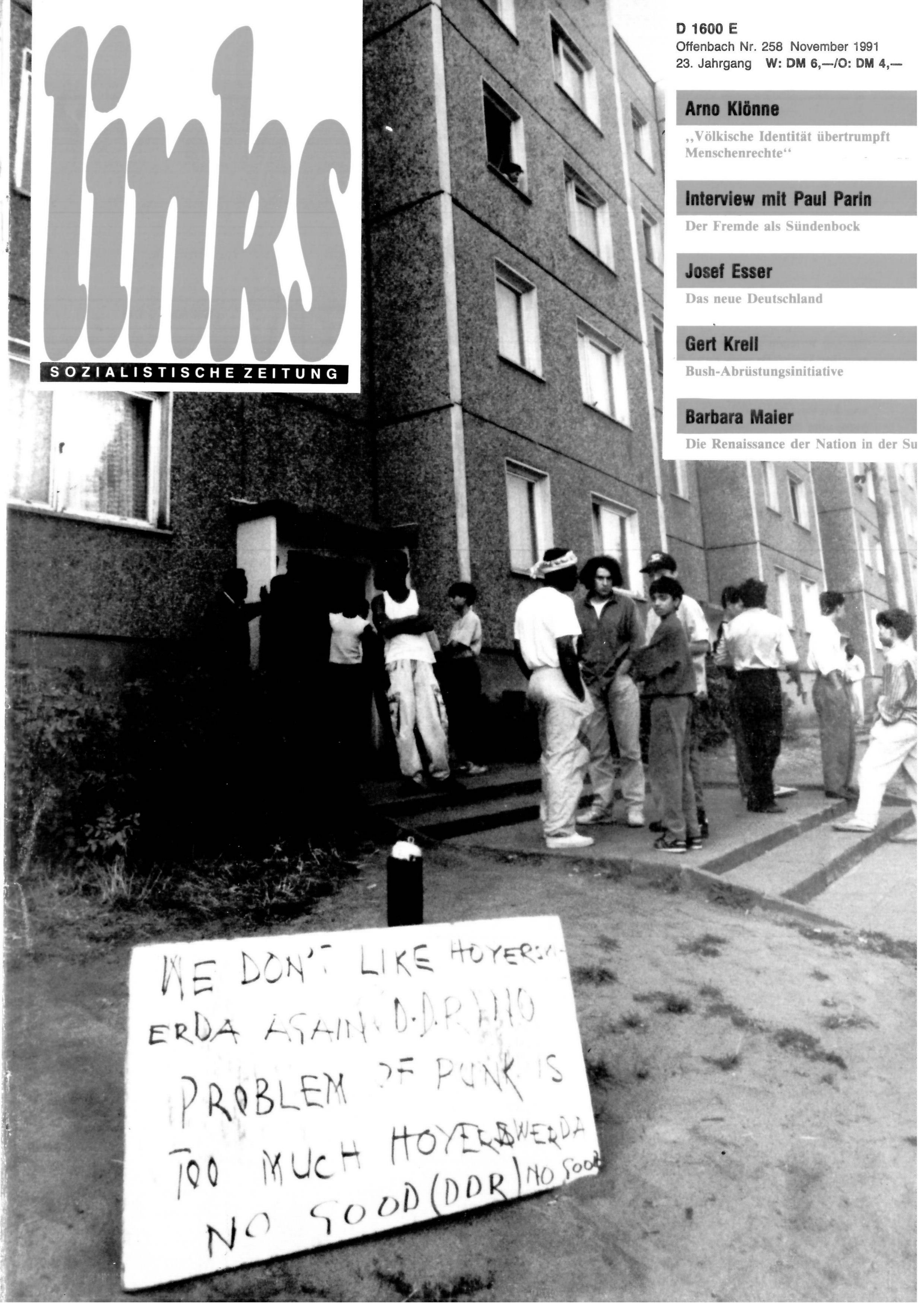
Arno Klönne
„Völkische Identität übertrumpft Menschenrechte“

Interview mit Paul Parin
Der Fremde als Sündenbock

Josef Esser
Das neue Deutschland

Gert Krell
Bush-Abrüstungsinitiative

Barbara Maier
Die Renaissance der Nation in der Su



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Die seit Wochen fast täglich stattfindenden brutalen Überfälle und Anschläge auf AusländerInnen und Ausländerwohnheime mit ausgelöst durch die bereits seit dem Sommer von den Parteien geführte beschämende Debatte über das Asylrecht, die solche Pogrome erst hoffähig gemachte, sind Thema des November-Schwerpunktes. Inwieweit dieser offene und aggressiv ausgetragene AusländerInnenhaß mit der Wiederverschwisterung mit der ehemaligen DDR zusammenhängt, versucht Felix Schneider in seinem Kommentar deutlich zu machen. Daß die Gewalttäter die hier herrschende Politik beim Wort nehmen und „den schlaffen Politikern Beine" machen, schreibt Arno Klönne in seinem Beitrag. Klönne beschreibt in seiner Analyse aber auch wie sich momentan weltweit offene oder verdeckte Kämpfe mit der Zielsetzung abspielen, eine „Ethnische Homogenität" festzuschreiben. Wie die gegenwärtige Fremdenfeindlichkeit mit der Suche nach neuen Feindbildern zusammenhängt und daß sie auch kein spezifisch deutsches Phänomen ist, wird in dem Interview mit dem Pychoanalytiker Paul Parin deutlich. Parin macht insbesondere auch auf den Zusammenhang zwischen Fremdenhaß und der Geschichte der Industrialisierung aufmerksam. Wie AusländerInnen ihre Situation empfinden und den Rassismus erleben, geben weitere Interviews mit Lydie Doo-Bunya und Jean-Claude Diallo wieder. Viele über diese in den Interviews aufgefangenen Aspekte hinausgehende Fragen, die den „neuen" Rassismus betreffen, bleiben noch zu untersuchen.

So stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang gibt mit der neuen Weltordnung, die auch eine letzte Abschottung gegen die Länder der sogenannten Dritten Welt bedeutet. Spiegelt sich nicht hier auf heimischem „Schlachtfeld" die Ausgrenzung, die die Industrienationen auf dem Sektor internationaler Wirtschaftspolitik seit Jahren friedlich und unfriedlich betreiben? Wie lassen sich die zahlenmäßig unglaublich höheren Flüchtlingsströme innerhalb der Dritten Welt, Millionen, die zwischen den ärmsten Ländern der Welt hin- und herwandern, durch ernsthafte, dauerhafte Hilfsprogramme verhindern? Hierzu bringen wir ein Interview mit Franz Nuscheler. Wie können die gesellschaftlichen Widersprüche und existentiellen Ängste, die auch Ursache für den Ausländerhaß sind, in den Ländern des noch selten zuvor so realen Kapitalismus aufgehoben werden? Diesen und anderen Fragen will die *links* auch in den nächsten Monaten nachgehen, wobei so simple Antworten wie die, 26 % Ausländer seien noch nicht genug, wohl nur denen einfallen können, die längst den Blick für die hiesigen Probleme verloren haben und eher dazu beitragen, die Atmosphäre aufzuheizen, als ihr entgegenzutreten.

Euphemistisch als Nationalitätenprobleme verhüllt, stellt sich das Problem des Rassismus auch für die osteruopäischen Staaten. Eine andere Geschichte mit einer Zwangs-Aufhebung der nationalen Unterschiede hat in Jugoslawien zum Bürgerkrieg geführt und treibt die Sowjetunion immer weiter in diese Richtung. Mit einer historischen Analyse der höchst ambivalenten Nationalitätenpolitik in der UdSSR und einer Beschreibung der Situation der *Pieds-Noir* sollen die Hintergründe der gegenwärtigen nationalen Konflikte aufgezeigt werden.

Das Abrüstungsrennen hat derzeit ein schwindelerregendes Tempo erreicht — könnte man/frau denken, wenn außer acht gelassen wird, daß hier zunächst einmal völlig überflüssig gewordene Waffensysteme abgezogen werden, daß die USA weiterhin an SDI und Atomwaffenversuchen festhalten, daß die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die immerhin 85 % des weltweiten Waffenhandels bestreiten, nur Rüstungslieferungen in Krisengebiete „vermeiden" wollen. Hinter die Abrüstungseuphorie schaut die *links* mit drei Beiträgen im Hintergrund.

Gerade sind die Herbstgutachten der bundesdeutschen Wirtschaftsinstitute zur wirtschaftlichen Entwicklung herausgekommen und verbreiten gezielt Optimismus, vorausgesetzt die Lohnerhöhungen vor allem in den östlichen Bundesländern, werden abgebremst. Das Dossier beschäftigt sich diesmal mit der sozio-ökonomischen Situation der Ex-DDR. Wie die Lage im beigeschlossenen Ostteil der Republik aussieht und wie sie sich möglicherweise entwickeln wird, analysiert Jupp Esser in einem umfassenden Beitrag, den wir in dieser und der nächsten Ausgabe veröffentlichen. Das gerade die soziale Phantasie, deren Abgesang man schon allerorts gefeiert hat, neubelebt werden muß, um die notwendigen Veränderungen in Ostdeutschland einzuleiten, dafür plädiert Ingrid Kurz-Scherf.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Gerhard Krum, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Carl-Wilhelm Macke, „Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH
Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: dpa

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel, Birgit Letsch, Claudia Weber

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Dezember-Ausgabe 1991 ist der 14.11.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Felix Schneider
Der Fremde als innerer Feind **5**

AKTUELL

Jutta Oesterle-Schwerin
§ 218: Jenseits von Fristenregelung oder Indikationsmodell **6**

Ingo Zander
„Die Menschen kommen trotzdem"
Interview mit Franz Nuscheler **8**

Dieter Maier
Der fremde Klaus Barbie **9**

Lutz Rathenow
Nötigung zur Erinnerungsarbeit
Zum Mauerschützenprozeß **11**

HINTERGRUND

Gert Krell
Diplomatisches Mehrzweckinstrument
Die Bush-Abrüstungsinitiative **12**

Klaus und Hanne Vack
BoA — Die Verfassungsparole am Ausgang des 20. Jahrhunderts **14**

20 Jahre „Antimilitarismus Information" **16**

Ingo Zander
„Rüstung bedeutet keine Arbeitsplatzgarantie". Interview mit Gerd Taschenberger **17**

DOKUMENTATION

Andrea Maihofer
Noch immer bedarf es der Zivilisierung männlicher Krieger
Zu Demokratie und Öffentlichkeit **29**

THEMA: Rassismus

Arno Klönne
„Völkische" Identität übertrumpft Menschenrechte **20**

Helga Haas-Rietschel
„Die Besitzenden fühlen sich immer von den Besitzlosen bedroht"
Interview mit Paul Parin **22**

Christoph Görg
„Man muß die Asyldebatte von der Rassismusdiskussion trennen"
Interview mit Jean-Claude Diallo **25**

Anja Ruf
Am untersten Ende steht die schwarze Frau
Interview mit Lydie Doo-Bunya **27**

Dieter Maier
Sind die Menschenrechte politisch neutral? **28**

INTERNATIONAL

Barbara Maier
Die Renaissance der Nation auf den Trümmern der Ideologie
Zum Nationalismus in der SU **31**

Jean-Claude Guillebeaud
Rußlands „pieds-noir" **34**

DOSSIER

Josef Esser
Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 1) **36**

Ingrid Kurz-Scherf
Wider die Einäscherung sozialer Phantasie **39**

RUBRIKEN

Editorial 2

LeserInnenbriefe 4

Rückblick
Ludi Lodovico:
Quittungen **35**

Szenarium 41
Thomas Kunz:
Praktische Hilfe ist möglich
Volker Luley:
Schüsse in Bockenheim

Termine 42

LESERBRIEFE

Betr.: links Nr. 257

Rückkehr zu den Nierentischen der Macht

Zu Detlef Claussens Abschiedsbrief

Mit seiner Verabschiedung vom *Sozialistischen Büro (links,* Oktober 1991) ist, so denke ich, Detlev Claussen in die Rolle eines Apologeten der *New World Order* geschlüpft, deren zentrales Fundament der Golf-Krieg geschaffen hat. Darum macht es Sinn, Claussens Positionswechsel damit zu konstatieren. „Sicherheitspolitisch", wie das verschleiernd heißt, ist diese Ordnung im wesentlichen die Fortsetzung der Politik der Doktrin von *national security*. Die macht einen feinen Unterschied. Regierungen in der „Dritten Welt", die praktisch erfolgreiche soziale Reformen durchführen, sind *dadurch* als Diktaturen definiert. Sogar, wenn sich unter ihnen solche befinden, die den traditionellen westlichen Demokratievorstellungen entsprechen wie Allendes Chile, das Guatemala von Arbenz, die Dominikanische Republik zur Amtszeit von Juan Bosch, Nicaragua zur Zeit der Sandinisten oder eben aktuell Haiti mit Präsident Aristide. Auf der anderen Seite legitimiert dies Schema von *national security* autoritäre Regimes auf marktwirtschaftlicher Grundlage mit gutem Investitionsklima fürs traditionale Kapital. Die gelten nämlich schon insoweit als demokratisch, als sie unter Umständen den einzig wirksamen Schutz gegen die so definierten diktatorischen Neigungen des Volkes versprechen und es auf den richtigen Weg führen, die Demokratie vorbereiten — so, wie in Deutschland Hitler die US-kontrollierte, stramm antikommunistische westdeutsche Nachkriegsdemokratie eigentlich gut vorbereitet hat mit der „Neutralisierung" der Gegner der Marktwirtschaftsfreiheit. Daß auf diesem Weg Menschen auf offener Straße erschossen oder im Bombemhagel begraben werden, in Zuchthäusern, Folterkellern, Konzentrationslagern und Massengräbern „verschwinden", das ist nach Möglichkeit zu vermeiden, aber auch zu verschmerzen, wenn es sich als unvermeidlich herausstellt und macht überdies zuweilen auch Sinn als *education for freedom and democracy*.

Im Feuer der Medien-Berichterstattung zum Golf-Krieg gestählte deutsche Apologeten diese Methoden der New World Order schaffen das mit „eiskaltem Realismus", den sie als verbindliche Haltung propagieren wie der Publizist Detlev Claussen in seinem Austrittsbrief an das Offenbacher Sozialistische Büro. So scheinen die Epigonen einer Theorie, die sich damit selbst begründet hat, dazu beizutragen, daß Auschwitz sich niemals wiederhole (so Adorno in den Eingriffen und in der Negativen Dialektik), nicht davor gefeit, das Lob der Fortsetzung von Auschwitz mit demokratischen Mitteln zu singen. „Post-Moderne" Meisterdenker wie Claussen machen sich selbst zum Gegenstand der vernichtenden Kritik Benjamins in den Thesen über den Begriff der Geschichte, indem sie die Kritische Theorie als die Trophäe zurichten, die dazu beitragen soll, den Marschtritt der Armeestiefel made in USA über die Leichen ihrer Opfer zu verklären und jenen den Mund zu stopfen, die die Schreie der Opfer zu Gehör bringen suchen. Die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen betonen sie, um Verbrechen zu legitimieren, die „postmodern" Auschwitz nahe kommen, nicht um jene Solidarität mit den Opfern in der Gegenwart zu üben, welche wahrem Eingedenken ohne solche ideologische Instrumentalisierung zugrunde liegt und aus ihm folgt. Letztenendes ist es der von Günter Nenning in seiner Charakterisierung Enzensbergers als den Ayatollah des Westens hervorgehobene Haß auf das Volk, das per se dogmatisch, also gegen den Anspruch ganz unkritisch, totalitärer und nekrophiler Neigungen verdächtigt wird unter Abschneiden solchermaßen in ihr Gegenteil umschlagender Ideologiekritik von ihren politökonomischen Grundlagen (wie Joachim Hirsch in *links* zurecht betont hat), der Leute wie den Magnus Enzensberger und falsche Gralshüter der Kritischen Theorie wie den Claussen verbindet.

Die sich durchhaltende ideologische Figur einer pseudolinken pauschalen kleinbürgerlichen angstbetonten Abneigung gegen den sogenannten Mann auf der Straße, der Krieg der globalen kapitalistischen Verwertungsgemeinschaft gegen aufmüpfige Völker und Politiker in der Dritten Welt, die Bezeichnung nicht Somozas, sondern der Sandinisten als Nazis seitens der USA Anfang der 80er Jahre, die nagelneuen Munitionskisten aus Israel, die jene kurz vor dem Einzug in Managua noch entdeckt haben, und Verabschiedungen wie die von Claussen fügen sich zu einem unappetitlichen Ganzen. Da er nun den, machtpolitisch betrachtet erbärmlichen, Zustand der deutschen Restlinken als *Argument gegen sie* wendet, verabschiedet er sich — und *das* verdient es vor allem, festgehalten zu werden — von der Kritischen Theorie und ihrem humanistischen Erkenntnisinteresse selbst und demonstriert sich der Öffentlichkeit als positivistischen Apologeten der mörderischen Gewalt herrschender Mächte. Denn zentral für die Kritische Theorie ist es, jenen Unterschied festzuhalten, den Claussen liquidiert mit seinem sogenannten eiskalten Realismus: den Horkheimerischen zwischen Wahrheit und Erfolg, den Benjaminischen zwischen der Katastrophe des modernen westlichen Fortschritts und der schwachen *messianischen* Kraft, die einem jeden Geschlecht mitgegeben ist, auch noch den Habermasschen zwischen theoretischer Richtigkeit und praktischer Wahrheit. (...)

HELMUT THIELEN

Betr.: links Nr. 257

Irritation

Zu Detlef Claussen

Was mich als Leserin an den Redaktionskontroversen der letzten Monate irritiert, ist nicht, daß es sie gibt, sondern daß sie auf einmal von den beteiligten Insidern nicht mehr ausgehalten werden.

Wenn ich — erstmal — Abonnentin der *links* bleibe, so doch wohl nicht, weil ich gegen „Detlev Claussen" und „für" die neue Redaktion bin. Vielmehr verbinde ich mit der *links*-Lektüre weiterhin ganz pragmatisch die Erwartung, daß sie das Theoriedefizit meines beruflichen Alltags ausgleichen hilft. Und da ist mir eine Mischung aus Bestätigung und Ärger, aus Anregung und Provokation gerade recht. Falls Euch diese Begründung zu banal ist, könnt ihr mir ja kündigen.

ELISABETH GRUNDMANN

Betr.: links Nr. 257

Nur ein Marxist ist ein Linker

Zur „Leninismus-Debatte"

Der Untergang der Sowjetunion ist ein Freudenfest für alle undogmatischen Linken! Das Wutgeheul gegen Marx, Engels und Lenin liegt in bester Tradition aller kleinbürgerlichen Kapitalisten, und der SB ist ja auch nur eine der Agenturen dieses Systems. Marx und Engels haben sich in den Auseinandersetzungen gegen die Junghegelinaner und Anarchisten klar und deutlich ausgedrückt. Siehe *Das Elend der Philosophie, Das Manifest* und die *Deutsche Ideologie*. Lodovico hetzt gegen Marx und hat keine besseren Argumente als die Marxgegner vor 180 Jahren.

Nun zu Lenin. Staat und Revolution, und der Empiriokritizismus muß für jeden Kapitalisten ein Schlag ins Gesicht bedeuten. Ein undogmatischer Linker der nichts mehr haßt, als eine feste Position einnehmen zu müssen, bedeutet Lenin der Gipfel der Diktatur. Lenin entlarvt in diesem Buch die verschiedenen Varianten bürgerlicher Philosophien, die sich alle auf den Idealismus berufen. Philosphien bilden die erkenntnistheoretischen Grundlagen jeder Ideologie.

Marxismus ist immer parteilich. Das SB muß, wenn er den Klassenkampf negiert, etwas anderes an seine Stelle setzen. Da schlägt die Stunde der Populisten mit ihren Schlagwörtern von Volk, Freiheit, Demokratie. Und dies alles wird verkleistert durch eine universelle Ethik, die an die Stelle der realen Ausbeutung durch das Kapital gesetzt wird. Allerdings wird nicht erklärt wie die Klassenunterschiede innerhalb eines Volkes aufgehoben werden sollen. Die Ethik des Kapitals und der bürgerlichen Gesellschaft wird bestimmt durch das bürgerliche Gesetzbuch und damit durch das Primat des Eigentums. Das Grundgesetz wird auch durch die Verwaltungsgesetze außer Kraft gesetzt, siehe Arbeitsgericht und Sozialgericht. Eine Ethik kann also nur eine Ethik für die Unternehmer oder Arbeiter sein, siehe Streik.

Bleibt das Resüme, wer kein Marxist ist, kann kein Linker sein. Die Aufgabe des Klassenkampfes führt automatisch ins rechte Fahrwasser.

Das SB zeigt dies deutlich. Der Beifall für Walesa und Konsorten und das nicht begreifen wollen der tatsächlichen Situation im Ostblock, die Einführung des Kapitalismus spricht eine deutliche Sprache. Ich lese *links* um mich vor falschen Propheten zu schützen.

ANONYMUS

FELIX SCHNEIDER

KOMMENTAR

Der Fremde als innerer Feind

Schon 1989 wurde vermutet, der Tod des kommunistischen Lieblingsfeindes könnte im Westen das Bedürfnis nach anderen, innerstaatlichen Feindbildern und Sündenköcken verstärken. Die Vermutung ist sehr schnell und sehr brutal bestätigt worden, in vielen europäischen Staaten, vor allem aber in Deutschland als Ersatz für die wirkliche, innere Konstitution des Nationalstaates.

Die Deutschen haben sich die Nation als äußerliche Form zwar gerne überstülpen lassen. Vertan wird die Chance, sich bewußt und emotional tragfähig neu zu konstituieren als Staatsnation, als Einwanderungsland, als internationaler Akteur mit begrenzter Souveränität im Rahmen von Europa. Verdrängt wird die Diskussion um das grundlegende Selbstverständnis des Staates, verdrängt die Debatte um eine freiheitlichere, demokratischere, modernere Verfassung. Das Verdrängte kehrt in verzerrter Form wieder, als Ersatz eben: Öffentlich zur Disposition gestellt wird die Verfassung ausgerechnet und ausschließlich da, wo sie das Asylrecht garantiert. Als seinen ersten, souveränen Verfassungsakt faßt dieses neue Deutschland ins Auge, den Flüchtlingen die Tür vor der Nase zuzuknallen, á promet...

Treffend spricht das Ost-Berliner Kabarett „Die Distel" von der „Wiederverfeindung" der lang getrennten Brüder und Schwestern.

Helmut Kohl, der seinen West-Wählern die Vereinigung zum Nulltarif versprochen hat, betätigt sich heute als Schuldenmacher und Steuereintreiber. Während abenteuerliche Hochrechnungen zirkulieren — z.B.: tausend Milliarden Mark seien im nächsten Jahrzehnt für die ehemalige DDR aufzubringen — während sich die Westdeutschen fragen, wer das bezahlen soll, überzieht die BILD-Zeitung ganz Frankfurt mit riesigen Plakaten: „Asylanten in Frankfurt — wer soll das bezahlen?" Nachdem die erste, echte Freude verflogen ist, empfinden die Menschen der alten BRD das Hinzutreten der fünf neuen Länder wie eine dunkel heraufziehende Gewitterwolke. Verworrene Schuldzuweisungen stehen im politischen Raum: Da haben wir uns ja was schönes eingebrockt. Verworrene Schuldzuweisungen können kanalisiert werden.

Neben dem wirtschaftlichen Desaster kämpfen die „Ossis" mit ihren Minderwertigkeitsgefühlen und ihren zerbrochenen Biographien. Dem selbstbewußten, leistungs- und entscheidungsstarken „Wessi" fühlen sie sich unterlegen und ausgeliefert. „Ernst ist, sagt der Bürgerrechtler Jens Reich, daß es offenbar kein Gespräch mehr gibt. (...) Die Funktion einer polemischen Debatte ist auch, neben anderem, Aggressionsabfuhr." Die Kündigung fast jeder verbalen Auseinandersetzung fördert die Bereitschaft zur Gewalt. Wer noch vor wenigen Monaten seine Hoffnungen in den Schrei „Deutschland einig Vaterland!" setzte, wie soll der heute sich als Deutscher empfinden und sein „Vaterland" als „einig" erleben?

Vielleicht bleibt ihm nur, im Rausch der Ausländerhatz, in der makabren Feststimmung von Hoyerswerda zu suchen, was er in der Wirklichkeit nicht finden kann.

Von nationalem Selbstbewußtsein oder gar von der „Bereitschaft zum Teilen", wie sie die Kirchen beschwören, ist landauf, landab nichts zu spüren. Stattdessen innen- wie außenpolitisch überall dieselbe, gefährliche Situation: Dieses Deutschland ist eine gekränkte Nation, noch bevor es *eine* Nation geworden ist. Jämmerlich war sein erster Auftritt auf der internationalen Bühne anläßlich des Golfkrieges: Da versuchte ein Wirtschaftskoloß seine milliardenschweren Rüstungsgeschäfte mit dem Irak zu verheimlichen und politisch Mäuschen zu spielen, bis er international auf der Anklagebank saß, wo ihm dann nichts besseres einfiel, als den Juden eben einen Scheck in die Hand zu drücken: ein Land, ebenso unfähig zu konsequenter Diplomatie wie eigenständiger Friedenspolitik.

Jämmerlich auch gerieten die Versuche, symbolisch ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein aufzubauen. Da bläst Willy Brandt in der FAZ zum „Appell für Berlin" und orakelt über „die politische Einheit des Landes". Die Verlegung der Hauptstadt von Bonn nach Berlin trage zur „Verwirklichung der deutschen Einheit im Innern" bei. Nichts dergleichen! Oder die Umtopfung der Preussenkönige: „Kein Handgriff hat geklappt", berichtete die FAZ, „rührend, friedlich und ungeschickt" sei's gewesen. Was da feierlicher Staatsakt sein wollte, erinnerte eher an den polizeieskortierten Transport eines sperrigen Industriegutes, etwa einer Turbine, durch irgendein europäisches Land.

Der gesamtdeutsche Bürger weiß, daß er bekommen hat, was er wollte, aber was er nun hat, das will er nicht. Da muß doch irgendjemand schuld sein dran! Wiedervereinigung, Zusammmenbruch des Kommunismus, Freizügigkeit in Europa — das westliche Herz hat bekommen, was es begehrte, allerdings auch unerwünschte Kosten und Probleme. Und die ostdeutsche Sehnsucht nach der D-Mark ist erfüllt, vor die Herrlichkeit des kapitalistischen Schlaraffenlandes aber hat ein Gott für längere Zeit das Chaos der ursprünglichen Akkumulation gesetzt, mit all seinen Entbehrungen und Ungerechtigkeiten.

Mitten hinein in diese sozialpsychologisch brisante, weil von Frustration geprägte, Situation lancierten die Politiker im Sommer ihre alljährlich mit widerlicher Regelmäßigkeit angedrehte Ausländer- und „Asylanten"-Debatte. Faktisch gab es für diese Diskussionen, wie die „Wirtschaftswoche" — wahrlich kein linksradikales Blatt — schon im August feststellte, keinen Anlaß: „Seit der letzten Debatte, Anfang 1989, ist eigentlich nichts Dramatisches passiert: Zwar verdoppelte sich die Zahl der Asylbewerber auf über 200000 pro Jahr, dafür wird sich jedoch die Zahl der Aussiedler von 400000 im vergangenen Jahr auf rund 200000 in diesem Jahr etwa halbieren. Macht unter dem Strich 100000 weniger Zuwanderer. Wo ist das Problem?" Das Problem war das Gerede von Inflation und Rezession, höheren Schulden und Steuern, das den Unionsparteien Sympathien kostete. Und Herr Wedemeier wollte für die SPD in Bremen die Wahl gewinnen, die er dann doch verlor. Und so hatte noch jeder Hinterbänkler sein borniertes Ablenkungsinteresse. Da kam dann der ganze Schmutz wieder in die Medien, all die Männerphantasien von der Flut, der Woge der Flüchtlinge der ganzen Welt.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Brandstiftung der „Biedermänner in der vom CDU-Generalsekretär Rühe noch nach der Bremen-Wahl initiierten Kampagne gegen die „SPD-Asylanten". Hier zeigte sich nicht nur die moralische Verkommenheit weiter Teile der politischen Klasse in der BRD, die noch aus jedem Thema unbekümmert der Folgen Kapital zu schlagen versucht. Dazu kommt noch die Unfähigkeit der stärksten Regierungspartei zum Vorschein, jenseits dümmster Polemik überhaupt noch politische Impulse geben zu können.

Zunächst hat die Diskussion die Ausländer und Flüchtlinge zu Sündenböcken abgestempelt und zum Abschuß freigegeben. Lange vor den wirklichen Pogromen gab es Pogromstimmung in den Medien, v.a. in Fernsehdebatten mit Publikumsbeteiligung. Hoyerswerda war vorhersehbar und wurde produziert von eben den Politikern, die jetzt zur Mäßigung mahnen, ohne auch nur eine einzige ihrer Denunziationen gegenüber Flüchtlingen zurückzunehmen. Im Gegenteil: Sie verknüpfen ihr Mitleid mit den Verfolgten und ihre Verurteilung der Rechtsradikalen regelmäßig mit dem Hinweis, daß die Opfer, die Flüchtlinge, auch schuld seien, und sei es nur, weil sie einfach zu zahlreich sind. Verantwortlich für die Pogrome sind aber nicht die Flüchtlinge, wie der demokratische Rassismus unterstellt, sondern die deutsche Gesellschaft: *diese* muß geändert werden, nicht das Asylrecht.

Bei Teilen der Bevölkerung hat die Debatte die Erwartung geweckt, jetzt werde mit den Asylsuchenden und dem Rechtsstaat kurzen Prozeß gemacht. Diese Erwartung will und wird keine der großen Parteien erfüllen. Sie werden also alle den Rückzug antreten, diese demokratischen Gelegenheits-Rassismen, und viele haben es ja schon getan. Aber gerade die Enttäuschung der geweckten Erwartung wird die Frustrations- und Ohnmachtsgefühle vergrößern, wird den Rechtsradikalen und Rassisten Zulauf bringen. So gerät selbst noch der dringend notwendige Abbruch der verhängnisvollen Debatte zum Verhängnis. ■

JUTTA OESTERLE-SCHWERIN

§ 218: Jenseits von Fristenregelung oder Indikationsmodell

In der derzeitgen Diskussion um Fristenregelung oder Indikationsmodell wird die alte Forderung der Frauenbewegung nach einer grundsätzlichen Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen — ohne Frist, ohne Zwangsberatung — gerne unerwähnt gelassen. In der Berichterstattung von TAZ bis FAZ ist häufig nur von vier Entwürfen die Rede, womit zwei Entwürfe aus den Reihen der CDU/CSU, der FDP- und der SPD-Entwurf gemeint sind. Auf der Tagesordnung des Bundestages stehen allerdings nicht vier, sondern sechs Gesetzentwürfe zur Reform des Abtreibungsrechtes, von denen zwei die völlige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vorsehen.

Der Entwurf, den Christina Schenk als Vertreterin des Unabhängigen Frauenverband (UFV) mit der Unterstützung von nur zwei weiteren Abgeordneten der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen (als Minderheitsvotum) bei der ersten Lesung im Bundestag vorgestellt hat, unterscheidet sich grundsätzlich sowohl von dem alten Entwurf der Fraktion *Die Grünen* aus der 11. Legislaturperiode (der das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Radikalfeministinnen und Ökokonservativen bei den Grünen war) sowie von dem Entwurf der PDS (der bis auf die Forderung nach der Verankerung des Rechtes auf Abtreibung in der Verfassung) mit traditionellen Argumenten begründet ist. Der UFV-Entwurf hat mit diesen Papieren nur die Forderung nach der Streichung der §§ 218 ff. gemeinsam. Im Problemaufriß sowie in der Begründung erhält er jedoch drei Elemente, die in den anderen Entwürfen so nicht formuliert wurden:

- Die grundsätzliche Infragestellung der Norm heterosexueller Lebensweisen in Zusammenhang mit ungewollten Schwangerschaften.
- Die Kritik an den herkömmlichen Antikonzeptiva und die Forderung nach Kultivierung von Sexualitätsformen, die nicht zur Schwangerschaft führen sowie nach einer Verbreitung des Wissens über natürliche Verhütungsmethoden.
- Die ausführliche Auseinandersetzung mit dem Tötungsvorwurf.

Erstmalig wird in einer Drucksache des deutschen Bundestages auf die soziokulturellen Gründe eingegangen, die einer Vermeidung ungewollter Schwangerschaften entgegenstehen: ,,Die Formen des sexuellen Umgangs von Frauen und Männern miteinander sind durch traditionelle Normen geprägt. Der gesellschaftlich gesetzte Zwang zur Heterosexualität bewirkt nicht nur die nahezu vollständige erotisch-sexuelle Hinwendung junger Menschen zum anderen Geschlecht, sondern hat in der in unserem Kulturkreis vermittelten Form auch zur Folge, daß die vaginale Penetration, die stets mit der Möglichkeit einer Schwangerschaft verbunden ist, als unhinterfragtes Non plus Ultra eines beglückenden Geschlechtslebens angesehen wird. Frauen und Männer werden dahingehend sozialisiert, diese Form der sexuellen Kommunikation, die nur mit dem Ziel praktiziert wird, ein Kind zu zeugen — zum Kriterium für den ,,richtigen'' oder ,,eigentlichen'' Geschlechtsverkehr zu machen (...)''

,,Gegenwärtig ist die Situation so, daß Verhütungsmethoden und Verhütungsmittel, deren Anwendung gesundheitlich unschädlich ist, unsicher sind und die als ,,sicher'' geltenden Verhütungsmittel Gefahren für die Gesundheit von Frauen mitsichbringen (...)''. In dem Entwurf wird auch von den Gefahren von Pille und Spirale gesprochen, die lückenlose Aufklärung über Sexualität und Geburtenregelung gefordert sowie der Position widersprochen, die besagt, daß Schwangerschaftsabbrüche kein Mittel zur Geburtenregelung sein dürften. ,,Unter der Voraussetzung der Legalisierung der Abtreibung und des Aufbaus einer flächendeckenden Versorgung mit Einrichtungen, in denen Abtreibungen zum frühen Zeitpunkt mit Hilfe schonender Methoden durchgeführt werden können, ist die Anwendung natürlicher Verhütungsmethoden (in Verbindung mit Kondomen) und die Inkaufnahme unter Umständen notwendig werdender Abtreibungen für die Gesundheit von Frauen empfehlenswerter als die jahrelange Anwendung hormoneller Antikonzeptiva oder der Spirale. Es ist notwendig, das allgemeine Wissen über die Methoden natürlicher Schwangerschaftsverhütung zu vergrößern. Dazu gehört auch die Kultivierung von Sexualitätsformen, die nicht zur Schwangerschaft führen. Da solche Praktiken in der patriarchalen Gesellschaft eine nur geringe Akzeptanz genießen, gehört es unter anderem zu den Aufgaben der Beratungsstellen, diese Akzeptanz zu fördern.

▶ Der Tötungsvorwurf ◀

Der Entwurf von Christina Schenk setzt sich zudem mit dem Tötungsvorwurf auseinander und stellt klar, daß die Festlegung einer Frist, nach deren Ablauf der Abbruch von Schwangerschaften verboten wird, unbegründet und überflüssig ist. ,,Grundlage des Tötungsvorwurfes ist die Fiktion, daß es sich bei der Leibesfrucht einer Frau um einen eigenständigen Menschen handelt. Während der Schwangerschaft ist die Leibesfrucht jedoch ein Teil der Frau, in der und über die sie existiert (...). Das Recht auf ihren Schutz kann nur der Frau selbst eingeräumt werden. Sie ist vor dem Verlust der Leibesfrucht (durch Zwangsabtreibung, ökologische Katastrophen etc.) ebenso zu schützen, wie vor dem Verlust eines anderen Teiles ihres Körpers oder ihrer Gesundheit (...).

Die Beschränkung der Abbrucherlaubnis auf eine bestimmte Frist impliziert, daß Frauen nicht selbst dazu in der Lage sind, die für sie richtige Entscheidung zu treffen (...). Normalerweise werden Schwangerschaften so früh entdeckt, daß sie, wenn sie unerwünscht sind, beim Ausbleiben von gesetzlich bedingten Verzögerungen lange vor der 12. Woche abgebrochen werden können. Bei Frauen, die ihre Schwangerschaft erst später entdecken, handelt es sich mei-

stens um sehr junge oder um ältere Frauen, deren Menstruation noch nicht oder nicht mehr regelmäßig ist. In solchen Fällen kann die 12-Wochen-Frist (...) für eine reifliche Überlegung zu kurz sein. Zudem ist die Festlegung jeglicher Frist, die kürzer ist als die, nach deren Ablauf die Leibesfrucht außerhalb des Körpers der Frau lebensfähig ist, willkürlich und durch nichts zu begründen. Nach diesem Zeitpunkt kann der Abbruch einer Schwangerschaft, ohne das Leben der Frau zu gefährden, nur durch die künstliche Einleitung der Geburt vorgenommen werden. Die Nichtversorgung oder die Tötung einer außerhalb des Körpers der Frau lebensfähigen Leibesfrucht gilt als Tötungsdelikt und wird durch andere Paragraphen des Strafgesetzbuches erfaßt. Bei dem entsprechend dem hier vorgeschlagenen Gesetz theoretisch möglichen legalen Vorgang der frühen Einleitung einer Geburt und der Überlassung des Kindes zur Entwicklung unter medizinisch stationärer Betreuung (Inkubator) kann es sich allenfalls um äußerst selten vorkommende tragische Grenzfälle handeln. Ein solcher Vorgang wäre vergleichbar mit dem Vorgang der Abgabe von Kindern zur Adoption zu einem späteren Zeitpunkt (der nicht unbedingt unmittelbar an die Geburt anschließen muß), weil die Elten nicht fähig oder nicht Willens sind, mit ihnen zu leben. Eltern-Kind-Beziehungen lassen sich zu keinem Zeitpunkt per Gesetz erzwingen.

Die politische Ablehnung der gesetzlichen Fristenregelung bedeutet nicht, daß Abbrüche zum späten Zeitpunkt angestrebt oder bejaht werden. Je länger die Leibesfrucht im Körper der Frau verweilt, desto menschenähnlicher wird sie und um so größer werden die emotionalen Barrieren, die alle Beteiligten mit dem Abbruch einer Schwangerschaft haben. Dies ist ein weiterer Grund aus dem heraus Frauen ganz von sich aus ein Interesse daran haben, einen beabsichtigten Abbruch so früh wie möglich durchführen zu lassen (...).“

▶ Das Urteil von 1975 ◀

Christina Schenk setzt sich in der Begründung ihrer Gesetzesinitiative auch mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1975 auseinander: ,,Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist aber auch in sich widersprüchlich: Seiner Logik, nach der die Leibesfrucht ab dem 15. Tag grundgesetzliche Rechte genießt, folgend, dürfte eine Schwangerschaft außer im Falle der Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Frau (medizinische Indikation), in *keinem* Fall abgebrochen werden. Entgegen dieser Logik werden jedoch im gleichen Urteil drei Gründe genannt (eugenische, kriminologische und Notlagen-Indikation), aus denen das Recht der Leibesfrucht auf Leben und körperliche Unversehrheit zugunsten anderer Belange, unter der Voraussetzung, daß sie nicht ausschließlich die der Frau sind, eingeschränkt werden kann.

Aus der Tatsache, daß die Karlsruher Richter kein totales Abtreibungsverbot forderten, sondern in ihren Augen berechtigte Gründe für den Abbruch einer Schwangerschaft durchaus zuließen, muß geschlossen werden, daß es ihnen bei der Verwerfung der Reform von 1974 (Fristenregelung) im Grunde nicht um das ,,Recht auf Leben“, sondern um die Einschränkung des Rechtes der Frau ging, innerhalb einer Zwölf-Wochen-Frist selbstbestimmt darüber zu entscheiden, ob sie die Menschwerdung der Leibesfrucht in ihrem Körper zulasse oder nicht. Ziel des Karlsruher Urteils war es, die Kontrolle des (patriarchalen) Staates über den Umgang von Fauen mit ungewollten Schwangerschaften zu erhalten bzw. zu erlangen.

Schon aus diesem Grunde ist die Argumentation des Urteils vom 25.2.1975 mit ,,dem Leben“ nicht glaubwürdig. Die Behauptung des Bundesverfassungsgerichtes, das Sittengesetz verlange die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs und die ,,Bekräftigung“ dieses Argumentes mit den millionenfachen Morden während der Zeit von 1933 bis 1945, ist angesichts wesentlich liberalerer Regelungen in Österreich, Frankreich, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden ungeheuer anmaßend.“

Zur Zeit wird von verschiedenen Seiten — sprich von *EMMA* und von einigen Realos bei den Grünen versucht, Druck auf die wenigen Feministinnen im Bundestag in Bezug auf ihre Kompromißbereitschaft auszuüben. EMMA geht soweit, zu verlangen, Frau solle einer Fristenregelung mit Zwangsberatung zustimmen, um ,,das Schlimmste“ — den CDU-Entwurf zu verhindern. Diese Forderung ist von Sachkenntnis absolut ungetrübt. Die Lage ist anders: Keiner der beiden CDU-Entwürfe (weder der ,,moderate“ noch der etwas schwärzere) hat die Chance auf eine Mehrheit im Bundestag. SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben andererseits gemeinsam zu wenig Stimmen, um eine Fristenregelung ohne Zwangsberatung durchzubringen. Dies wäre aber der äußerste Kompromiß, dem die meist aus der DDR stammenden Feministinnen im Bundestag entsprechend ihrer Prämisse — *kein zurück hinter das Abtreibungsrecht der DDR* — zustimmen würden. Deswegen sucht die SPD einen Kompromiß mit der FDP. Diese verlangt aber zu der von ihr vorgeschlagenen Fristenregelung nicht nur eine Zwangsberatung wie gehabt (§ 218 b), sondern eine indoktrinative Zwangsberatung: ,,Die Beratung dient dem Lebensschutz...“ (§ 219 Gesetzentwurf FDP).

Wenn sich die SPD weit genug in Richtung FDP bewegt, wird ein Kompromiß geschlossen werden, dem sich auch andere Anhänger der Fristenregelung, die es in allen Fraktionen gibt, ausschließen. Auf diese Weise würde eine Regelung eine Bundestagsmehrheit finden, die die Situation der DDR-Frauen verschlechtert, die der West-Frauen aber kaum verbessert. Die Stimmen der Feministinnen werden dazu überhaupt nicht gebraucht. Sollte es zu keinem Kompromiß kommen, wird keiner der sechs Entwürfe eine Mehrheit im Bundestag erhalten. Nach dem Einigungsvertrag gilt danach in den FNL die Fristenregelung der DDR fort. Gegen diese wird dann jedoch von Seiten der CDU/CSU sehr bald eine Verfassungsklage erhoben werden. Das Gleiche wurde allerdings für jede andere Fristenregelung (also auch dem o.a. FDP-SPD-Kompromiß) bereits ebenfalls angedroht. Es wird also in jedem Fall zu einem neuen BVG-Urteil kommen. ■

Der Gesetzentwurf ,,Zur Sicherung der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Umgang mit ungewollten Schwangerschaften“ (DS 12/696) kann im Büro Christina Schenk, MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn, Tel. 0228/163682 bestellt werden.

Ingo Zander

„Die Menschen kommen trotzdem“

Interview mit Franz Nuscheler zur Flüchtlingspolitik

Die Migrationsbewegungen sind eines der größten politischen Probleme, ohne daß bisher Lösungen in Sicht sind.

Für die links führte Ingo Zander ein Gespräch mit Prof. Franz Nuscheler.

Neue Völkerwanderungen entwickeln sich zu einem der größten Weltordnungsprobleme. Kriege, Diktaturen, Hunger- und Umweltkatastrophen machten schon die 80er Jahre zum ,,Jahrzehnt der Flüchtlinge“, dennoch ist die politische Klasse, so mein Eindruck, so gut wie gar nicht darauf vorbereitet.

Nuscheler: Zunächst einmal muß ich Ihnen widersprechen. Daß sie nicht vorbereitet ist, stimmt ja nicht ganz. Aber sie bereiten sich auf eine Weise vor, die das Problem überhaupt nicht lösen kann. Sie versuchen z.B. über das Schengener und Dubliner Abkommen die Mauern hochzuziehen, obwohl jeder vernünftige Mensch weiß, daß dies überhaupt nicht viel nützt. Wir werden zwar die Armee verstärken, einige Staaten haben dies ja schon getan — Österreich hat Truppen an die Grenze geschickt, Polen ein Drittel an die Ostgrenze, die Schweiz macht die Aktion ,,Limes“ — nur das wird nicht wirken. Die Menschen kommen trotzdem — sie gehen hohe Risiken ein. Wie man in Brindisi gesehen hat. Sie sind sogar bereit, sich ,,abknallen“ zu lassen, und wir wissen von den vietnamesischen boat people, daß Menschen das Risiko eingehen, auch wenn sie sich nur eine Chance von 50 zu 50 ausrechnen.

Die Politiker reagieren also nur mit einer Abschreckungs-Politik, die letztlich nicht wirksam sein wird.

Nuscheler: Was sie alle wissen, Politiker wie Wissenschaftler — und nicht erst seit Neuestem: daß wir eine präventive Politik brauchen, die die Bedingungen für die Schubfaktoren dieser Flüchtlings-Bewegungen ändern muß, scheitert ja bis heute, weil die Politiker nicht den Mut haben, Konsequenzen zu ziehen. Und das geht nicht mit kleinen Dosen, das geht nur mit massiven Maßnahmen, um das soziale Gefälle zwischen den Wohlstandsinseln und den Armutsregionen zu verringern.

Verlangt dies nicht, daß auch bei uns eigentlich eine radikale Umgestaltung ansteht wie in Osteuropa?

Nuscheler: Selbst dieses wissen die Politiker. Aber der Schritt vom Erkennen von Problemen zu notwendigen Handlungen ist weit.

Die Industriestaaten sind nicht bereit zu Strukturanpassungen, die sie anderen mit Macht und Geld aufzwingen. Wir werden nur durch bereits geschehene Katastrophen partielle Lehren ziehen.

Welche Mindestmaßnahmen müßten denn heute eingeleitet werden?

Nuscheler: Wir brauchen sehr differenzierte Maßnahmen, weil die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge unterschiedlich ist. Teilweise sind es einfach schlichte Massenarmutsprobleme, wo ich tatsächlich mit Nahrungsmitteln kommen muß. Aber beispielsweise nicht in Nordafrika oder Ghana, wo nicht die Ärmsten, sondern die ,,Mittelklasse“ flüchtet, Hochschulabsolventen, die einfach keine Zukunftsperspektive haben. Nur: Ohne eine ganz rasche und großzügige ,,Entschuldung“ bleibt die Situation hoffnungslos. Die Schuldensituation würgt die Länder regelrecht ab. Leute werden zu Zehntausenden entlassen, Lehrer, Beamte, wobei es nicht nur um einen aufgeblähten Staatsapparat geht, sondern vitale Bereiche wie das Bildungs- und Gesundheitswesen personell völlig ausgetrocknet werden. Hier findet ein intellektueller Substanzverlust statt. Das Groteske dabei ist, daß wir dorthin wiederum Lehrer schicken im Wege der ,,Entwicklungshilfe“.

Unsere ,,Entwicklungs-Politik“ für die Länder der sogenannten Dritten Welt war doch im Kern eine Exportsubventionierung für die deutsche Wirtschaft.

Nuscheler: Sie haben völlig recht. Inzwischen ist ja selbst die Weltbank so ehrlich, zuzugeben, sie habe versagt, die Massenarmut zu bekämpfen. Und Massenarmut ist der strukturelle Faktor von Migrations-Bewegungen. Wir müssen Entwicklungs-Politik so betreiben, daß sie eigene Verheißungen erfüllen kann: also viel stärker Basis-orientiert, Armuts-orientiert und natürlich auch Ökologie-orientiert, weil die Gruppe der Umweltflüchtlinge immer größer wird. Die Prognosen darüber sind furchterregend — die Umwelt-Flüchtlinge werden der Anzahl nach noch größer werden als heute die der Kriegs-Flüchtlinge.

Was kann Ökologie-orientierte Entwicklungs-Politik konkret heißen?

Nuscheler: Zum Beispiel Versuche, die Desertifikation einzuschränken, oder den Wahnsinn der Monokulturen, die wir systematisch fördern für Produkte in unseren Supermärkten, ebenso Versuche, der Verseuchung der Oberflächen-Gewässer entgegenzuwirken mit angepaßter Technologie. Entwicklungs-Politik hießt heute Ökologie-Politik, aber was wir zur Zeit machen sind Schein-Projekte, selbst beim Regenwald-Schutz. Was wir tun ist nicht Schutz, sondern eine bessere In-Wert-Setzung, Wiederaufforstung mit schnell-wachsenden Eukalyptus-Bäumen. Diese Politik, die wir bis heute betrieben haben, ist sehr kontraproduktiv, was eigentlich alle einsehen. Das ist ja das Groteskte — nur der Schritt zu einer anderen Politik wird nicht getan, weil massive Interessen ins Spiel kommen. Dann wird keine Ökologie-orientierte Politik betrieben, sondern man besorgt zum Beispiel Siemens einen Auftrag für digitale Telefonsysteme, wodurch Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet werden. Das nennt man dann Entwicklungs-Politik, und einen Beitrag zur Modernisierung. Aber es ist überhaupt kein Beitrag zur Bekämpfung von den Ursachen, die zu Flüchtlingsströmen führen.

Prof. Franz Nuscheler gilt als einer der profundesten Kenner entwicklungspolitischer Theorie und bundesdeutscher Entwicklungspolitik. Seit 1974 ist er Professor für Vergleichende und Internationale Politik an der Universität Duisburg. Mit Dieter Nohlen Herausgeber des mehrbändigen Handbuchs der Dritten Welt. Sein ,,Lern- und Arbeitsbuch Enwicklungspolitik“ ist gerade in der dritten Auflage erschienen. 1985 Gustav-Heinemann-Friedenspreis für das Buch ,,Nirgendwo zuhause. Menschen auf der Flucht.“ Nuscheler ist auch Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), welches kürzlich den Band ,,Globale Trends — Daten zur Weltentwicklung“ mitherausgegeben hat. ■

DIETER MAIER

Der fremde Klaus Barbie

Klaus Barbie gehörte zu jener Handvoll Naziverbrecher, deren Namen die Spalten füllten, nachdem die großen Verfahren wie der Auschwitzprozeß und der Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem abgeschlossen waren. Aber alles, was die Aufmerksamkeit auf Barbie lenkte, war untypisch für die SS. Je mehr Barbie zum Skandal wurde, desto weiter rückte die Normalität der Naziherrschaft aus dem Blickfeld. Barbie ist uns fremd. Diese Fehlwahrnehmung ist symptomatisch. Das historische deutsche Verbrechen wird zum Fall für Interpol umgedeutet.

Foto: dpa

Prozeß gegen Gestapo-Chef Barbie in Lyon, 1987

In der SS war Klaus Barbie eine kleine Nummer. Seine Karrier endete bereits beim Hauptsturmführer, ein Rang, dem in der Wehrmacht der Hauptmann entsprach. Soldat war er nie. In seinen Personalberichten hatte er in den praktischen Sparten sechs mal „ausreichend", in „Weltanschauung" dafür zwei mal „gut". Das Regime hatte ihn auf einen mittleren Posten gehoben, auf dem er mangelnde Leistung durch markige Sprüche wettmachte. Die Zahl seiner Opfer ist hoch genug, aber nicht höher als die eines mobilen Einsatzkommandos in der besetzten Sowjetunion an einem Tag. Dennoch schreibt die *New York Times* am Tag nach seinem Tod, er sei eine der Hauptpersonen bei der Durchsetzung der Terrorherrschaft der Nazis während des zweiten Weltkrieges und der letzte hochrangige Kriegsverbrecher gewesen, dem der Prozeß gemacht worden sei (26. September 1991). Warum diese Mythologisierung? Warum nimmt die *New York Times* Barbie überscharf wahr und den Schwammbergerprozeß überhaupt nicht? Was macht Barbie zum bekanntesten Kriegsverbrecher nach Eichmann und Waldheim? Es sind drei Gründe, die ineinandergreifen:

- Er folterte persönlich,
- er verübte seine Verbrechen in Frankreich und nicht im besetzten Osteuropa, wo sie im unüberschaubaren Abgrund an Grausamkeit nicht aufgefallen wären,
- er machte nach 1945 mit einer Offenheit weiter, die ihm schließlich zum Verhängnis wurde.

Barbie ist die Gegenfigur zu Eichmann. Eichmann organisierte Transporte und addierte Zahlen. Er beschmutzte sich die Hände mit Tinte, nicht mit Blut. Barbie folterte mit Lust und Überzeugung. Er arbeitete nächtelang, um Gefangenen Geständnisse abzupressen. Die Folterkammer, die er in einem beschlagnahmten Hotel in Lyon einrichtete, erinnerte ans Mittelalter. Gemessen am Vernichtungsplan der Nazis waren Barbies Methoden anachronistisch. Wegen seiner persönlichen Grausamkeit ragt er als „Schlächter von Lyon" aus der Vielzahl der kleinen Eichmänner heraus. Barbie ist eine Ausnahme, ein Täter mit ausgeprägtem persönlichem Profil im Apparat der verwalteten Vernichtung. Eben diese persönlichen Züge waren es, die die publizistische Aufmerksamkeit auf ihn lenkte. Damit aber werden seine Verbrechen vom Politischen zum Kriminalistischen transponiert. In Frankreich wurde er bekannt, weil der den Résistancekämpfer Jean Moulin zu Tode folterte oder durch Folter in den Tod getrieben hatte. Deshalb wurde er 1952 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach seiner Auslieferung nach Frankreich 1983 konnte das Urteil wegen des internationalen Rechts nicht mehr vollstreckt werden. Er wurde wegen eines juristischen Restpostens, der im ersten Prozeß zu kurz gekommen war, verurteilt. Dieser Restposten war die Deportation von 44 jüdischen Kindern und sieben Erwachsenen nach Auschwitz. Aber obwohl das zweite Urteil den Kern des Naziverbrechens, die Massenvernichtung der Juden, ironisch ins Gedächtnis rief, verblieb Barbies öffentliches Bild in der Nähe von *Jack the ripper*, einem Mörder wie andere auch, der nur durch besondere Grausamkeit auffiel.

Barbie hätte als freier und wohlhabender Mann in Bolivien sterben können. Aber Folterer sind unersättlich. Wer die moralische Grenze, die zwischen Humanität und Folter verläuft, überschritten hat, kann nach vollbrachtem Verbrechen nicht einfach zur Normalität zurückkehren.

Barbie machte weiter. Nach 1947 arbeitete er in den Westzonen für den US-Geheimdienst CIC, der wußte, daß er Kriegsverbrecher war. Mit Wissen und wohl auch mit Hilfe des CIC floh Barbie nach Lateinamerika. Dort übernahm er Namen und Lebensdaten des von den Nazis ermordeten Rabbiners Klaus Altmann. Im peruanischen

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

Urwald schlug er sich als Besitzer eines kleinen Sägewerks durch und ging dann nach Bolivien. Er exportierte Chinarinde an Boehringer (Ingelheim) und nutzt diesen Kontakt als Referenz für andere Geschäfte. Er handelte mit Waffen, schmuggelte Gold und Devisen und erpresste Geschäftsleute, die dasselbe taten. Als Agent des bolivianischen Geheimdienstes hatte er Zugang zu Geschäftsakten, mit deren Hilfe er einen unerbittlichen Kleinkrieg gegen jüdische Geschäftsleute führte. Barbie und seine Naziseilschaft führten Buch über Geldtransfers ihrer Geschäftspartner in die Schweiz oder in die USA. Hin und wieder findet sich in diesen Unterlagen ein warnendes „Jude" oder ein Satz wie „Er arbeitet hauptsächlich mit Juden aus der Wallstreet (!), daher Vorsicht".

▶ Wege des Terrors ◀

Nach dem Putsch der Kokaindiktatur in Bolivien 1971 organisierte Barbie das Militär um. Es sollte nun nicht mehr die Grenzen bewachen, sondern in den Städten kämpfen. Panzer sollten durch leichte Waffen ersetzt werden. Barbie organisierte das Gefängnissystem zu einem System von Lagern für politische Gefangene um. An Stelle der Prügel trat die systematische Folter. Barbie reiste im Land umher und überwachte die Perfektionierung der Repression. Er führte, wie Linklater u.a. (s.u.) schreiben, in Bolivien „das vollentwickelte Konzentrationslager ein und unterrichtete im Gebrauch von Elektroden" bei Folterungen.

Barbie war Kontaktmann der „Verlobten des Todes", eines Söldnerhaufens meist europäischer Neonazis, die von dem Italiener Stefano delle Chiaie geführt wurden. Dieser Trupp zog folternd, mordend und bombend durch Bolivien und bereitete von Lateinamerika aus Anschläge wie den auf den Bahnhof von Bologna 1980 vor. In einem gesellschaftlich und geographisch heterogenen und politisch labilen Land wie Bolivien kann die Kontaktperson zwischen effizienten und terrorbereiten Haufen wie den „Verlobten des Todes" von ausschlaggebender Bedeutung sein. Auch über den Dienstleistungsfaschismus, den Barbie und seine Leute in Lateinamerika anboten, gibt es eine Reihe ausführlicher fremdsprachiger Publikationen, aber kaum etwas auf Deutsch.

Das Nazi-Netzwerk in Lateinamerika arbeitete mit Decknamen, geheimen Treffen und Kommunikationswegen, aber es war weniger staff organisiert als die verbreitete Darstellung es will. Um Organisationen wie „ODESSA", „Kameradenwerk" und „Die Spinne" ranken sich bereits Mythen, die sie zu perfekten Untergrundorganisationen stilisieren. In der Regel war aber die Tarnung halbherzig und die Organisation eher lose. Die Herren hauten sich auch mal gegenseitig übers Ohr. Die politischen Kontakte waren ununterscheidbar mit den meist doppelbödigen Geschäften vermischt. Die geflohenen Nazis taten genau das, was sie den Juden vorhielten: sie wechselten die Länder wie die Hemden und lebten von krummen Geschäften und der Spekulation, statt produktiv zu sein. Auch dabei tat sich Barbie hervor. Ausschlaggebend für seine Verhaftung 1983 war schließlich eine unbezahlte Schuld von 10 000 Dollar an ein bolivianisches Staatsunternehmen. Sein Anwalt hatte alles für die Flucht vorbereitet, aber seine Frau war gerade gestorben, und er, der immer ein guter Familienvater gewesen war und den Tod seiner Frau nicht verwinden konnte, hatte nicht mehr die Kraft unterzutauchen. Juristisch wäre die Auslieferung Jahre zuvor möglich gewesen. Man kannte seinen Aufenthaltsort seit 1971. Daß diese Auslieferung schließlich geschah, bedurfte der seltenen internationalen Konstellation, daß in Frankreich und in Bolivien zur gleichen Zeit fortschrittliche Regierung amtierten.

Barbie ist im Ausland bekannter als in Deutschland. Das fundierteste Buch über ihn stammt von den britischen Recherchejournalisten Magnos Linklater, Isabel Hilton, Neal Ascherson (s.u.). Daß es eine zuverlässige deutschsprachige Publikation über ihn es bis heute nicht gibt, ist mehr als eine der vielen Lücken in der Erforschung des Nationalsozialismus. Ein Buch über Barbie hätte ein Erfolg werden können, wie es in Frankreich und England der Fall war. „Barbie" ist also eine Marktlücke. Liegt das daran, daß man ihn in Deutschland als einen unter vielen Tätern hätte darstellen müssen? Die Prominenz seines Opfers Moulin hätte hier nicht auf ihn zurückgestrahlt. Die Öffentlichkeit hätte sich mit dem Sohn eines versoffenen Lehrers aus dem Dorf im Hunsrück auseinandersetzen müssen, den sie „de Bub" nannten und der katholischer Priester hatte werden sollen. Wir kennen Barbie als „Schlächter von Lyon", als Spion für den US-Geheimdienst CIA im Jahre 1947, als Handlanger der bolivianischen Diktatur, als Angeklagter und Gefangener in Frankreich, aber als Deutscher ist er uns fremd.

Als ich der Frankfurter Rundschau einen Artikel über Barbie anbot, wollte der Redakteur dem Korrespondenten in Paris den Vortritt für einen „Nachruf" lassen (was ruft man eigentlich einem Folterer und Mörder nach?). Barbie als französischer Fall! Lothar Baier rückt Barbie in der *taz* vom 27.9. gänzlich in den französischen Kontext. Die meisten Artikel zu Barbies Tod zehren vom Tonfall des Nachrufs und rücken den Verblichenen in die erträgliche Distanz einer historischen Figur. Die Alliierten haben die Asche der in Nürnberg Verurteilten in alle Winde zerstreut. Sie hatten geahnt, daß sich um ihre Gräber ein düsterer Kult entwickeln könnte. Barbie starb zu einer Zeit, in der dieser drastische Schritt politisch nicht mehr möglich war. Barbies Asche wird — womöglich in aller Stille — im Familiengrab in La Paz beigesetzt. Sind wir ihn damit endgültig los? ■

M. Linklater, I. Hilton, N. Ascherson: Klaus Barbie — The Fourth Reich. Hodder and Stroughton, England 1984.

LUTZ RATHENOW

Nötigung zur Erinnerungsarbeit

Zu den Prozessen gegen die Grenzsoldaten

„Gegen vier Mauerschützen wird in Berlin verhandelt. Ein toter und vier Angeklagte, die alle nicht oder vorbeigeschossen haben wollen. Für den einen ist der Prozeß schon Strafe genug, der andere fühlt sich durch das öffentliche Vorführen um so mehr zu Unrecht verfolgt. Natürlich ist das alles ungerecht. Honecker schwankt zwischen China und Chile. Der Schütze im letzten Glied der Befehlskette wartet auf die Höhe der Strafe. Und sitzt doch nicht zu Unrecht. Er sitzt stellvertretend für das Prinzip Gehorsam um jeden Preis, das Deutsche mehr als einmal zu Verbrechern werden ließ. Daß Nazis in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre locker entschuldet worden sind, ist kein Grund, diesen Fehler zu wiederholen.“

Der das schreibt, der Ost-Berliner Schriftsteller Lutz Rathenow, war selber „Grenzsoldat“. Der Mauerschützen-Prozeß, resümiert Rathenow, sprengt den Rahmen normaler Strafverfahren: er nötigt zur Offenlegung von Geschichte.

Auch ich war an der Grenze, 1971 bis 1973. Normal fand ich dort nichts. Auf gegen uns vorrückende westalliierte Soldaten hätten wir zum Beispiel nicht schießen dürfen. Auf vor uns flüchtende Kinder auch nicht. Vierzehnjährige galten als keine Kinder mehr. „Und wenn ein zwölfjähriges Mädchen wie 14 oder 15 wirkt, passiert den Soldaten auch nichts!“ Wenn sie gschossen haben...

So klärte uns ein Offizier über die Tötungsarbeit auf. Ich nahm mir vor, vorbeizuschießen. Obwohl ich damals ein linksradikal angehauchter staatsgetreuer Anti-Pazifist war, fand ich das Schießen auf unbewaffnete Menschen nicht richtig. Unter den Soldaten getrauten wir uns nicht, darüber deutlich zu reden. Als im Nachbarregiment der Sohn des Dorfkneipenwirts beim Pinkeln an den Grenzzaun abgeknallt wurde, spürte ich, daß meine Mitsoldaten auch nicht auf die deshalb gereichten Prämien scharf waren. Aber darauf käme es ja an — zu untersuchen, wie ein Mensch innerhalb von Befehlsstrukturen dazu gebracht wird, Dinge gegen seine Überzeugung zu tun.

Jede Armee besitzt so eine Tendenz. Aber der Grad der Persönlichkeitsvernichtung ist verschieden. Hier kommt es eben auf eine Summe von Details an. Ob der Soldat zum Beispiel das Wochenende in der Regel nach Hause fahren darf — oder ob er monatelang eingesperrt bleibt. Ich durfte einmal ein halbes Jahr nicht in Urlaub. In dieser Zeit plante ich die Tötung jenes Offiziers, der mir die Urlaubssperre einbrockte. Eine andere Geschichte. Eine, die ich bis zum Verschwinden der DDR nie erzählt hätte.

Nichts in der DDR erlebte ich derart als Angriff auf die persönliche Würde wie die Zeit bei der Armee. Nur die erste Verhaftung durch die Staatssicherheit kommt dem nahe. Die zweite schon nicht mehr, bei dem Ermittlungsverfahren 1980 wegen dem ersten Buch wurde ich ja wenigstens als Staatsfeind ernst genommen.

Vier Generäle wollen den Soldaten nun alle Schuld abnehmen. Das ist eine nochmalige Entmündigung. Sie spricht uns ehemaligen Grenzsoldaten jedes eigene Denkvermögen ab. Die Verteidigung der vier angeklagten Soldaten fährt eine ähnliche Taktik. Alle sollen sich als besonders DDR-überzeugt und frei von schlechtem Gewissen zeigen, da dies strafmildernd wirken müßte. Die Westverteidiger überschreiten dabei die Grenzen des Zynismus. Der eine wollte doch das Erschießen an der Grenze mit dem Ausführen einer Exekution gleichsetzen. Die Tötung als Normalfall, man mache die DDR noch brutaler und menschenverachtender, da kann der Einzelne seine Anpassung vor sich selbst leichter rechtfertigen. Dabei war 1989 die Todesstrafe in der DDR schon abgeschafft. Es gab tausend Wehrdienstverteidiger und noch mehr waffenlose Bausoldaten. Und eine vorsichtige Erklärung über die eigene Unfähigkeit, auf Menschen zu schießen, genügte in der Regel, um zu den Motorisierten Schützen, den Pionieren oder zumindest an die polnische Grenzen versetzt zu werden. Der Prozeß führt also in eine Sackgasse. Jede Erinnerungsarbeit wird eher verhindert als angeregt.

Ich weiß, ich könnte an ihrer Stelle vor Gericht sitzen. Ich bin gegen eine Verjährungsfrist für Tötungshandlungen im staatlichen Auftrag. Ob der im Untersuchungsgefängnis Gera zu Tode gekommene Matthias Domaschk (1981) oder die Leichen am Grenzzaun, aufgeklärt werden soll. Auch als Lektion für die Zukunft. Wir hätten uns als Grenzsoldaten in den letzten Tagen der DDR alle selbst anzeigen sollen. Mindestens der Vorbereitung zur fahrlässigen Tötung.

Von unten nach oben hätten wir so Ermittlungen erzwungen, die nicht bei Schußwinkeln und Tötungsabsichten stehen bleiben. Auch hier geht es wieder um Details, die oft durch das strafrechtliche Netz rutschten. Wem kam zuerst die Idee, erfolgreiche Schützen auszuzeichnen? Wer plante die Minensperre? Wer entschied, Todesschützen sofort von ihrer Einheit zu versetzen? Das deutet auf ein schlechtes Gewissen. Alles zusammen deutet eher auf die Notwendigkeit eines Verfahrens, daß den Rahmen normaler Strafverfahren sprengt. Die Idee wurde verschiedentlich geäußert: ein DDR-Tribunal zur Offenlegung von Geschichte. Ohne drohende abschließende Urteile, dennoch als Nötigung zur Erinnerungsarbeit. ■

Nachdruck aus Bündnis 2000, Nr, 21, 10/91

GERT KRELL

Diplomatisches Mehrzweckinstrument

Die Bush-Initiative zur Reduzierung der Nuklearwaffen

Die Bush-Initiative zur Reduzierung der Nuklearwaffen scheint — sieht man sich die Reaktion des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow an — den bisherigen Rüstungs- zu einem Abrüstungswettlauf umzuwandeln. Bush reagiert damit keineswegs nur auf den Umbruch in der Sowjetunion und im übrigen Osteuropa, seine Motive, das Nuklearwaffenarsenal zu reduzieren, beschränken sich nicht nur auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Die Bush-Initiative ist vielmehr ein diplomatisches Mehrzweckinstrument. Taktische Komponenten sind bei dieser Abrüstungs-Schachpartie zwischen Bush und Gorbatschow nicht zu übersehen.

Der amerikanische Präsident hat seine Kritiker überrascht. Die Initiative zur Verringerung der Atomwaffen-Arsenale vom 27. September 1991 gehört mit zu einer Reihe von Entscheidungen, die man dem „Zauderer" George Bush nicht ohne Weiteres zugetraut hätte. Die Bush-Initiative besteht im wesentlichen aus drei Teilen: einseitige Reduzierungen bei den taktischen Nuklearwaffen, verschiedene einseitige Maßnahmen im Bereich der strategischen Nuklearwaffen, Anregungen für Verhandlungen. Die einseitigen Maßnahmen wurden — ganz im Sinne der von Sozialwissenschaftlern schon in den sechziger Jahren entwickelten gradualistischen Strategie — mit der Erwartung verbunden, daß die Sowjetunion ähnliche Schritte unternimmt, sie wird ausdrücklich dazu aufgefordert. Zur Bedingung werden die Gegenleistungen nicht gemacht: es handelt sich — in den Kategorien der Friedensforschung — um „Vorleistungen ohne Bedingungen".

Bei den taktischen Nuklearwaffen kündigen die USA die Beseitigung (Zerstörung) aller bodengestützten Systeme (über 2000 Artilleriegranaten und Sprengköpfe für ballistische Kurzstreckenrakteten) an; außerdem die Denuklearisierung der Seestreitkräfte einschließlich der an Land stationierten Marineflieger. Die über 500 Sprengköpfe bzw. Bomben sollen teils zerstört, teils in Depots gelagert werden. Diese Denuklearisierung gilt auch für die seegestützten Marschflugkörper (SLCMs). Als Ergänzung dazu hat die Nato inzwischen beschlossen, die Zahl der Nuklearbomben der USA für die Kampfflugzeuge des Bündnisses (insgesamt ca. 1 500) zu halbieren.

Was die strategische Rüstung, also die Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite, angeht, so bietet Bush Rüstungsverzicht (keine MX-Rakete, keine mobile Version der nur mit einem Sprengkopf bestückbaren Minuteman-Rakete, keine neuen ballistischen Kurzstreckenraketen vom Typ SRAM II für die Bomber) und deeskalierende Maßnahmen mit eher symbolischer Bedeutung an: Die USA nehmen die strategischen Bomber und einige ICBMs (auch zusammen nur ein Bruchteil des gesamten Arsenals) aus der Alarmbereitschaft, und die bei START beschlossenen Reduzierungen sollen schneller als im Vertrag vorgesehen durchgeführt werden. Schließlich schlägt der amerikanische Präsident der Sowjetunion vor, möglichst bald ein neues Abkommen zu erarbeiten, das alle (landgestützten) Interkontinentalraketen (ICBMs) mit Mehrfachgefechtsköpfen beseitigt.

Die Motive für dieses umfassende Angebot sind vielfältig, sie sind keineswegs auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis beschränkt. Die Bush-Initiative ist ein *diplomatisches Mehrzweckinstrument*. Im Kontext USA-USR geht es darum, der durch den gescheiterten Putsch in der Sowjetunion entstandenen ambivalenten Lage Rechnung zu tragen. Die Gefahr einer konservativen Rekonstitution der alten Union ist weit in den Hintergrund gerückt. Damit wirken nun das taktische Nuklearpotential und auch der START-Vertrag, der noch in der Tradition der alten Rüstungskontrolle aus der Zeit des Ost-West-Konflikts steht, vollends überholt. Die Bedrohlichkeit der sowjetischen Atomwaffen ergibt sich jetzt aus einer ganz anderen Perspektive: Kontrollverlust durch die Zentrale oder die Armeeführung bzw. den KGB im Zuge einer Auflösung der alten Strukturen. Insofern zielen die Maßnahmen

▶ Rüstungskontrolle ◀

Bushs — seine Berater haben das in aller Öffentlichkeit deutlich unterstrichen — auf Rüstungskontrolle im engsten Sinne des Wortes. Zugleich aber soll die Initiative, als eine Art Morgengabe, die abrüstungsorientierten Demokraten in der USR bei der „Neuen Politik" nach dem Putsch unterstützen. Besonderes Gewicht dürfte dabei dem Verzicht der USA auf die nukleare SLCM-Option zukommen, die nicht nur für die „Falken" in Moskau ein Problem war.

Im Allianz-Kontext geht es darum, den Druck der Verbündeten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, in Richtung auf weitere Denuklearisierung aufzufangen und gleichzeitig die Option für eine modernisierte taktische Restabschreckung (nukleare Abstandswaffen auf Kampfflugzeugen) abzusichern.

Im globalen Kontext schlägt insbesondere die Entnuklearisierung der Marine zu Buche. Die Schiffe der US-Navy werden mit Ausnahme der strategischen U-Boote, die bei START erfaßt sind, zukünftig in Friedenszeiten keine Nuklearwaffen mehr an Bord führen. Das enthebt die amerikanische Diplomatie mit einem Schlage der vielen

Komplikationen, denen sie sich seit langem vor allem im Pazifik in den Beziehungen zu ihren eigenen Verbündeten wie zu anderen Staaten und politischen Bewegungen ausgesetzt sieht. Gleichzeitig gewinnt gegenüber den Entwicklungsländern die amerikanische Nonproliferationspolitik an Glaubwürdigkeit. Innenpolitisch zielt die Initiative darauf, Kürzungen des Kongresses zuvorzukommen und den Kern der Rüstungsprogrammatik des Pentagon (nuklear wie konventionell) zu behaupten.

▶ Taktische Komponenten ◀

Taktische Komponenten sind also nicht zu übersehen. Bush stellt das Zentrum der Nuklearrüstung nicht in Frge. Geräumt werden eher jene Bastionen der Abschreckung, die militärtechnisch oder militärstrategisch als veraltet gelten. So gewinnt die USA-Navy durch die Denuklearisierung sogar an Manövrierfähigkeit, sie kann ihre konventionelle Überlegenheit (z.B. zielgenaue SLCMs) nunmehr voll ausspielen. Bushs Angebot, über die Beseitigung der ICBMs mit Mehrfachgefechtsköpfen zu verhandeln, kann man zwar als Interesse an einer grundlegenden Stabilisierung der verbleibenden strategischen Abschreckung deuten (ICBMs mit Mehrfachgefechtsköpfen gelten als besonders ,,effiziente" Counterforce-, d.h. Kriegsführungswaffen); aber es betrifft einen Bereich, in dem die Sowjetunion traditionell Vorteile hat im Gegensatz zu Bombern und SLBMs (seegestützte Interkontinentalraketen), bei denen die USA ,,überlegen" sind. Schließlich muß auch erwähnt werden, was Bush nicht angeboten hat: z.B. den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen oder einen atomaren Teststop.

Es wäre gleichwohl verfehlt, den Wert der Initiative des amerikanischen Präsidenten nur auf der symbolischen Ebene zu sehen — was im übrigen nicht von vornherein eine Entwertung bedeuten müßte. Symbole und symbolische Handlungen können äußerst relevant sein und sowohl konfliktverschärfend wie deeskalierend wirken. Die US-Regierung gibt Positionen auf, die über Jahrzehnte zum Kernbestand der Abschrekkung im Ost-West-Konflikt zählten; Positionen, die z.T. noch vor wenigen Monaten oder gar Wochen von derselben Regierung als unverzichtbar hingestellt wurden. Man soll sie nicht dafür kritisieren, daß sie klüger geworden ist. Bush hat nicht nur inhaltlich sondern auch formal eine gute Wahl getroffen. Zu Zeiten des Ost-West-Antagonismus waren einseitige Vorleistungen schwer innenpolitisch durchzusetzen und nach außen nur selten erfolgreich. Unter den damaligen Umständen war die verhandelte Rüstungskontrolle das gewichtigere Instrument. In der jetzigen Situation kam es darauf an, schnell zu handeln, und bot sich die Chance, schnell eine Verdoppelung des Ergebnisses zu erzielen. Der amerikanische Präsident hat diese Chance genutzt. Es wird keine langwierigen Verhandlungen über Definitionen, Gleichgewicht, Tauschgeschäfte und Verifikate geben.

Die Reaktionen der sowjetischen Führung geben ihm Recht. Gorbatschow hat die Initiative in die Tradition des ,,Neuen Denkens" gestellt, alle Punkte aufgegriffen und bis ins Detail vergleichbare Gegenleistungen angekündigt. Er geht sogar darüber hinaus. Die Sowjetunion erklärt erneut ein Test-Moratorium für ein Jahr und setzt so ihrerseits die USA unter Zugzwang. Gorbatschow bekräftigt die sowjetische Politik des No-First-Use und fordert alle Atommächte zu einer entsprechenden gemeinsamen Erklärung auf. Er schlägt darüber hinaus den USA vor, die seegestützten taktischen Nuklearwaffen nicht nur in Depots zurückzuziehen, sondern alle zu zerstören, außerdem die Nuklearmunition in den aktiven Frontverbänden der taktischen Luftflotten zu entfernen und zentral zu lagern. Schließlich bietet Gorbatschow freiwillig über den START-Vertrag hinausgehende Rüstungskürzungen an, und er will umgehend über eine weitere Reduzierung der strategischen Offensivwaffen, und zwar um fünfzig Prozent, verhandeln. Zur Überraschung auch vieler Experten geht die sowjetische Führung sogar auf Bushs Vorschlag ein, nichtnukleare Antiraketensysteme zu erörtern und ein gemeinsames Frühwarnsystem zu diskutieren — ein Angebot, das westliche SDI-Kritiker in Verlegenheit bringen könnte.

Der Abrüstungsball liegt jetzt wieder in Washington. Es war die erklärte Intention der amerikanischen Regierung, die nukleare Abschreckung auf eine neue Grundlage zu stellen, nicht sie abzuschaffen, nicht einmal perspektivisch. Die Reaktion der Drittstaaten (England, Frankreich, China) weisen ebenfalls eher in Richtung Konsolidierung. Aber es ist schon faszinierend zu sehen, welche Tabus gerade von der sogenannten Realpolitik im Kontext der Auflösung des Ost-West-Konflikts gebrochen werden (müssen?). Die Konsequenzen solchen Tabubruchs sind nicht leicht zu kontrollieren, wie die Geschichte von Gorbatschows Reformprojekt demonstriert. Die weltweite Abschaffung der Nuklearwaffen ist gewiß nicht in Sicht, aber immerhin die Entnuklearisierung Mitteleuropas (und die der Überwasser-Seestreitkräfte), denn, nach dem jetzigen Vorlauf dürfte eine Stationierung neuer nuklearer Abstandswaffen in der Bundesrepublik nicht mehr durchzusetzen sein. Es wird auch für die ,,Realisten" in der Politik schwieriger, gegen die prinzipielle Möglichkeit einer nuklearwaffenfreien Welt zu argumentieren. Der Friedensforschung jedenfalls stünde es gut an, sie nicht mehr als Gegenbild von einem anderen Stern zu behandeln, sondern als Utopie mit Realisierungschancen zu analysieren. Was regressive Entwicklungen — über modifizierte Fortschreibungen hinaus — nicht ausschließt. ■

Gert Krell ist Politikwissenschaftler und arbeitet bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) im Frankfurt.

Hans Karl Rupp/Thomas Noetzel
MACHT, FREIHEIT, DEMOKRATIE
Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft
Biographische Annäherungen
ca. 170 S., br., ISBN 3-924800-87-1,
DM 24,80

Für die Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik spielte die Politikwissenschaft eine wichtige Rolle. Die »Väter« des akademischen Faches trugen nicht nur in ihrer Funktion als Hochschullehrer sondern auch als politische Praktiker viel zum Aufbau der westdeutschen Demokratie bei.
Die Autoren skizzieren in ihren biographischen Essays: Franz Leopold Neumann, Ernst Fraenkel, Wolfgang Abendroth, Eugen Kogon, Carlo Schmid, Dolf Sternberger, Ossip K. Flechtheim, Arnold Bergstraesser, Theodor Eschenburg, Eric Voegelin.

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. von der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
224 Seiten, br., ISBN 3-924800-47-2,
DM 19,80

Sind die Grünen noch zu retten? Der Hamburger Parteien- und Bewegungsforscher Joachim Raschke hat die Grünen eingehend untersucht, Parteitage beobachtet und viele Gespräche und Interviews geführt. Seine spannende empirische Bestandsaufnahme setzt sich mit den Grundfragen auseinander: Warum scheitert die Basisdemokratie? Warum versagt das emphatische Konzept der Bewegungspartei? Warum stimmt der Bauplan der Grünen nicht?

SCHÜREN
Marburg · Berlin

KLAUS und HANNE VACK

BoA — Die Verfassungsparole am Ausgang des 20. Jahrhunderts *

Das durch die Entwicklung in Osteuropa bewirkte Ende des Kalten Krieges eröffnete neue Chancen. Die wichtigste davon bestand und besteht darin, den Frieden zwischen unterschiedlichen Gesellschaften mit den einzig angemessenen Mitteln aufrecht zu erhalten: mit friedlichen. Für die Bundesrepublik Deutschland, deren gesamte ,,äußere'' Sicherheit, hochgerüstet und eingebunden in die Nato, gegen den ,,Osten'' ausgerichtet gewesen ist, könnte der Wegfall dieser (erdachten und/oder realen) Gefahren darin bestehen, die ohnehin unmäßig teure Rüstung aufzugeben: Eine Bundesrepublik ohne Armee. Dieser Devise haben Gruppen innerhalb der Friedensbewegung u.a. durch eine Aufklärungskampagne, verbunden mit einer Petition an den deutschen Bundestag, vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1990, das Wort gegeben. Die Sache selbst steht allerdings weiterhin auf der friedenspolitischen Tagesordnung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit dem Anschluß der ehemaligen DDR in Gestalt fünf neuer Bundesländer anders geworden. Wenn sich die neue Verfassung aber nicht nur als veränderte Wirklichkeit ergeben und aufnötigen soll, bedarf es einer bundesdeutschen Ortsbestimmung der Gegenwart, von der Vergangenheit her, auf die Zukunft hin; in beiden 45 Jahre getrennten Deutschlands, getrennt und gemeinsam zugleich.

Bisher besteht wenig Hoffnung, daß eine solche Diskussion über eine nach innen und außen eindeutig *zivile* BRD zustandekommt. Sie wird von etablierten Kreisen nicht gewünscht. Sie wird verschoben und unterdrückt. Der atem- und konzeptionslose Prozeß der ,,Vereinigung'' zerstörte selbst Ansätze des Nachdenkens. Die konventionelle Politik poltert phantasielos einher; Kosten und Zukunft mißachtend. Und wenn denn überhaupt, nun von der Unruhe des Golfkrieges verstärkt, darüber nachgedacht wird, was getan werden müßte, dann kommt nichts anderes heraus als Althergebrachtes: Nicht auffallen; sich einordnen; die eigenen kurzsichtigen Interessen ,,machtvoll'' und geschickt ins Spiel bringen.

Also wird europäische Politik ohne Idee, außer der des ökonomischen Wachstums, betrieben. Also sind nun einflußreiche Politiker dabei, das neue Deutschland auch als Weltkriegsmacht etablieren zu wollen. Strikt in den Gewändern von Sicherheitspaketen, versteht sich. Möglichst mit UNO-Helmen. Aber, was heißt das schon bei genauerem Hinsehen!

Die Verfassungsfrage im Großen verlangt mehrere Antworten, doch diese Antworten müssen zusammenpassen. Demokratisierung und die soziale Begründung von Menschenrechten können nicht umstandslos und konsequenzlos mit anderen Bauprinzipien kombiniert werden. Bezogen auf die Verfassung im Innern, und bezogen auf die Art, wie sich die Bundesrepublik in der Welt darstellen sollte, gibt es nur eine Antwort, die richtig und triftig wäre: Die BRD muß den Weg hin zu einer *Bundesrepublik ohne Armee (BoA)* einschlagen. Sie auf Abrüstung zu verpflichten, wäre zu wenig. Auf die Erprobung anderer Formen von Problem- und Konfliktlösung kommt es an.

Aber was helfen alle hier genannten (und gegebenenfalls weiteren) ,,guten Gründe'' angesichts der allgegenwärtigen Auffassung, wonach der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt? Immerhin wird auch von vielen Menschen, die sich in Friedensgruppen und Friedensarbeit engagieren, die Meinung vertreten, es gelte zwar, die Hoch- und Überrüstung drastisch zu reduzieren und vor allem die Massenvernichtungswaffen zu ächten, aber eine Gesellschaft völlig ohne Militär sei doch eher eine irreale Utopie. Wir müssen uns deshalb mit solchen Einwänden gegen die totalen Abrüstung auseinandersetzen.

▶ Pro- und Contra-Argumente ◀

1. Pro Armee: Rüstet die BRD ab, löst sie die Bundeswehr auf, verzichtet sie auf Waffen und Rüstungsproduktion und begibt sie sich damit ,,aus dem Schutzhof'' der Nato, wird sie früher oder später zum Spielball anderer Interessen. Dieselben verfügen über die Fähigkeit, die Bundesrepublik militärisch zu bedrohen und notfalls als leichtes Beutegut einzunehmen.

Contra: Die BRD war von Anfang an militärisch nicht zu sichern. Die wechselnden Doktrinen, denen sich die Bundesrepublik seit 1955 als Nato-Mitglied unterworfen hat, haben entweder die BRD insgeheim riskiert oder aber diese Doktrinen und die ihnen folgende Art der Rüstung in Westeuropa und den USA bauten auf dem Fundament ,,wirksamer'', kriegsverhindernder Abschreckung. Die Paradoxie der (glaubwürdigen!) Abschreckungsdoktrin besteht aber gerade darin, daß eine Drohung nur dann zu wirken vermag, wenn sie notfalls auch ausgeführt wird. Wäre die ständige Drohung ,,nur'' ein einziges Mal ,,Realität'' geworden, dann hätte man das Territorium von BRD und DDR und die auf ihm lebenden Menschen preisgeben müssen. Zum Zwecke der Verteidigung und des möglichen Sieges gegen den allemal einseitig vorgestellten Aggressor, die Sowjetunion. Dieser Nato- und US-Schutz Deutschlands wurde in der alten BRD bereits von der Friedensbewegung (besonders im Zusammenhang der Auseinandersetzung um die sogenannte Nachrüstung) in Frage gestellt: ,,Wer schützt uns vor unseren Freunden?'' (Oskar Lafontaine).

2. Pro Armee: Gerade weil sich die Lage in Europa verändert hat und schwerer bere-

Foto: Th. Kunz

chenbar geworden ist, kann umso weniger eine unerwartete militärische Bedrohung durch andere Staaten ausgeschlossen werden. Der Ostblock ist zwar zerfallen, aber die Sowjetunion noch immer die zweite Militärweltmacht. Der Balkan ist unruhig, und wer garantiert die ewige Freundschaft zum Beispiel Frankreichs und Großbritanniens? Letztere sind immerhin Atommächte.

Contra: Jede vernünftige und mit Augenmaß betriebene Vorstellung derartiger Gefahren unter dem Aspekt gegenwärtiger Bedingungen und ihren zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten führt unseres Erachtens zu dem eindeutigen Schluß, daß in Europa und von europäischen Mächten keine militärische Gefahr für die BRD und ihre Bewohnerinnen und Bewohner ausgeht. Es sei denn, die BRD würde ihrerseits unverhofft aggressiv. Diese Möglichkeit wäre jedoch gerade infolge eines abgerüsteten Status der BRD nicht mehr gegeben. So wenig militärische Macht zur Durchsetzung und Erhaltung herrschaftlicher Interessen zu unterschätzen ist (der Golfkrieg hat dieses Faktum wieder einmal deutlich gemacht), so sehr verfügt die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und ihrer politischen Möglichkeiten über nichtmilitärische Instrumente, sich zu wehren oder notfalls andere Länder — ebenfalls nichtmilitärisch — zu sanktionieren.

3. Pro Armee: Ein Nachfolgeeffekt einseitig vorausschreitender Abrüstung wird nicht eintreten. Vielmehr werden sich die mit der Bundesrepublik seither verbündeten Staaten mit allen möglichen Mitteln dagegen wehren, daß die BRD aus dem Sicherheitsblock und vor allem dem Denken und Handeln in Kategorien militärischer Sicherheit ausscheidet.

Contra: In der Tat. Man würde die tief eingefahrene, militärisch begründete Sicherheitskonzeption übersehen, nähme man an, eine Dynamik der Waffenvernichtung und der Auflösung militärischer Institutionen käme rasch in Gang. Irritationen, Einsprüche, Widersprüche, Widerstände werden zunächst die Folge angekündigter Abrüstung sein. Jedoch: So dringlich es ist, eine solche Entscheidung prinzipiell bald zu treffen, so wichtig die BoA-Debatte bereits heute ist, so sehr versteht es sich, daß auch innenpolitisch die Bundesrepublik nicht von einem auf den anderen Tag abrüsten könnte. Die eigene Bevölkerung muß überzeugt werden, und Brügergruppen müssen „von unten" auf Parteien und Regierung Druck ausüben, wenn die Einsicht in die Notwendigkeit totaler Abrüstung Gestalt annehmen soll. Eine solche prinzipielle Veränderung, eine solche Emanzipation der Politik vom Militär kann und darf nicht einfach irgendwo von irgendeinem (den „zuständigen" Militärs und Politikern) einseitig beschlossen werden. Dieser Umbau der Politik und die Art, bürgerliche Sicherheit zu gewährleisten, bedarf demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren. Dieser innere Prozeß bliebe auch außenpolitisch nicht folgenlos. Sobald vor allem in Europa (aber auch weltweit) einsichtig gemacht werden kann, daß „die Deutschen" Ungewöhnliches versuchen, aber im Gegensatz zu allen früheren „Ungewöhnlichkeiten" niemanden bedrohen, niemanden berauben, sondern umgekehrt auf die Solidarität der Völker bauen, wird die Abrüstungsdynamik auch andere Gesellschaften erfassen.

4. Pro Armee: Die Menschen sind wie sie sind. Jede und jeder ist ein potentieller Krieger und Egoist. Da ändert sich nichts. Damit sie sich nicht umbringen, hinterhältig übervorteilen, betrügen und belügen, müssen sie gezähmt werden. Ohne das staatliche Gewaltmonopol führt jede Gesellschaft in Anarchie und Selbstzerstörung. Und was im Innern der einzelnen Länder gilt, trifft auch zwischen ihnen zu. Solange es kein Weltmonopol gibt, das Aggressoren in die Schranken weist, müssen die einzelnen Staaten und Staatengemeinschaften so stark gerüstet sein, daß sie sich ihrer Haut wehren und ihre Bürger entsprechend schützen können. Wozu braucht man noch Staaten, wenn diese ihre Grenzen nicht mehr sichern können?

Contra: Die „Es-war-immer-so"-Annahmen, die alle Geschichte zur „Wiederkehr des Gleichen" verdammen, scheinen schwer zu widerlegen. Sie sind irrationale Blockaden und stecken voller Interessen. Man will, daß prinzipiell alles beim „alten" bleibt, darum behauptet man, nur das „Alte" sei wirklich. An unzähligen historischen Beispielen läßt sich beweisen, wie sehr Menschen bis ins vermeintliche Innerste ihres Gefühlslebens und ihrer „Grundbedürfnisse" hinein von den (historischen) Umständen geprägt werden. Die gerade abrollende Auflösung der „realsozialistischen" Staatengesellschaften und die in ihr kenntlichen Verwerfungsschichten bieten eine aufregende Anschauung. Wie haben allein vierzig Jahre SED-Herrschaft die Menschen in der DDR im Vergleich zu denjenigen in der BRD anders werden lassen, obgleich doch von unterschiedlichen „Anlagen" kaum die Rede sein dürfte. Es trifft zu, Menschen sind nicht einfach „gut". Aber sie sind ebensowenig einfach „böse". Entscheidend ist es gerade deshalb, welche Möglichkeiten zu wachsen und erwachsen zu handeln, die gesellschaftlichen Bedingungen anbieten. Wenn von Menschenrechten nicht nur geredet wird, sondern wenn sie in Bedingungen des Bewußtseins und Verhaltens im weitesten Sinne organisatorisch umgesetzt werden, dann sind Konflikte in den einzelnen Ländern und zwischen ihnen ohne tödliche Gewalt möglich.

5. Pro Armee: Wenn aber ein Verbrecher an die Spitze eines Staates gelangt und mit kriegerischen Mitteln andere Staaten und ihre Bewohner gefährdet, dann verlangen die Menschenrechte dieser bedrohten Menschen geradezu, sie zu schützen. Da können kriegerische Mittel nicht absolut ausgeschlossen werden. Alles andere läuft auf Drückebergerei hinaus. Man wäscht sich pazifistisch die Hände in Unschuld, während vor der Tür Menschen blutig abgeschlachtet werden. Siehe als aktuelles Beispiel Saddam Hussein.

Contra: Wer dürfte dies leugnen. Notsituationen, die nicht vorausgesehen worden sind, können eintreten. Doch in aller Regel kommen unberechenbare Verbrecher nicht einfach von heute auf morgen zur Herrschaft. Sie haben Geschichte; sie müssen zuvor in der „Teufelsgestalt" sich entwickelt haben, als die sie dann wie plötzlich wahrgenommen werden. Saddam Hussein war als ein verbrecherischer Potentat seit einem dutzend Jahren wohlbekannt. Selbst dann aber, wenn Versäumnisse nicht mehr rückgängig zu machen sind, gibt es genügend Möglichkeiten, einen Aggressor mit nichtmilitärischen Mitteln zu stoppen. Die hochgradig zusammenhängende Welt macht diejenigen, die sich isolieren oder die isoliert werden, verwundbar und läßt entsprechenden Druck ausüben. Wichtiger ist allerdings, daß, sobald das „letzte Mittel", also der Krieg, nicht mehr zur Verfügung steht, mögliche potentielle Konflikte gleichsam zwangsläufig (systematisch) viel früher und vor allem demokratisch zu lösen versucht werden.

6. Pro Armee: Selbst wenn unterstellt wird, der Zustand einer Welt ohne Krieg sei in irgendeiner fernen „bukolischen" Gesellschaft realistisch denkbar, ist doch der Weg dorthin unvermeidlicherweise mit Kriegen gepflastert, so daß ein Ende nicht in Sicht ist. Denn die Vorbedingungen friedlicher Konfliktlösungen fehlen heute. Waffen sind weltweit gestapelt; Massenvernichtungsmaschinen, fähig auch zum vielfachen Overkill; ABC-Waffen, zum Teil in den Händen kleiner oder gar Entwicklungsländer (z.B.

Irak, Israel, Pakistan, Indien...); High-Tech-Waffen (siehe Golfkrieg); und ,,konventionelles'' Kriegswerkzeug — nicht zuletzt geeignet für Bürgerkriege — von der Kalaschnikow und der Uzi bis zu Panzern und Flugzeugen (aktuell ,,sprechen'' sie z.B. in Jugoslawien). Und es kommt hinzu, daß die vorhandenen Konflikte nun einmal in Zeiten des Kriegsdenkens akkumuliert worden sind. Zum Charakter gewordene Denkmuster haben sich fixiert. Es ist zu spät für eine Welt ohne Waffen und ohne Armee, zu spät für eine Welt ohne Krieg. Einzig kriegsvermindernde und schadensbegrenzende Strategien liegen im Bereich des Möglichen und sind auch konsequent anzustreben.

Contra: Wir behaupten nicht, eine rasche und allwirksame Lösung zu besitzen. Wir wissen daß herkömmliche vorhandene Bewußtsein, die dementsprechend angehäuften militärischen Mittel, die Angst vor neuen, unbekannten Wegen, all diese unübersehbaren Faktoren begünstigen den ,,Status quo'' und die auf ihn bezogene ,,Realpolitik''. Wenn aber die Gefahren, die auf den ausgefahrenen Hauptstraßen herkömmlicher Politik daherrollen, verläßlicherweise die Gefahren überragen, die zu vermuten sind, wenn endlich der Mut durchbricht, neue Wege zu versuchen, dann spricht alles dafür, erste Schritte in diese neue Zukunft versprechende Richtung zu tun. Sonst geschieht es wie in Bertolt Brechts ,,Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus'', daß wir nämlich noch fragen, ob es draußen regnet oder kalt ist und das brennende Haus nicht verlassen, obwohl uns die Flammen schon zu erfassen drohen. Brechts Buddha, der die Menschen im brennenden Haus erfolglos warnt, resigniert: ,,Diese, dachte ich, müssen verbrennen, bevor sie zu fragen aufhören.''

7. Pro Armee: Die BoA-Forderung ist im Prinzip eine extreme Kehrseite der ,,deutschen Sendungen''. Am ,,deutschen Wesen'' soll nun gleichsam pazifistisch die Welt ,,genesen''. Aber alle Welt hat glücklicherweise von jedweden ,,deutschen Sendungen'' die Nase ein für allemal voll. Auch uns Deutschen sollte es ähnlich gehen, wenn wir aus der Vergangenheit zu lernen bereit sind. Laßt uns doch endlich, so wie die Menschen in anderen Ländern stinknormal sein.

Contra: Das möchte einleuchten. Und doch sind zwei zentrale Fehler solchen Argumentierens nicht zu übersehen. Zum einen heißt, die Konzeption einer Bundesrepublik ohne Armee zu vertreten, nicht einer rational perfekten Utopie nachzujagen, die die Menschen aggressions- und konfliktfrei zurechtrücken soll. Nur das Mittel des Krieges und seine rüstenden Voraussetzungen sollen bekämpft und abgeschafft werden. Welche Menschen auch immer gewaltfreie Friedensgesellschaften anstreben werden, jedenfalls sind dann auch Weg und Ziel in einem. Menschen und Gesellschaften, die darauf verzichten, weder sich noch andere gewalttätig, also mit militärischen Mitteln, ummodeln zu wollen, werden gleicherweise weder sich noch andere auf dem Altar irgendwelcher ,,hehren Ziele'' opfern. (...)

Auch wir wissen, daß Aufklärung, Information und Kontroversen noch und noch notwendig sind, um so eine radikale Forderung wie BoA für viele überhaupt begreifbar zu machen. Sicher ist aber: Erst wenn man die eigenen Vorurteile, also Urteile, die man nicht mehr zur Disposition stellt, riskiert, hat man auch die Chance, freier zu werden als zuvor. Um wieviel lebendiger, geselliger, solidarischer und angstfreier könnte eine Gesellschaft aussehen, wenn an die Stelle von Heldenfriedhöfen Friedhöfe träten, die derjenigen gedächten, die ihrem zivilen Beruf und Leben treu geblieben sind. Trauer bleibt genug. Sie muß nicht durch Krieg erzeugt werden. Welche Möglichkeiten hätten glaubwürdige Emissäre, die zuhause selbst auf kriegerische Gewalt bzw. kriegsfähige Einrichtungen verzichten und Vermittlung sowie Hilfe zu gewaltfreien Konfliktlösungen anbieten möchten!

Was nottut ist, mit dem ,,Experiment des Friedens'' zu beginnen. Einer muß anfangen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dran. Ihre neue Verfassung gewänne einen neuen Kern, einen zusätzlichen Sinn, könnte sich die BRD, könnten sich ihre Bürgerinnen und Bürger zu einer Bundesrepublik ohne Armee durchringen. ■

Anmerkung: Stark gekürzter Vorabdruck aus dem Jahrbuch '90 des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Das Jahrbuch '90 referiert und reflektiert in 12 Monatsbeiträgen (Januar bis Dezember 1990), zirka 10 Hauptaufsätze zu zentralen Ereignissen, einer umfassenden Dokumentation und einem detaillierten Ereigniskalender aus demokratischer, menschenrechtlicher und friedenspolitischer Perspektive das Jahr 1990. Das Komitee-Jahrbuch erscheint seit 1983; Umfang ca. 500 Seiten; Preis DM 25,—; Bezug: Komitee für Grundrechte und Demokratie, 6121 Sensbachtal.

20 Jahre ,,Antimilitarismus Information''

,,Die subversive ami-Idee, uneingeladen Informationen zu sichten und aufzubereiten und so einem Durchschnittsleser die Möglichkeit zu selbständiger Meinungsbildung zu geben, bleibt unersetzlich.'' Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Friedensforscher, anläßlich des 15. ,,Geburtstages'' der ami.

Gewiß: Krieg und Frieden sind als Dauerthemen in unzähligen Zeitungen vertreten. Kein Tag, an dem nicht der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die Lage am Golf oder die neueste Abrüstungsinitiative die Titelseiten füllen. Doch wer ist schon in der Lage, die vielen Meldungen, Kommentare und Analysen zu überblicken, geschweige denn zu bewerten? Wer weiß wichtige von unwichtigen Informationen zu trennen, wer vermag zu sagen, was die FAZ unterschlägt oder die taz verzerrt? Eine analysierende, korrigierende und ergänzende Arbeit ist also vonnöten, damit aus Nachrichten und Berichten Informationen werden, die ein Empfänger verstehen kann. Eine solche Arbeit leistet seit zwanzig Jahren die Redaktion der Zeitschrift ,,antimilitarismus information'' (ami). Die ami will zur Aufhellung der militarisierten Herrschaftsverhältnisse beitragen. Monat für Monat fassen ihre Redakteurinnen zusammen, was die Presse zu Thema enthält, und bereiten es in friedenspolitisch verwendbarer Form auf. Über hundert Zeitungen und Zeitschriften, vom Szeneblatt bis zum Verbandsorgan der Bundeswehr werden zu diesem Zweck gesichtet und ausgewertet. Geleistet wird diese Arbeit nicht von gutbezahlten Vollzeit-Journalisten oder Professionals aus der Friedensforschung: Alle ami-RedakteurInnen arbeiten ehrenamtlich, in einer vorwiegend studentischen Redaktion.

Das besondere Interesse der Redaktion gilt traditionell der Kriegsdienstverweigerung (KDV). Darauf ist vor allem der juristische Teil des Heftes spezialisiert: Er dient der Orientierung im Dickicht des verrechtlichten Militärsystems und weist auf wichtige Entwicklungen und Urteile im KDV-Bereich hin. Die ami wird denn auch von vielen KDV-BeraterInnen und -organisationen als Fachzeitschrift genutzt. Doch das Spektrum ihrer LeserInnen reicht weiter: vom Totalverweigerer bis zum Verteidigungsministerium. In der Friedensforschung zählt die ami zu den meistzitierten Medien.

Und die Sache selbst? Vieles deutet darauf hin, daß wirklicher Frieden auf Erden auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht einkehren wird. Die ,,neue Weltordnung'' droht noch ungerechter, noch gewaltsamer, noch zerstörerischer zu geraten als ihre vom Systemgegensatz geprägte Vorgängerin. Und es zeichnet sich ab, daß die Bundesrepublik darin eine aktive militärische Rolle spielen wird. Daher bleibt antimilitaristisch motivierte Gegenöffentlichkeit nötig; gegen die Bereitschaft vieler etablierter Medien, eine neue Weltmacht Deutschland publizistisch anzufeuern, gegen die schleichende Gewöhnung der Bevölkerung an eine Aufwertung der Bundeswehr und militärischer Traditionen. Zwanzig Jahre ami sind — leider — nicht genug.

INGO ZANDER

„Rüstung bedeutet keine Arbeitsplatzgarantie“

Interview mit Gerd Taschenberger, Betriebsratsvorsitzender bei Blohm & Voss

In der BRD kam die Konversionsdebatte in den 70er Jahren in Gang, als nach dem Putsch in Chile ein U-Boot-Auftrag bei HDW Kiel platzte. Der kurzsichtigere Teil der Belegschaft ging damals hinter der SPD-Flagge auf die Straße und demonstrierte für den Weiterbau im Auftrag des Pinochet-Regimes. Der kritische Teil der IG Metall erkannte das politische Dilemma und begann, in Arbeitskreisen über alternative Fertigungsmöglichkeiten nachzudenken — zuerst bei MAK Kiel und bei Blohm & Voss Hamburg, später auch auf der Vulkanwerft in Bremen. Anfänglich belächelte man diese Bemühungen und stellte sie als „Maschinenstürmerei“ von „Öko-Spinnern“ dar. Der sozialdemokratisch inspirierten Unterscheidung von „guten“ Kriegsschiffen unter der Etikette „Marine“ und „weniger guten“ (für politisch verdächtige Auftraggeber) mochten die kritischen Gewerkschafter allerdings gar nichts abzugewinnen und nannten die Sache beim Namen: Gewerkschaften gegen jeden Kriegsschiffbau.

Die *links* hat hierzu Gerd Taschenberger interviewt.

Ende 1980 habt ihr den ersten Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ gegründet. Was war der Anlaß?

Taschenberger: Wir haben uns seinerzeit Gedanken gemacht über die abnehmende Abhängigkeit des Unternehmens von Rüstungsproduktion und haben die Gefahr gesehen, daß die Arbeitsplätze durch diese Produktion nicht sicherer werden. Außerdem sind uns auch moralische Bedenken gekommen.

Hätten die moralischen Bedenken nicht schon in den siebziger Jahren kommen können, als sich abzeichnete, daß die Bundesrepublik auch zunehmend in Spannungsgebiete in der Dritten Welt Waffen liefert?

Taschenberger: Es gab zu diesem Thema immer Diskussionen, allerdings nur unter einer Minderheit der Belegschaft. Eine große Empfindlichkeit zu diesem Thema war nicht vorhanden.

Welche Leute sind denn in diesem Arbeitskreis Ende 1980 zusammengekommen?

Taschenberger: Es war ein Kreis von Kollegen, die alle gewerkschaftlich organisiert waren; zunächst ein relativ kleiner Kreis, der sich im Laufe der Zeit vergrößert hat — bis auf eine maximale Größe von rund 18 Kolleginnen und Kollegen. Sie kamen aus allen Berufssparten des Unternehmens. Wir haben diesen Arbeitskreis mit Zustimmung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers bei Blohm & Voss installiert. Es war also kein isolierter Kreis, sondern wir haben für eine breite Diskussion im Betrieb und auch innerhalb der gewerkschaftlichen Vertrauensleute gesorgt.

Hattet ihr euch vorher schon Gedanken gemacht, welche Produkte gesellschaftlich nützlich sein könnten, oder fingt ihr am Punkt Null an, Phantasien zu entwickeln, was in Frage kommen könnte?

Taschenberger: Es gab innerhalb der IG Metall damals einen Arbeitskreis, der sich für Rüstungsproduktion eingesetzt hat. Wir dagegen sind zu der Überzeugung gelangt, daß es erstens eine Gefährung der Arbeitsplätze auf Dauer bedeutet und zweitens eine einseitige Abhängigkeit von Rüstung dazu führt, daß die Arbeitsplätze — insbesondere wenn man in Drittländer exportiert — über Nacht gefährdet sein können. Daß hat sich dann insofern bewahrheitet, als 1982 der Falklandkrieg ausbrach und wir damals Fregatten für Argentinien gefertigt haben. Dadurch wurde der Belegschaft eigentlich erstmals bewußt, wie problematisch eine solche Produktion ist. Schlagartig wurde klar, daß auch aufgrund von politischen Entscheidungen, die nicht mehr beeinflußbar sind, Arbeitsplätze gefährdet werden.

Habt ihr damals schon über konkrete Alternativen sprechen können?

Taschenberger: Wir haben zunächst versucht herauszufiltern, welche Möglichkeiten es denn für Blohm & Voss im zivilen Bereich gäbe und haben uns zum Beispiel mit der regionalen Energiesituation auseinandergesetzt. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß Atomkraftwerke keine Langzeittechnik sein können und daß Blohm & Voss einen Beitrag leisten kann, die Energieversorgung zu dezentralisieren. Mit Hilfe unserer kleineren Block-Heizkraftwerke könnten wir ein Energieversorgungsmodell der Politik gegenüber darstellen, das dann zu einer entsprechenden Produktion bei Blohm & Voss führen könnte.

Habt ihr in dieser Phase Kontakte außerhalb des Betriebes gesucht?

Taschenberger: Als bekannt wurde, daß wir uns mit dieser Thematik beschäftigten, haben wir einen Zulauf von Wissenschaftlern aus allen Richtungen gehabt. Es gab eine sehr intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Wissenschaftlern und auch verschiedenen Instituten, die uns in unserer Auffassung bestärkt haben, daß wir uns mit regenerativen Energien beschäftigen müssen, das heißt mit Wind, Sonne, Wasser. Wir haben daraus entsprechende Produktvorschläge entwickelt und dem Unternehmen diese Produktvorschläge unterbreitet.

Du hast eben angesprochen, daß die IG Metall in den 70er Jahren eine etwas andere Position als heute vertreten hat, verbunden mit lobbyistischen Tendenzen, die ihr wohl als Problem angesehen habt. Wie haben denn diese Kreise auf euch geagiert?

Taschenberger: Die haben im wesentlichen ablehnend reagiert. Das hat sich inzwischen aber total abgewandelt, weil auch andere Kollegen erfahren haben, daß Rüstung keine Arbeitsplatzgarantie bedeutet.

Trotzdem gibt es in der BRD relativ wenig aktive Arbeitskreise. Ist denn diese Diskussion innerhalb der IG Metall aus deiner Sicht breiter geführt worden?

Taschenberger: In den letzten Jahren ist die Diskussion sehr breit geführt worden. Auf Gewerkschaftstagungen wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze" bei der IG Metall ist installiert worden. Er hat nicht den Ansatzpunkt, als Lobbyisten tätig zu werden in Bonn, sondern bemüht sich um Alternativen zur Rüstungsproduktion. Im Zuge der Abrüstung muß man sich ja ernsthafter noch als in der Vergangenheit damit auseinandersetzen, was mit den Arbeitsplätzen der im Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer passieren soll.

Wie hat sich denn eure Verankerung in der Belegschaft verändert?

Taschenberger: Ich glaube, daß sich die Bewußtseinslage verändert hat — insofern die Kollegen erfahren haben, daß Rüstung die Arbeitsplätze nicht unbedingt sichert. Allerdings haben die Kollegen auch erfahren, daß ohne Rüstung die Arbeitsplätze auch nicht mehr vorhanden wären. Aber das ist im Prinzip eine Frage an die Unternehmensleitung. Unternehmer, wenn sie politisch nicht gebremst werden, machen das, was lukrativ ist, und dazu gehören nun einmal Rüstungsaufträge.

Wie hat denn die Geschäftsleitung auf eure Vorschläge reagiert? Wurde irgendeine Idee aufgegriffen?

Taschenberger: Sicherlich sind Ideen aufgegriffen worden. Darum muß man wissen, daß Blohm & Voss im Bereich von Energieversorgungsanlagen schon lange tätig ist. Blohm & Voss will jetzt zum Beispiel eine Idee, die wir 1981 formuliert haben, verwirklichen: daß man hier aus Referenzgründen ein eigenes Block-Heizkraftwerk baut, um die Idee der dezentralisierten Energieversorgung voranzutreiben. Weiter haben wir damals dargelegt, daß Blohm & Voss gut geeignet wäre, Windkraftanlagen zu bauen. Das hat die Geschäftsleitung abgelehnt. Heute stellen wir fest, daß die Husumer Schiffswerft eines der führenden Unternehmen in diesem Bereich ist. Natürlich freut uns dies für die Kollegen in Husum, aber wir hätten damals gerne gesehen, wenn der Vorstand von Blohm & Voss AG diese Idee verwirklicht hätte. Heute fertigt man Komponenten für Windkraftanlagen. Dadurch wird deutlich, daß unsere Ideen richtig waren, auch wenn sie offiziell nicht vom Unternehmen aufgegriffen worden sind.

Gab es im Arbeitskreis Überlegungen, auch Kollegen in diese Arbeit einzubinden, die eher unpolitisch sind, aber teilweise hohen technischen Sachverstand einbringen können?

Taschenberger: Das ist eigentlich unser Hauptanliegen gewesen und ist es auch noch. Es gibt keine Beschränkungen der Teilnahme an diesem Arbeitskreis, weder politische noch andere.

Diese Arbeit verlangt sehr viel Engagement — über die Belastung im Arbeitsleben hinaus. Müßte man daher nicht fordern, dieses Brainsforming für alternative Fertigung innerhalb der Arbeitszeit zu verankern, damit auch alle mitmachen können, die außerhalb der Arbeitszeit aufgrund ihrer Familie und anderer Verpflichtungen keine Zeit finden?

Taschenberger: Das wäre wünschenswert, ist allerdings im Arbeitskreis selbst auch umstritten. Einige sind der Auffassung, man begibt sich in Abhängigkeiten, die nicht notwendig sind. Andererseits ist ein Großteil der Kollegen im Arbeitskreis gleichzeitig auch Mitglied des betrieblichen Vertrauenskörpers und der trifft sich während der Arbeitszeit einmal im Monat. Dort werden diese Themen natürlich auch besprochen. Allerdings glaube ich auch, daß — und wir haben Versuche schon unternommen — der Unternehmer nicht bereit ist, Arbeitskreissitzung während der Arbeitszeit zu genehmigen.

Würdest du es denn als sinnvollen Ansatz sehen, diese Prozesse der Produktionsentwicklung etwas demokratischer, also partizipierend steuern zu können?

Taschenberger: Das gilt nicht nur für diese Prozesse, das gilt allgemein für das Arbeitsleben. Das Problem ist, daß wir als Betriebsräte keine Möglichkeit haben, wirtschaftliche Entscheidungen zu beeinflussen. Wir haben zwar Anhörungsrechte und wir können versuchen, durch politischen Druck hier und da etwas zu erreichen. Aber das größte Manko ist, daß wir keine Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich haben. Dabei sind wir der Auffassung, daß wir Mitbestimmung auch bei den Produkten brauchen.

Während des Golfkrieges ist bekanntgeworden, daß der Betriebsrat bei Airbus in Bremen Überstunden die Zustimmung verweigert hat. Könnte es auch bei Blohm & Voss so etwas geben?

Taschenberger: Dazu gibt es bei Blohm & Voss keine Mehrheiten, das wäre so nicht machbar. Es ist auch die Frage, ob das sinnvoll ist. Meiner Meinung nach würden wir die Arbeit und die Bewußtseinsbildung, die wir hier betrieben haben, durch eine solche spektakuläre Geschichte gefährden. Warum also Überstunden ablehnen, wenn es um drei Kollegen geht, die ansonsten keine Probleme mit Rüstungsproduktion haben? Das war in Bremen der Fall und die Kollegen haben sich nachher auch fürchterlich erschrocken über das Politikum, das der Vorstand daraus gemacht hat. An diesem Beispiel sieht man die Problematik ganz deutlich.

Blohm & Voss liefert jetzt Generatorenanlagen an einen der größten Waffenproduzenten in Pakistan, ist das bei euch ein Thema?

Taschenberger: Also: Blohm & Voss liefert eine Turbine in einen Bereich hinein, in dem eine Waffenfabrik mit Strom versorgt wird, aber auch Wohnhäuser. Es ist der typische Fall, bei dem eine Exportgenehmigung vorgelegen hat.

Wie schätzt du im nachhinein die Hauptfunktion dieser Arbeitskreise ein? In den Medien haben sie ja wohl teilweise größere Aufmerksamkeit bekommen, als sie de facto in den Betrieben an Vorschlägen für die Konversion umsetzen konnten.

Taschenberger: Das ist richtig. Doch die Arbeitskreise haben nach wie vor eine ganz wichtige Funktion. Es ist notwendig, weiterhin darauf aufmerksam zu machen, daß Rüstungsproduktion keine sinnvolle Produktion für die Menschen insgesamt ist. Daß Arbeitnehmer das nicht in entsprechender Weise beeinflussen können und davon abhängig sind, daß Unternehmer solche Produktionen aufnehmen, das ist unser Dilemma. Insofern ist schon interessant, daß die Kollegen, die ja hier zu einem großen Teil in der Rüstungsproduktion arbeiten, sich selbst Gedanken darüber machen.

Müßten die Arbeitskreise mithin heute als politisches Medium wirken — auf die Parteien hin, auf die Parlamente hin?

Taschenberger: Die IG Metall hat eine Beschlußlage, die unsere Arbeit unterstützt, und wir sehen die Möglichkeit, über die IG Metall entsprechend politisch tätig zu werden. Ein einzelner Arbeitskreis kann dies auf regionaler Basis versuchen, aber Veränderungen auf diesem Gebiet kann wohl nur die Gesamtorganisation herbeiführen.

Gesetzt den Fall, in der Politik würden die Weichen auf Rüstungskonversion gestellt — und wir wollen dies nicht für alle Zeiten ausschließen —, wo siehst du dann Probleme? Besteht nicht die Gefahr von Mitnahmeeffekten bei Firmen, die sich kurzzeitig umstellen, aber bei veränderter Auftragslage sofort wieder auf die Rüstungsproduktion umschwenken? So geschehen in den Niederlanden in den achtziger Jahren.

Taschenberger: Wenn Rüstungsprogramme auslaufen, wie jetzt zum Beispiel der Leo 2, und die Politik formuliert, daß aus Gründen der nationalen oder auch der übernationalen Verteidigung Kapazitäten aufrechterhalten werden müssen, und die Unternehmen möglicherweise dahingehend unterstützt werden, sich kurzzeitig im zivilen Bereich und durch staatliche Aufträge über Wasser zu halten, dann werden die Unternehmen bis zur Reaktivierung ihrer Kapazitäten das so machen. Die Gefahr ist vorhanden.

Habt ihr konkrete Wünsche an die Politik gestellt, wie eure Arbeit jetzt gefördert werden könnte? Wären Rüstungskonversionsfonds ein Ansatz?

Taschenberger: Das ist ein wichtiger Ansatz, den wir auch schon im Bundeswirtschaftsministerium diskutiert haben. Da ist er mit Interesse aufgenommen worden. Die derzeitige politische Konstellation läßt freilich kaum große Hoffnungen auf Konversion zu.

Bisher ist diese Problematik, hauptsächlich von den betroffenen Firmen bzw. engagierten Gewerkschaftern diskutiert worden und dank der Einbindung in der IG Metall produktiv aufgegriffen worden. Müßte dieses für die ganze Gesellschaft zentrale Thema im DGB und in den anderen Mitgliedsgewerkschaften nicht offensiver behandelt werden?

Taschenberger: Die Erwartung unsererseits ist schon, daß dieses Thema intensiver diskutiert wird und nicht erst — wenn es im Prinzip schon zu spät ist — wegen so schrecklicher Ereignisse wie des Golfkrieges wieder hervorgegraben wird. Wir können allerdings feststellen, daß im Rahmen der Truppenreduzierung und der Aufgabe von vielen Bundeswehrstandorten das Thema Konversion eine breitere Diskussion innerhalb der Öffentlichkeit bekommt.

Auch vor eurem Werksgelände hat es Blockaden seitens der Friedensbewegung gegeben. Habt ihr da ein Verhältnis verloren oder gab es gar keines zu verlieren?

Taschenberger: In der Vergangenheit, etwa bis ins Jahr 1986, hat es Kontakte zur Friedensbewegung in Hamburg gegeben. Die sind abgerissen. Daß eine Blockade stattfindet, hat uns in diesem Zusammenhang nicht überrascht; aber an dem Tage sind wir davon überrascht worden. Wir haben dazu auch ein Flugblatt gemacht; und haben uns von dieser Form der Blockade distanziert, weil den Schaden nicht das Unternehmen hatte, sondern die Belegschaft. Sie ist ausgesperrt worden — vom Arbeitgeber allerdings. Wir haben noch laufende Prozesse über 140 Einzelverfahren anhängig, weil der Unternehmer sich geweigert hat zu zahlen. Wir sind der Auffassung, er hätte die Verpflichtung gehabt, die Kollegen hereinzulassen.

Die Blockade wurde also von der Geschäftsleitung gegen die Belegschaft ausgespielt?

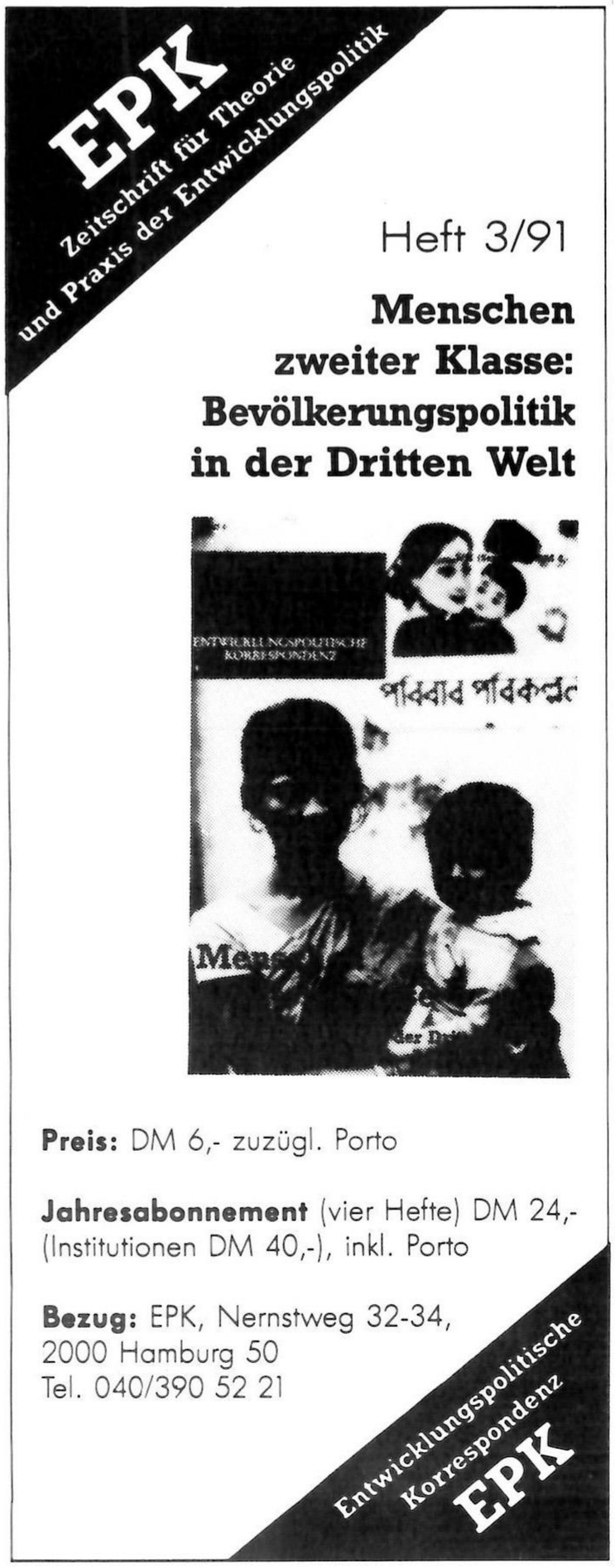
Taschenberger: Die Geschäftsleitung weigert sich, für die Zeit, wo die Kollegen wegen der Blockade nicht auf die Werft konnten, zu bezahlen. Mit der Friedensbewegung sind wir seither nicht mehr ins Gespräch gekommen, obwohl wir das angeboten haben. Viele Kollegen haben bereits an diesen Seminaren teilgenommen. Ich würde mir wünschen, daß alle Gewerkschaften sich in dieser Form damit auseinandersetzen würden.

Gerade ihr als engagierte Betriebsräte, Gewerkschafter seid ja in diesem Zusammenhang so ein bißchen zwischen die Fronten geraten; einerseits müßt und wollt ihr die berechtigten Interessen von Kolleginnen und Kollegen auf sichere Arbeitsplätze vertreten, andererseits teilt ihr die moralischen Skrupel der Friedensbewegung. Habt ihr euch nicht alleingelassen gefühlt?

Taschenberger: Inzwischen weist die Beschlußlage, aber auch die Handlungsweise der verantwortlichen IG-Metall-Funktionäre keine Distanzierung zu unseren Positionen auf. Insofern gibt es nicht das Gefühl, alleingelassen zu werden. Daß man als Betroffener und Beteiligter immer den Anspruch hat, mehr unterstützt zu werden, das ist völlig klar. Die IG Metall hat allerdings zwischenzeitlich auch mehr getan: Sie hat einen Seminartyp entwickelt zum Thema Alternative Fertigung.

Ist die Diskussion dann mehr fachspezifisch, daß man konkret anspricht, was neu gemacht werden könnte, oder geht es mehr um diese politischen...?

Taschenberger: Es ist weniger eine Produktdiskussion zum jetzigen Zeitpunkt, sondern mehr eine Diskussion um politische Wege, die gefunden werden müssen, um dieses Thema voranzubringen. Was die Produkte betrifft: Da bietet sich die hervorragende Chance, dezentrale Energieversorgung in der DDR einzuführen und nicht mehr diese Klötze von Kraftwerken zu bauen. Und weiterhin müssen wir über regenerative Energien nachdenken — Wind, Sonne, Wasser. Diese Möglichkeiten sind längst nicht ausgeschöpft. Über die muß man sich nachhaltiger im politischen Bereich auseinandersetzen. ■



ARNO KLÖNNE

„Völkische" Identität übertrumpft Menschenrechte

Zivilität schreitet zurück — ethnische Homogenität voran

Der Versuch, eine Empörung herbeizuschreiben, die als Ausdruck der Gefühle ansehnlicher Bevölkerungsgruppen (von Mehrheiten ganz zu schweigen) in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft nicht existiert, hat wenig Sinn; wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die öffentliche Meinung hierzulande sich — unterhalb der offiziellen politischen Beteuerungen — an den alltäglichen „kleinen Krieg", den „begrenzten" Straßen- und Häuserkampf gegen Asylsuchende, gegen Ausländer überhaupt und gegen Aussiedler, wenn sie als Fremde wahrgenommen werden, rasch gewöhnt hat.

Selbstverständlich heißt das nicht, daß alle diejenigen, die zu solcher Gewöhnung neigen, Mordtaten billigen; Brutalitäten lösen mehrheitlich gewiß keine Freude aus, nicht einmal klammheimliche, und die meisten Mitbürger und Mitbürgerinnen haben für die Gewalttäter keine Sympathie. Aber es dominiert die Meinung, daß Aggression gegen diejenigen, die in das *volle Boot* einsteigen möchten, natürlich und unvermeidlich sei, wenn auch im je einzelnen Fall bedauerlich oder verurteilenswert. Das Motiv gilt weithin als akzeptabel, nur eben nicht die extremistische Form, die nun immer wieder daraus hervorgeht. Aber wer wundert sich schon, wenn ein „berechtigtes Anliegen", weil die Politik es nicht effektiv genug befriedigt, „Übersteigerungen" in den Mitteln der Durchsetzung zeitigt. Und so sind auf der Grundlage dieser Deutung der Problemkonstellation die Reaktionen der großen Mehrheit der Regierungs- und Parteipolitiker nur konsequent. Nicht nur bei der CDU/CSU herrscht die Auffassung vor, der „Überforderung" der Deutschen durch die „Flut" der Fremden müsse ein Ende gemacht werden, um auf diese Weise Gewalttätigkeiten zu reduzieren. Bis weit in das Lager der — auf Bundesebene — oppositionellen Parteien hinein wird, in methodisch konkurrierenden Varianten, eine inhaltlich übereinstimmende Politik vertreten, die darauf hinausläuft, dem fremdenfeindlichen Extremismus in der Sache Recht zu geben, um extremistische Vorgehensweisen und Verhaltensformen zu „zähmen".

Daß diese Rechnung der Politikprofis aufgehen wird, ist nicht zu erwarten. Denn erstens wird auch eine restriktive Handhabung des Asylrechts und selbst dessen Aushebelung die Angst vor den Fremden nicht ausräumen; zweitens hat die zunehmende Gewaltbereitschaft, die sich scheinbar an der Asylpolitik entzündete, strukturelle Gründe, die von einer hohen oder niedrigen Zahl Asylsuchender nicht abhängig sind.

Bemerkenswert ist, daß die Zunahme fremdenfeindlicher Aggressivität in einer Zeit geschieht, in der die verfassungsmäßig vorgesehenen politischen Institutionen rasch an Kredit beim Publikum verlieren. Wenn man die gegenwärtigen wahlpolitischen Entwicklungen in Deutschland als Indizien nimmt, zeigt sich, daß es nicht nur ansehnliche, zeitweilige oder dauerhafte Zugewinne der Rechtsaußenparteien gibt, sondern auch (und in einem Bedingungszusammenhang damit stehend) einen seit 1949 in der Bundesrepublik so niemals feststellbaren Trend zur Partei der Nichtwähler und Nichtwählerinnen. Dahinter steckt die Erfahrung, daß politisches Handeln in dem von der Verfas-

sung her vorgegebenen Rahmen an vielen Stellen seine Interventionsfähigkeit verliert.

Im Hinblick auf die Asyl- und Ausländerpolitik heißt das nun:

- Wenn die Positionsbestimmungen der offiziellen Politik in Deutschland mehrheitlich davon ausgehen, daß an der deutschvölkischen Definition der Nation festzuhalten ist (oder anders formuliert, daß Deutschland kein Einwanderungsland sei, es sei denn, für Menschen ,,deutscher Herkunft'');
- und wenn dieselbe Mehrheit die ,,Asylanten- und Scheinasylantenflut'' als Bedrohung der materiellen Stabilität und der nationalen Identität in Deutschland wertet;
- und wenn schließlich das normale politische und administrative Agieren der Repräsentanten solcher Politikmuster offensichtlich nicht dazu führt, die selbstgesetzten Ziele oder selbst deklarierten Probleme zu erreichen oder zu lösen, dann haben diejenigen, die außerhalb der Normen auf ihre Weise Asyl- und Ausländerpolitik machen, gewaltförmig nämlich, zwar nicht die Legalität, aber doch eine gewisse Legitimität für sich, im Rahmen des vorherrschenden gesellschaftspolitischen Denkens jedenfalls.

Die Gewalttäter, so abscheulich die von ihnen eingesetzten Methoden auch sind, nehmen die herrschende Politik beim Wort, machen den ,,schlaffen Politikern Beine'' — so muß es in der Logik dieser politischen Option und angesichts ihrer ,,Umsetzungsdefizite'' erscheinen.

Unzutreffend ist meines Erachtens die in der liberal-linken grün-alternativen oder christlich-menschenrechtlichen orientierten Minderheit der deutschen Gesellschaft derzeit noch weithin anzutreffende Meinung, es handele sich bei alledem um eine Problemlage, die einen Zivilitätsrückstand, einer Modernisierungslücke, also der Resthinterlassenschaft der unbewältigten deutschen Vergangenheit zuzuschreiben sei.

Kein deutsches Spezifikum

Haß gegen Fremde hat in Deutschland seine besonderen Zusammenhänge mit deutschen ideologischen Überlieferungen, aber er ist auch hierzulande alles andere als ein bloßes Überbleibsel nationalsozialistischer Weltanschauung. Zudem ist die erneute Ausbreitung aggressiver völkischer und rassistischer Ideen oder ,,Alltagsphilosophien'' kein deutsches Spezifikum. Rechtsextreme Politikmuster sind, das ist leicht wahrnehmbar, auch in anderen europäischen oder außereuropäischen Gesellschaften in vielen Varianten aufs Neue attraktiv, und nationalchauvinistische Einstellungen sind selbstverständlich auch unter der Bevölkerungsgruppen ausländischer Herkunft in Deutschland zu finden.

Weltweit vollziehen sich gegenwärtig verdeckte oder offene Kämpfe mit der Zielsetzung, Nationalstaaten auf *ethnische Homogenität* festzuschreiben, — eine harmlos klingende Formel, hinter der sich Unterdrückung, Vertreibung und Vernichtung von Massen von Menschen versteckt. Die gegenwärtigen Entwicklungen in Osteuropa und Südosteuropa deuten auf einen gesellschaftsgeschichtlichen und ideologischen Zustand hin, der, wenn Modernisierung Ausbau von Zivilität bedeuten soll, sich rückschrittlich ausnimmt gegenüber den Gewohnheiten, die in diesen Regionen in den noch feudal geprägten Systemen vor dem Ersten Weltkrieg bestanden.

Nationale Identität im Aufschwung

Was die deutsche Gesellschaft angeht, so ist die Abwendung vom ,,völkischen Erbe'' im Verständnis des Nationalstaates und der bürgerlichen Rechte keineswegs so gesichert, wie es in der Alt-Bundesrepublik in den sechziger Jahren einmal erschien; auch der intellektuelle Diskurs hierzulande nimmt mehr und mehr wieder Abstand von einem ,,verwestlichten'' Denken, was meint: von der Priorität der Menschenrechte gegenüber Ansprüchen ,,völkischer'' Identität. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht viele Stellungnahmen deutscher Politiker zu den Konflikten in der zerfallenden Sowjetunion oder im blutig sich teilenden jugoslawischen Staat: Als oberste Zielsetzung wird nicht mehr die Durchsetzung von Freiheitsrechten für jede Person, sondern die Realisierung ,,nationaler Selbstbestimmung'' genannt, wobei ,,Nation'' ethnisch begriffen wird. Die Mahnungen des deutschen Bundespräsidenten, Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft sollten in föderativen Staaten friedlich ihre Koexistenz regeln, wirken demgegenüber altväterlich; ,,auf der Höhe der Zeit'' wird auch unter deutschen Politikern inzwischen anders geredet.

Dem Aufschwung national-völkischer Identitätsideen, die nur zu leicht in banalen Fremdenhaß umschlagen, steht freilich in der Ökonomie (und in deren sozialen und kulturellen Konsequenzen) der exakt gegenläufige Trend zeitgleich zur Seite. Die Internationalisierung der Waren-, Kapital- und Arbeitsmärkte geht seit dem Zusammenbruch der Politiksysteme der ,,Zweiten Welt'' in einer bisher noch nicht erlebten Intensität voran. Materiell wird es in Zukunft eine ,,nationale Identität'' oder gar ,,völkische Selbstbestimmung'' weniger denn je geben. Im Hinblick darauf liegt der Gedanke nahe, der ökonomische Abbau der Grenze werde, wenn auch zum Teil mit Verspätungen, den Verfall nationalchauvinistischer oder ,,völkischer'' oder rassistischer Abgrenzungen in der politischen Gefühlswelt zwangsläufig nach sich ziehen; aber vermutlich ist dies eine ökonomisch-mechanistische Deutung, die nicht fähig ist, widersprüchliche Wirklichkeiten zu erkennen und politisch vernünftige Entwürfe hervorzubringen.

Vieles deutet darauf hin, daß ökonomische Internationalisierung und ideologisch-politische Nationalisierung, ,,völkisch'' oder rassistisch begründet, auf lange Frist sich in brisanter Weise mischen und ineinander schichten werden, teils im Verhältnis der Staaten zueinander, teils innerhalb ein- und desselben Staates. Schon jetzt zeigt sich, daß dabei die ,,nationale Identität'' eher als Leitbild der ,,Hinterhöfe'' funktionieren wird. Das gilt für die in der Binnenökonomie einer Gesellschaft benachteiligten sozialen Schichten sowie auch für diejenigen Gruppen, die sich in ihrer relativ günstigen materiellen Position durch ökonomischen und sozialen Wandel bedroht fühlen. Es werden sich also nicht nur zwei ökonomisch-politische Existenzmuster gegenüberstehen in reinlicher territorialer Scheidung, etwa: Ein künftiges halbentwickeltes, den Anschluß an die ökonomische Spitze nicht schaffendes, aber ,,völkisch'' homogenes Land hier — und, beispielsweise, die ethnisch vielfältigen, wirtschaftlich und technisch hochleistungsäfhigen Vereinigten Staaten dort — sondern es werden sich die Entwürfe und Existenzweisen dauerhaft in konflikthafter Berührung befinden. Nicht anders ist es schon heute in der US-amerikanischen Gesellschaft. In der Ideologie und der Sozialstruktur der USA findet sich auch ein Merkmal vorgebildet, das für solche explosiven Mischungen von Weltbildern konstituierend ist: Marktwirtschaft ist auf die Perspektive des sozialen Ausgleichs, der ,,Sozialstaatlichkeit'', aus sich heraus nicht angewiesen.

Solche Verhältnisse erzeugen politische Apathie und/oder alltägliche Gewalt. Eine Weltgesellschaft, die sich damit abfindet, wird allerdings darauf achten, daß gewaltförmiges Handeln nur die Schwachen trifft; die florierenden Zentren, in denen ökonomische, technische und wissenschaftliche Stärke sich sammelt, bedürfen des Schutzes. Sie stellen die ,,zivilen'' Sektoren da.

Für Gesellschaften vom Typ der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies nicht die staatliche Rückkehr zur rechtsextremen Ideologie und zur Monopolisierung der Gewalt auf Seiten der Rechtsextremen, also nicht das ,,Vierte Reich'' oder den neuen ,,Totalitarismus''. Vielmehr bahnt sich hier eine neue gesellschaftliche Aufspaltung, in der vermutlich rechtsextreme Gewaltpotentiale auf Dauer ihren eigenen Raum haben werden, aus dem der Staat sich weitgehend zurückzieht. Freilich wird aus diesem Terrain heraus auch immer wieder Druck auf die staatliche Politik ausgeübt werden. Der Anpassungsbereitschaft von Politikern an fremdenfeindliche Gefühle aber setzen wiederum ökonomische Bedürfnisse eine Grenze. Der Dauerkonflikt ist so vorprogrammiert — im Alltag wie in der Staatszieldebatte, und die ,,individualisierte Risikogesellschaft'' wird sich in ihren unangenehm handgreiflichen Eigenschaften zeigen; schlechte Zeiten für die (liebenswürdigen) Liebhaber herrschaftsfreier Kommunikation... ■

Arno Klönne ist Professor am Fachbereich Soziologie der Universität/GSH Paderborn.

HELGA HAAS-RIETSCHEL

„Die Besitzenden fühlen sich immer von den Besitzlosen bedroht“

Interview mit Paul Parin zum Phänomen des Fremdenhasses

Anläßlich eines kurzen Frankfurt-Aufenthalts des Schweizer Psychoanalytikers Paul Parin zur Buchmesse interviewte die *links* ihn zum Problem der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten. Die Geschichte der Fremdenfeindlichkeit, darauf weist Parin hin, ist auch immer eine Geschichte der Abgrenzung der Besitzenden von den Besitzlosen. Und je mehr Besitz zu verteidigen ist, desto größer scheint der Haß zu werden.

Herr Parin, worin sehen Sie die tieferen Ursachen der Ausländerfeindlichkeit in den alten und neuen Bundesländern, die gegenwärtig so massiv auftritt?

Paul Parin: Ich bin ja Psychoanalytiker, und die tieferen Ursachen des Fremdenhasses sind schon psychologischer Art. Warum aber heute die Ausländerfeindlichkeit so drastisch zunimmt, diese Bereitschaft einen Sündenbock in einer anderen Gruppe zu suchen, dies ist vor allem ein Bedürfnis der Staatsmacht, und zwar nicht nur in Deutschland und in der Schweiz, sondern überhaupt. Diese Ausländerfeindlichkeit war ja immer latent vorhanden. Aber nachdem das bekannte alte Feindbild, der Antikommunismus zerbrochen ist, sind alle Nationen oder besser gesagt, deren politische Öffentlichkeit auf der Suche nach neuen Feindbildern gewesen. Dieses neue Feindbild richtet sich nicht einfach gegen die Fremden, sondern gegen ,,die Flut, die Welle der Fremden“, dieses ,,Überschwemmtwerden“ von Flüchtlingen. Und ich glaube, das ist der Auslöser, der bis zu einem gewissen Punkt in Diskussionen, in Zeitungen und an Biertischen eine Rolle gespielt hat und der an einem ganz bestimmten Punkt umschlägt in aggressive Akte. Warum dies in aggressive Akte umschlägt, müßte man eigentlich versuchen, individuell abzuklären.

Jedenfalls ist es nicht einfach so, daß eine frustrierte und eine in ihren Hoffnungen enttäuschte und ohne Zukunft befindliche Jugend in den ehemaligen DDR-Ländern aggressiv und deshalb massiv ausländerfeindlich wird. Ich nenne hier nur als Beispiel den polaren Gegensatz: Vor etwa drei Wochen wurde das fünfundzwanzigste Ausländerwohnheim in der Schweiz angezündet. Die Täter dieser letzten Brandstiftung gehörten einer durchaus saturierten angepaßten Jugend an. Zwei der Schweizer Brandstifter waren mit zweiundzwanzig Jahren schon Staatsangestellte mit Aussicht auf Pensionsberechtigung, also wirklich nun keine Skinheads. Bei diesen Brandstiftern wurde sehr deutlich, daß sie nach etwas gehandelt haben, was sie von den Behörden,

Foto: dpa

Ausländer auf der Flucht: Nur unter dem Schutz eines großen Polizeiaufgebots konnte am 23.9.91 das Ausländerwohnheim in Hoyerswerda geräumt werden. Das Haus bewohnten Menschen aus Mosambik und Rumänien.

von den Parteien in einer wenig getarnten Form lesen, hören, ,,riechen" können: ,,diese Ausländer sollten nicht da sein, am besten gäbe es sie nicht, aber wenn sie kommen, muß man schauen, daß man sie möglichst an der Grenze abhält." Bei uns in der Schweiz wird ja sogar das Militär darauf trainiert, sie abzuhalten. Die Jugendlichen haben diese Parolen dann auf ihre Weise aufgegriffen und haben ein Ausländerwohnheim angezündet, um damit die Bewohner abzuschrecken.

Mir kommt es so vor, daß das auslösende Moment für die gerade jetzt aufkeimende Ausländerhatz in der BRD schon eher zu tun hat mit dem Zusammenbruch der sozialen Regelsysteme in der ehemaligen DDR.

Kann man sagen, daß in der BRD die Ausländerfeindlichkeit auch deshalb eskaliert, weil Ost- wie Westdeutsche unfähig sind, miteinander eine Nation zu werden? Daß mit der Wiedervereinigung eher eine ,,Wiederverfeindung" stattgefunden hat? Und daß Asylsuchende, wie Sie schon angedeutet haben, zur Zeit willkommene Sündenböcke sind, um von dieser Kluft zwischen ,,Ossis" und ,,Wessis" abzulenken?

Parin: Ich glaube, das kann man sagen, aber ich möchte die Akzente anders setzen. Nehmen Sie beispielsweise das Problem der Unruhen in den südfranzösischen Städten mit den Harkis. Das ist die nächste Generation nach den Algeriern, die am Ende des Algerienkriegs nach Frankreich übergesiedelt sind, algerische Araber — also nicht die pieds-noirs, die Franzosen — die auf französischer Seite gekämpft haben und denen es im befreiten Algerien schlecht ergangen wäre. Sie haben sich in Südfrankreich angesiedelt, aber ihre nachfolgende Generation kann nicht integriert werden. Warum nicht? Warum konnten dagegen andere Araber, die als Fremdarbeiter später gekommen sind, besser integriert werden? Man hat den Harkis Wohnungen gegeben, sie in Wohnsilos hineingepfercht und dort sind sie wie Fremdkörper in diesen südfranzösischen sehr geschlossenen Ethnien geblieben. Da haben sich ganz ähnliche Sachen entwickelt wie in der Bundesrepublik. Jedes Problem, das solchen Rassenhaß zum Ausbruch bringt, hat drei Ebenen: Es gibt diejenigen, die ein Machtinteresse am Rassismus haben. Das sind politische Spiele, Machtspiele der Parteien. Dann gibt es die Volksmassen, die latent zur Fremdenfeindlichkeit bereit sind. Und dann gibt es die individualpsychologische Komponente. Das kann dann zu Konstellationen führen wie bei den schon erwähnten Schweizer Jugendlichen: eine saturierte Jugend, die sich kolossal langweilt und die eigentlich auch keine Perspektive hat, als daß sie in dieser durchorganisierten Leistungsgesellschaft in der sie schon drinnen ist, hineinwächst und dadurch ein Gefühl der inneren Leere hat. Ich glaube, dieses Umschlagen einer latenten Ausländerfeindlichkeit in aggressives Handeln, das hat sehr viel zu tun mit Zuständen von — oberflächlich gesprochen, Langeweile, Leere.

Das Angstmachende sind nicht nur die Skinheads, also die jungen Erwachsenen, die brutal zuschlagen, Übergriffe auf Ausländerwohnheime verüben, sondern, daß es in der Bevölkerung doch eine breite Zustimmung zu solchen Taten gibt. Sind solche Jugendliche nicht auch die Träger von Projektionen, die dann die Gewalttaten ausüben?

Parin: Das finde ich psychologisch sehr richtig. Sie sind die Träger von Projektionen, gleichzeitig rebellieren sie gegen eine ungeliebte Ordnung. Sie sind durchaus Gegner von Herrn Kohl oder von Herrn Weizsäcker und gleichzeitig sind sie sich der Billigung einer breiten altersmäßig und sozial über ihnen stehenden Sozietät bewußt. Das ist immer eine gefährliche Mischung, wenn man rebellieren oder explodieren kann und gleichzeitig kommt von anderen Oberen die Billigung, vom Gastwirt an der Ecke, vom Vizebürgermeister und vom letzten Polizeichef...

Ausländerfeindlichkeit ist natürlich nicht ein typisch deutsches Phänomen. Aber ist nicht die Form, in der die Asyldebatte hier geführt wird — ich denke z.B. an die Asylhetzkampagne der Bildzeitung — nicht doch spezifisch deutsch? Vielleicht ist es auch aber auch der Gedanke, so wie wir mit Fremden umgehen, das ist etwas speziell Deutsches, eine deutsche Erblast?

Parin: Ich glaube schon, daß es da eine nationale Färbung gibt. Sowohl im schlechten Gewissen wegen der ,,Erblast" als auch vielleicht in den Formen, daß sich Rechtsparteien formieren, die Ausländerfeindlichkeit als äußersten Patriotismus hinstellen. Die sind national gesinnt und auch national-sozialistisch, weil sie hoffen, daß z.B. die Arbeiter, wie das in Bremen anscheinend der Fall war, sich beeindrucken lassen vom Schlagwort des ,,Arbeitsplatzwegnehmens". Also dieser Stil hat schon etwas sehr Deutsches.

Das Beispiel Zypern scheint mir allerdings in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Ein griechischer Historiker erzählte mir 1990 bei einem Kongreß über Vorurteile in Athen davon. Durch ihn erfuhr ich, daß in Zypern, das bekanntlich geteilt ist, seitdem die Türkei Nordzypern besetzt hat, eine große Anzahl Nordzyprioten als Flüchtlinge nach Südzypern gekommen sind. Sie wurden von der südzypriotischen Regierung in Baracken untergebracht. Die Nordzyprioten waren aber sonst ethnisch überhaupt nicht von den Südzyprioten zu unterscheiden. Dann hat sich ein massiver Fremdenhaß der Südzyprioten gegen die Nordzyprioten entwickelt. Das wurde auch soziologisch untersucht. Die Nordzyprioten waren lediglich schlechter angezogen, hatten kein Geld, aber sie sprachen genau die gleiche Sprache. Das erinnert mich außerordentlich an diese Schwierigkeit zwischen ,,Wessis" und ,,Ossis". Diese Geschichte ist schon zwölf Jahre her. Zum Teil sind nordzypriotische Flüchtlinge emigriert, aber die dort noch zusammenleben, haben noch immer den Haß und die Gewalttaten der Südzyprioten zu erdulden.

Ich will noch einen Moment bei der Bundesrepublik bleiben. Die Pogromstimmung wie sie sich im Osten gezeigt hat, die Vorfälle in Hoyerswerda, ist da etwas zum Ausbruch gekommen, was auch mit dem ,,verordneten Antifaschismus" und der ,,verordneten Völkerfreundschaft" des Regimes der ehemaligen DDR zusammenhängt? Durch das totalitäre System entwickelten sich doch autoritäre Bewußtseinsstrukturen, die im Grunde genommen Ausländerfeindlichkeit verdeckten und gleichzeitig latent förderten?

Parin: Als Hypothese ist das ganz einleuchtend, als historische Erfahrung stimmt das, was Sie sagen. Nehmen Sie als Beispiel das heutige Jugoslawien. Es gab dort eine Militärdiktatur eines Königs zwischen den beiden Kriegen. Im Befreiungskampf hat die kommunistische Partei — die Titopartei — alles getan, daß keine völkischen, nationalen Gegensätze entstehen. Es war eine der ganz wenigen Parolen, die in der ganzen Befreiungsarmee und dann auch nach dem Krieg wirklich durchgesetzt wurden. Ich bin oft nach Jugoslawien gereist und ich kann einigermaßen serbokroatisch sprechen. Die Leute in den gemischten Gebieten wußten überhaupt nicht, wer Serbe oder wer Kroate ist. Aber dieses Experiment, ein einiges Jugoslawien zu schaffen, ist aus verschiedenen Gründen kaputtgegangen. Einer der Hauptgründe ist für mich, daß sich keine freie Austauschgesellschaft entwickeln konnte. Der nationale Gegensatz wurde durch den ideologischen Apparat des Tito-Regimes verdrängt. Es gab zwar in Jugoslawien eine relativ freie Presse, aber es herrschte ein Tabu: die nationalen Gegensätze. Und das ist nun sehr ähnlich wie in der DDR gewesen. Da hieß es: Freundschaft zu den vietnamesischen Fremdarbeitern, die allerdings nicht sehr freundschaftlich behandelt wurden, sondern wie Arbeitssklaven.

und aus Österreich...

Humbert Fink meint

Der Fremdenhaß

(...) ,,Aber vielleicht ist Fremdenhaß überhaupt etwas, das mit Überleben, auch mit Selbstbehauptung zu tun hat? Möglicherweise ist er auch bloß ein Vorbote für den sich abzeichnenden mörderischen Konflikt zwischen den reicheren und ärmeren Ländern Europas? Denn ohne ihn wäre es durchaus vorstellbar, daß wir an unserem eigenen Mitleid zugrunde gehen. Und uns so lange der Armut öffnen, bis wir selbst ein Teil dieser Armut geworden sind."

aus: Kronenzeitung (BIGD Österreichs) am 3. Oktober '90

Für die ethnischen Auseinandersetzungen, die notwendig sind, wenn aneinanderstoßende Kulturen zusammenwachsen sollen, ist das Regime der DDR sicher ähnlich ungeeignet wie das jugoslawische gewesen.

Gehen exotische Kulturen anders mit den Fremden um, friedlicher?

Parin: Man kann sagen, daß es exotische Kulturen gibt, die ebenso fremdenfeindlich sind und es gibt andere, die das überhaupt nicht entwickeln. Es gibt z.B. die *Agni* an der Elfenbeinküste, die brauchten sehr viele Fremdarbeiter für ihre Plantagenwirtschaft. Ich spreche von der Zeit, wo ich dort war zwischen 1966 und 1971. Sie bezahlten damals die Fremdarbeiter anteilig an den Produktionsmitteln und zwar mit einem Zehntel der Plantage, so daß sie nach zehn Jahren selbst keine Plantage mehr besaßen. Die *Agni* allerdings hatten eine Möglichkeit gefunden, damit sie sich wirtschaftlich nicht so schlecht stellten: sie ließen die Plantagenarbeiter in ihre Familien einheiraten, so daß das Vermögen schließlich in der Verwandschaft blieb.

Wenn die Fremdenphobie nicht nur ein Machtproblem ist, kann man dann sagen, daß Ausländerfeindlichkeit eine Art Archetypus darstellt?

Parin: Ich habe den Ausdruck Archetypus nicht so gerne, weil er wenigstens im Gebrauch von C.G. Jung das Entwicklungsmoment ausschaltet. Aber es ist schon so, daß eine solche Haltung durch Generationen hindurch weitergeben wird und zwar mit dem Übersprung von Großeltern zur Enkelgeneration. Genauer untersucht worden ist diese Tradition am Phänomen des Antisemitismus in Deutschland...

Zwiespältig sind die Gefühle zu Fremden im Prinzip immer. Ob diese Gefühle in Haß enden, das läßt sich nicht mit der Psychologie begründen. Die Formen der Fremdenfeindlichkeit sind nicht nur bestimmt von der gegenwärtigen politischen Kultur, sondern auch von der Tradition und von der Geschichte. Das Bedürfnis Politik mit Feindbildern zu machen, das ist wohl in der europäischen Geschichte viel stärker vorhanden als in anderen Staaten. In Afrika gibt es z.B. typische Einwanderungsstaaten, die immer auf fremde Arbeitskräfte angewiesen waren, weil man dort zu kurz gelebt hat. Sie waren gewissermaßen die Lieferanten des Lebensnerves des Volkes, das sonst ausgestorben wäre. Ein Feindbild aus benachbarten Menschen aufzubauen, wäre daher absurd gewesen.

Es scheint mir, daß in Europa die gesellschaftlichen Kräfte ungleich stärker einwirken in der Adoleszenz, die bei uns ja lange andauert, vom dreizehnten bis zum zweiundzwanzigsten Lebensjahr. Hier schließt sich der Kreis zu dem Ausgangspunkt unseres Gesprächs. Im heutigen Deutschland und in der Schweiz ist es sehr schwer für junge Erwachsene eigene Lebensziele zu planen, noch dazu im Einklang mit einer Gruppe, die ähnliche Ziele hat und ähnliche Ziele schätzt. Ich habe bisher den Ausdruck Entfremdung vermieden, aber ich denke, man müßte ihn in diesem Zusammenhang verwenden. Was sicher nötig ist, in der Adoleszenz, ist eine Gemeinschaft zu der man sich zugehörig fühlt. Das ist wichtig für die Identitätsfindung.

In den kurzen Berichten über die DDR hörte ich, daß die Jugendlichen dort sich nicht einmal ihrer Familie mehr zugehörig fühlen konnten, weil eine so plötzliche Veränderung mit ihren arbeits- und perspektivelos gewordenen Eltern vor sich gegangen ist. Das entspricht einem Identitätsverlust. Um das Gefühl der Ratlosigkeit, Leere, Ohnmacht zu überspielen, greifen Jugendliche dann zu aggressiven Akten, so fühlen sie sich wenigstens stark.

Ist das der Nährboden, auf dem fremdenfeindliche Gefühle des Einzelnen sich zu kollektiven Haltungen verdichten?

Parin: Wenn es eine kollektive Haltung gibt, bietet gerade die gemeinsame Ablehnung von Fremden, die Möglichkeit in einer Gruppe eine Identität zu finden. Und wenn man sich noch die Haare abschneidet, ist man ein Skinhead und wenn man die Embleme eines Fußballclubs hat, ist man dessen Fan. Diese kleinen Gemeinschaften stiften bruchstückhafte Identitäten, die oft bald wieder auseinanderfallen. Aber sie stiften auch ein Gefühl der Zugehörigkeit. Das ist in der Tat am deutlichsten bei Jugendlichen zu beobachten.

Sie haben davon gesprochen, daß diese Fremdenphobie in der Schweiz und der Bundesrepublik in einer eher belasteten Tradition steht, nämlich in der Form, wie Politik durch gezielte Propaganda den Fremdenhaß schürt. Sehen Sie da bis heute eine Kontinuität?

Parin: Es gibt Minister in der Schweiz wie in der Bundesrepublik, die ganz gegen diese Exzesse sind, und die sie gleichzeitig anheizen, ohne daß sie wissen, daß sie für solche Exzesse Propaganda machen. Ich habe im Schweizer Fernsehen gehört, wie der Schweizer Bundesrat für Justiz und Polizei (vergleichbar einem Innenminister) nach einem angezündeten Ausländerwohnheim befragt wurde. Er sagte, das sei sehr zu verurteilen, er hoffe, die Behörden kämen bald hinter die Täter und es erfolge eine strenge Bestrafung. Dann fügte er aber zugleich hinzu, er werde alles tun, um das Schweizer Volk vor *dieser Gefahr* zu bewahren. Das ist genau das, was bei denjenigen einschlägt, die in latent ausländerfeindlicher Stimmung sind. Ich erinnere hier nur an Giscard d'Estaing, der kürzlich Ausländer als „Invasoren" bezeichnet hat und forderte, man müsse das französische Bürgerrecht nach der Herkunft bestimmen. Diese Äußerung ist schon ganz nahe am Rassismus. D'Estaing ist kein rassistischer Politiker, seine Rede grenzte aber hier an rassistische Propaganda.

Es scheint sich beim Rassismus und Rechtsextremismus auch um Wiederholungsstrukturen zu handeln. Ist die „Erziehung zur Mündigkeit" gescheitert?

Parin: Der Frankfurter Professor Helmut Dahmer, der in Darmstadt lehrt, spricht hier von einem Wiederholungszwang in der Geschichte. Wiederholungszwang ist eigentlich ein psychoanalytischer Ausdruck, der besagt, daß unbewußte Konflikte die Tendenz haben, sich immer wieder aus dem Unbewußten verheerend auf das Verhalten als neurotisches Symptom auszuwirken. Ein Beispiel ist die immer wiederkehrende falsche Liebeswahl, immer wieder verlieben sie sich in jemanden, mit dem es absolut nicht geht. Dieser Wiederholungszwang in der Geschichte scheint mir aus bestimmten Konstellationen zu kommen: Jedes Volk, das eine abgegrenzte Nation geworden ist, hat Interessen, die es abgrenzen muß, und im Innern kann diese Abgrenzung nicht passieren, ohne daß die Bevölkerung diese Politik unterstützt.

Wenn man sich die europäische Geschichte seit der Industrialisierung anschaut, so ist sie auch die Geschichte von Leuten, die etwas besitzen und ihren Besitz zu verteidigen haben. Die Besitzenden fühlen sich immer von den Besitzlosen bedroht. Und das mit Recht. Das ist ein ständiger Nährboden für Abgrenzungshaltungen. Ein Fremder, das kann jedes Volk unterscheiden: das bin ich, das ist ein Fremder, das gibt es auch bei den kleinsten Gruppen. Was jedoch zu dieser „normalen" Abgrenzung hinzukommt, ist die fortschreitende Entwicklung der Industriegesellschaft, die den Abstand zu andern zunehmend vergrößert und somit die Fremdenfeindlichkeit anheizt. ■

Widerspruch

„Die Erde ist groß, zu groß für einen hungernden Chinesen, um dorthin zu gelangen, wo es etwas zu essen gibt, zu groß für einen deutschen Landarbeiter, um das Fahrgeld dorthin zu bezahlen, wo er bessere Arbeit findet.

Die Erde ist klein. Wem die Mächtigen in den Ländern nicht hold sind, der findet keine Heimat, sie schenken ihm keinen Paß, vor dem ihre Beamten salutieren, und er wird, auf seiner Wanderschaft ertappt, nachts über andere Grenzen geschoben, in Länder, in denen er auch keine Stätte hat. Nirgends ist für ihn Raum. Wenn anständige Leute nachts eine Grenze passieren, geben sie am Abend vorher dem Kontrolleur des Schlafwagens Billett und Paß und äußern den berechtigten Wunsch, bei der Kontrolle nicht geweckt zu werden. Gott hat sie lieb."

Max Horkheimer: Dämmerung. Notizen in Deutschland (1931/1934)
aus: gesammelte Schriften Bd.2

CHRISTOPH GÖRG

„Man muß die Asyldebatte von der Rassismusdiskussion trennen“

Interview mit Jean-Claude Diallo

Als eine unmittelbare Reaktion auf die Überfälle auf Ausländerwohnheime im Osten und Westen unserer Republik sprach die *links* mit Jean-Claude Diallo, der Leiter des Psychosozialen Zentrums in Frankfurt ist. Vor allem auch darüber, wie die Ausländer selbst auf die zunehmende Fremdenfeindlichkeit hier reagieren.

Jean-Claude Diallo, Sie sind Leiter des Psychosozialen Zentrums in Frankfurt. — Wie reagieren Menschen, die in der BRD aus verschiedenen Gründen Zuflucht suchen auf die pogromartigen Überfälle und die zunehmende Fremdenfeindlichkeit?

J.C. Diallo: Also eindeutig ist es, daß die Angst zunimmt, daß die Unsicherheiten zunehmen, und daß sich die Leute immer weniger trauen, auf die Straße zu gehen. Und wir beobachten, daß die Leute nicht mehr wissen, wonach sie sich orientieren sollen. Die Wahrnehmung verschärft sich, auch ein freundlicher Blick wird als unfreundlicher Blick verstanden ... die Leute sind sehr desorientiert.

Trifft das für alle gleichermaßen zu? Was passiert z.B. mit denen, die in den östlichen Bundesländern waren und jetzt zurückgekommen sind?

Diallo: Da gibt es schon einen Unterschied, weil die Personen, die aus den neuen Ländern hierher zurückkommen, sich erleichtert fühlen und Angst haben, daß sie wieder dorthin zurückgeschickt werden. Dagegen wissen die Leute, die hier leben, genau, daß es hier auch Rassismus gibt, das es Ausländerfeindlichkeit gibt und sich da nichts geändert hat. Für die anderen ist es praktisch so, daß die Angst erstmal weg ist, wenn sie in den Westen kommen, obwohl wir bemerkt haben, daß hier mehr Überfälle stattfinden als drüben. Trotzdem haben sie das Gefühl, daß hier in Westdeutschland eher Schutzmaßnahmen vorhanden sind.

Man darf ja nicht vergessen, daß keineswegs nur Flüchtlinge betroffen sind, sondern auch Ausländer, die seit Jahren, teilweise schon seit Jahrzehnten hier in der Bundesrepublik leben. Verändert sich damit nicht die grundsätzliche Einstellung zu dieser Gesellschaft, zu diesem Staat Bundesrepublik?

Diallo: Doch. Da zeigt sich ja das Typische am Rassistischen: Es gibt viele „Ausländer“, die vom Paß her Deutsche sind. Aber im Kopf dieser Totschläger, Gewalttäter ist deutsch nur derjenige, der blond und blauäugig ist. Und die kapieren nicht, daß heute viele Menschen hier leben, die ausländisch aussehen, etwas dunkler sind, krause Haare haben, Locken haben, südländisch aussehen... Also ihr Aussehen stempelt die Menschen als Ausländer ab. Die Bundesdeutschen müssen verstehen lernen, das mit dem Äußeren schon das Rassistische anfängt: Denn das bedeutet, ein Schwarzer kann kein Deutscher sein. Es gibt aber viele schwarze Deutsche. Die haben genauso die gleichen Ansprüche wie alle anderen.

Was tut man, was empfindet man, wenn man jetzt plötzlich aufgrund solcher äußeren Merkmale sich ausgegrenzt fühlt? Wie reagiert man darauf?

Diallo: Also, daß ist schon sehr verletzend, daß ein Mensch, weil er grün, gelb, rot oder schwarz ist, daß er unter diesen Vorurteilen wegen seiner Hautfarbe leiden muß. Aber es macht auch wütend. Ich denke mir, viele Ausländer, die sich einiges haben gefallen lassen, werden das jetzt nicht mehr tun. Ich

Asylbewerber in der BRD

kann mir gut vorstellen, daß manche sich nun zusammentun werden, um auf die Gewalttätigkeiten zu reagieren. Daß sie nicht immer noch die andere Backe hinhalten, wenn sie einen Schlag erhalten... Es gibt viele Ausländer, die müssen nicht mehr für ihr Recht hierzubleiben kämpfen, das haben sie schon. Sie möchten nur angstfrei und in Frieden leben. Aber auch andere, die hier nur vorübergehend leben, sehen nicht ein, warum sie sich um ihr Leben sorgen müssen. Und wenn die Politik und die Behörden nicht in der Lage sind, bestimmte Schutzmaßnahmen zu ergreifen, greifen die Betroffenen zum Selbstschutz.

Aber es ist klar, daß das eine gefährliche Situation ist. Wie verständlich das auch sein mag, man heizt damit die Gewaltspirale weiter an. Das Problem ist ja, wie kommt dieses rassistische Denken eigentlich zustande? Können Sie, der sie schon relativ lange hier leben, sich das erklären?

Diallo: Also für uns ist es so, daß es den Rassismus, die Ausländerfeindlichkeit immer gegeben hat in Deutschland. Wenn wir die Politiker hören oder lesen, was in bestimmten Zeitungen geschrieben wird, wenn man sieht, wie Leuten in Kneipen und in öffentlichen Orten begegnet wird — es war immer so, daß Ausländern mit ausländerfeindlichen Parolen und mit Rassismus begegnet wurde. (Diese Zuspitzung, die extreme Form, die es jetzt angenommen hat, ist neu in der Qualität.) Und man kann das natürlich erklären, warum das so ist. Daß die Menschen in den neuen Ländern sich über den Tisch gezogen fühlen von den „Wessis", und sie sich heute als arme Verwandte in diesem Haus Deutschland befinden. — Die müssen auch ihre „Neger" suchen in dieser Gesellschaft.

Die Diskussion um das Asylverfahren ist ja in eine neue Phase eingetreten. Es gibt im Moment eine Einigung zwischen SPD und CDU/CSU und FDP, das Verfahren zu verkürzen und dabei u.a. auch Sammellager einzurichten. Sie haben ja selbst sehr viel zu tun mit der Art wie Flüchtlinge hier darauf reagieren: Wie schätzen Sie sowohl diese Sammellager ein, als auch generell die Möglichkeit einer Beschleunigung des Verfahrens?

Diallo: Also hier bin ich selbst etwas ratlos. Wir wissen, daß das Zusammenpferchen von Menschen in Lagern immer Probleme mit sich bringt, weil keine Rücksicht genommen wird auf die Herkunft, es wird keine Rücksicht genommen auf die Empfindlichkeiten von den jeweiligen Gruppen usw. Es kommt dann automatisch zu Explosionen. Je größer ein Sammellager ist, um so größer sind die Probleme, weil man Sammellager einrichtet, aber sich wenig darum kümmert, wie die Betreuung für diese Menschen sein wird. Wir denken, wenn Sammellager überschaubar sind und mit einer vernünftigen Betreuungskonzeption verbunden, dann läßt sich das ertragen. Aber ich sehe schon vor Augen, riesige Kasernen in den neuen Ländern mit Stacheldraht herum und mit Polizisten davor um angeblich die Leute zu schützen. Aber ich befürchte, es wird sehr schnell in die Richtung gehen, wenn sie erst in den Sammellagern sind, daß man sie auch daran hindert, rauszugehen, damit Ruhe im Land herrscht. Und das ist für mich ein großes Problem.

Was die Beschleunigung des Asylverfahrens betrifft: Ich denke, daß es eine Gefahr mit sich bringt. Schnellverfahren bedeuten, daß manche Aussagen kaum zu überprüfen sind. Also, daß einfach Menschen, die in der Tat an Leib und Leben bedroht sind, genauso in den Tod zurückgeschickt werden, wie andere Leute, die vielleicht keine besonderen Probleme haben. Ich wäre für eine Verkürzung des Verfahrens, wenn man tatsächlich die Sache gründlich prüfen würde, aber das wird nicht der Fall sein.

Was ich noch viel, viel schlimmer finde, ist, daß die Asyldebatte mit dem Rassismus hier zusammengebracht wird. Denn das hat nichts miteinander zu tun. Das hat mehr mit einer politischen Kultur zu tun, die hier verloren geht. Darüber muß man sich mehr Sorgen machen. Überall, wo es Überfälle auf Ausländerwohnheime gegeben hat, fragen Politiker: Wo war die Polizei usw. Das Problem ist aber nicht auf dieser Ebene zu klären. Ich denke, daß es in allen Ländern heute in Europa viel Rassismus gibt: in Frankreich, in der Schweiz, in Schweden. Die Leute reagieren mit ausländerfeindlichen Parolen, mit ausländerfeindlichen Verhalten. Aber die Antwort der Politik in diesen Ländern ist anders als in der Bundesrepublik Deutschland. Hier habe ich das Gefühl, daß es politisch gewollt ist, daß die Leute so reagieren. Und manche Politiker sagen: „ja seht ihr, wenn wir die Ausländer nicht raustun, dann wird sich das Gewaltproblem zuspitzen."

Wenn es eine Funktionalisierung eines latent vorhandenen Rassismus für durchsichtige politische Ziele gibt, was erwarten Sie dann von einer kritischen Öffentlichkeit, was man dagegen jetzt tun müßte?

Diallo: Erstmal hilft es gar nicht, dauernd zu sagen, wie man das von allen Politikern hört, die Bundesrepublik Deutschland sei ein ausländerfreundliches Land. Die bekannten Beispiele in den Medien besagen das Gegenteil. Und zweitens muß man ganz eindeutig sagen, daß man die Diskussionen voneinander trennen muß. Man kann nicht über Ausländerfeindlichkeit und Asyldebatte zusammen diskutieren. Drittens muß man klar sagen, daß Ausländer nicht so einfach aus der Bundesrepublik Deutschland wegzuschieben sind. Bald haben wir den europäischen Binnenmarkt: Franzosen werden kommen, die kohlrabenschwarz sind, die werden sich genauso etablieren wie Engländer und Andere. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich bei diesem neuen Migrationsprozeß nicht abschotten, weil sie ja zu Europa gehört. Insofern müssen wir sehen, wie wir mit den Fremden hier leben.

Glauben Sie, daß eine Diskussion um ein Einwanderungsland, um Einwanderungskontingente weiterhilft?

Diallo: Ich glaube, daß die Bundesrepublik Deutschland es nicht vermeiden kann, irgendwann einmal über dieses Einwanderungsgesetz zu reden. Die BRD ist ja schon ein Einwanderungsland. Aber die Politiker wollen das nicht zugeben, weil sie leider nur Terminwahlpolitiker sind. Wenn man vernünftig wäre, dann müßte man sich vor Augen führen, daß das Problem der Einwanderung *das* Thema ist, schon weil man das gut regeln könnte, was nicht bedeutet, daß der Artikel 16 zu streichen ist. Das sind zwei getrennte Geschichten. Wenn ein Politiker das leugnet, betreibt er Augenwischerei. ■

Sozialismus

Marxistische Monatszeitschrift

Es schrieben 1990 u.a.:

Lisa Abendroth, Louis Althusser, Manfred Balder, Pietro Barcellona, Karin Benz-Overhage, Theodor Bergmann, Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Manfred Bobke-v. Camen, André Brie, Michael Brie, Karl Burgmaier, Alexandr Buzgalin, Jochen Cerny, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Richard Detje, Horst Dietzel, Irene Dölling, Eberhard Fehrmann, Peter Glotz, Michail Gorbatschow, Bryan Gould, Gregor Gysi, Stuart Hall, Heinrich Hannover, Ingeborg Herold, Peter Hess, Eric Hobsbawm, Hasko Hüning, Pietro Ingrao, Mechthild Jansen, Christoph Jetter, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Sabine Kebir, Sonja Kemnitz, Dieter Klein, Arno Klönne, Lorenz Knorr, Otto König, Ulla Kriete, Jürgen Kuczynski, Walter Kuhn, Steffen Lehndorff, Andre Leisewitz, Gerd Lobodda, Christa Luft, Ulrich Meditsch, Heinz-Rudolf Meißner, Michael Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Montalban, Manfred Muster, Lothar Nicht, Hildegard Maria Nickel, Alexandr Ort, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Alfredo Reichlin, Rossana Rossanda, Peter Ruben, Bernhard Sander, Helmut Schauer, Peter Scherer, Eduard Schewardnadse, Josef Schleifstein, Horst Schmitthenner, Werner Seppmann, Otto Singer, Theo Steegmann, Bruno Trentin, Mario Tronti, Hilde Wagner, Helmuth Warnke, Michael Wendl, Jochen Willerding, Alexander Wolgin, Karl Georg Zinn

Einzelheft: DM 7,50; Jahresabo: DM 75,-
Probeheft: VSA-Verlag
Postfach 50 15 71 · W-2000 Hamburg 50

ANJA RUF

Am untersten Ende steht die schwarze Frau

Interview mit Lydie Doo-Bunya, Mouvement pour la Défense des Droits des Femmes Noires

Im August fand in Frankfurt das fünften Interkulturelle Sommer-Seminar für Schwarze Frauen-Studien statt, eine dreiwöchige Konferenz, an der über hundert schwarze Frauen aus verschiedenen Kontinenten teilnahmen. Schwerpunkt der Konferenz, die je eine Woche in Frankfurt, Bielefeld und Berlin stattfand, war das Thema „Schwarze Menschen und die Europäische Gemeinschaft". In zahlreichen Workshops und Veranstaltungen analysierten die Teilnehmerinnen die Entwicklung in Europa, beschäftigten sich mit Migration, AusländerInnengesetzen, Rassismus ebenso wie mit ihrer eigenen Identität, ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten. Lydie Doo-Bunya, die in Kamerun geboren wurde und in Paris lebt, hat eines der Hauptreferate der Konferenz gehalten. Sie sprach über die Situation der schwarzen Frau in Frankreich.

Wann und mit welcher Zielsetzung entstand eure Organisation „Mouvement pour la Défense des Droits de la Femme Noire"?

Doo-Bunya: Unsere Organisation wurde 1981 gegründet. Vorher waren wir eine Gruppe von Frauen, die inoffiziell zusammenarbeiteten. Wir arbeiteten an den Problemen von schwarzen Frauen, jede brachte ihre Erfahrungen ein, sowohl die persönlichen als auch die, die sie von anderen mitgeteilt bekommen hatte. Erst 1981 entschieden wir, eine offizielle Organisation ins Leben zu rufen. Bis dahin hatten Ausländer große Schwierigkeiten, eine Organisation zu gründen. 1981 wurden diese Beschränkungen aufgehoben, die Polizei unterließ nun die bis dahin geltenden strengen Kontrollen — man glaubte wohl nicht mehr, daß die Ausländer Bomben legen würden!

Von der Universität kam nur eine dieser Frauen — ich selbst. Eine andere der vier Gründerinnen arbeitete bei der Post, eine als Krankenschwester in der Psychiatrie, die vierte hatte den Hauptschulabschluß. Heute ist die Organisation größer, in dem Sinne, daß sie bekannt ist, aber es sind immer noch nicht genug Frauen, weil viele schwarze Frauen nicht in eine feministische Assoziation gehen wollen. Die schwarzen Männer halten ihre Frauen davon ab, einer solchen Gruppierung beizutreten, weil sie glauben, ihre Frauen würden ihnen dann zu Hause den Krieg erklären. Obwohl ja die Frauen, die in der feministischen Organisation sind, bis dahin ihren Ehemann nicht getötet haben! (lacht)

Wo und unter welchen Bedingungen arbeiten schwarze Frauen?

Doo-Bunya: Schwarze Frauen finden sich in allen Bereichen der französischen Gesellschaft — es gibt einige schwarze Professorinnen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, auch in jedem Unternehmen finden sich einige schwarze Frauen, und sei es, daß sie diejenigen sind, die die Büros reinigen... Es sind allerdings immer nur wenige, und es ist schwierig für sie, eingestellt zu werden. Bei Bewerbungen muß man ein Foto beilegen — und die *Patrons* wählen dann immer die weißen BewerberInnen aus.

Was die Beschäftigungssituation betrifft, gibt es Unterschiede zwischen schwarzen Männern und schwarzen Frauen. Einmal existieren ja spezielle Männerarbeiten — z.B. in der Straßenreinigung sind sehr viele schwarze Männer beschäftigt, dort können sich schwarze Frauen nicht bewerben. In den Jobs, die für Frauen offenstehen, werden wie gesagt Weiße bevorzugt — deswegen sind schwarze Frauen noch stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als schwarze Männer. Schwarze Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt noch größere Probleme als schwarze Männer. Das ist einer der Gründe, sich als schwarze Frauen zu organisieren.

Ist ein anderer Grund der Sexismus der schwarzen Männer, die Unterdrückung, die schwarze Frauen durch ihre Männer erleiden — durch schwarze Männer... ?

Doo-Bunya: ... und durch weiße Männer... durch alle Männer. Laß mich das erklären. Rassismus und Sexismus sind allgemeine Tatsachen. In der französischen Gesellschaft gibt es — wie in anderen Gesellschaften auch — das Patriarchat, und es gibt „Ausländer"... Oben steht der weiße Mann, der weder Rassismus noch Sexismus kennt. Nach dem weißen Mann kommt die weiße Frau, die den Rassismus nicht kennt, wohl aber den Sexismus. Danach der schwarze Mann, der den Sexismus nicht kennt, wohl aber den Rassismus. Am untersten Ende schließlich steht die schwarze Frau, die sowohl Rassismus als auch Sexismus kennt.

Das verdeutlicht die wirkliche Situation von schwarzen Frauen in der französischen Gesellschaft, oder in anderen Gesellschaften, in denen sie leben: sie sind ganz unten in der Stufenleiter der Hierarchie der menschlichen Wesen in dieser Gesellschaft.

Selbst wenn sie Professorinnen, Ärztinnen sind, kennen sie das Problem des Sexismus, das Problem des Rassismus. Männliche Akademiker, die schwarz sind und keine französische Staatsangehörigkeit besitzen, haben an der Universität bereits große Schwierigkeiten, anerkannt zu werden und Stellen zu bekommen — um wieviel schwerer hat es eine schwarze Frau... Frauen, die beruflich in Männerdomänen vordringen, werden doch als diejenigen angesehen, die den Männern die Stellen wegnehmen.

Was ist die Haltung der weißen französischen Frauenbewegung zu den schwarzen Frauen?

Doo-Bunya: Bevor unsere Organisation existierte, ging ich bisweilen zu Treffen der weißen Feministinnen. Ich tat das lange genug, um zu erkennen, daß die Probleme der schwarzen Frauen in der weißen Frauenbewegung keine Berücksichtigung fanden. Man sprach von der Lohngleichheit — gleicher Lohn für gleiche Arbeit — die schwarzen Frauen haben es sehr schwer, überhaupt Arbeit zu finden. Weitere wichtige Themen waren Empfängnisverhütung und die Freiheit zur Abtreibung. Die Afrikanerinnen aber hatten — aus ihrer Mentalität heraus — den Wunsch nach einer großen Familie, und selbst wenn sie mal abtreiben, so sehen sie die Abtreibung doch keinesfalls als Ziel eines Kampfes an — weder vom Kopf, noch vom Herzen her... Das war eine der unüberwindlichen Barrieren... Man sprach in der weißen feministischen Bewegung also nicht von unseren Problemen, sondern von Problemen, die uns nicht betrafen. Man sprach nicht von Problem des Rassismus. Man sprach nicht vom Problem der Polygamie — über nichts, das uns betraf, außer der Klitorisbeschneidung. Man sprach nicht von den afrikanischen Kindern, die an Hunger sterben, man sprach nicht von unseren Ländern, die ausgebeutet wurden — das alles zählte bei den weißen Feministinnen nicht. (...)

Erzähle noch ein wenig von eurer praktischen Arbeit. In Deiner Rede auf der Schwarze-Frauen-Konfernz sprachst Du von der Notwendigkeit, „lokal zu handeln und global zu denken"?

Doo-Bunya: Dieser Satz stammt nicht von mir. Ich halte dies aber für eine gute Idee und wir versuchen mit unserer Organisation so vorzugehen. Unsere Organisation beschäftigt sich mit fast allem, was schwarze Frauen betrifft. Jede Frau ist beispielsweise vom Problem der Gesundheit betroffen — nicht nur weil Fälle von Zwangssterilisation schwarzer Frauen in Frankreich bekanntgeworden sind und es nach jüngsten Untersuchungen etwa 8000 Fälle von Aids unter der schwarzen Bevölkerung in Frankreich gibt... Jeder ist von der Erziehung, vom Kampf gegen den Rassismus, von der Apartheid betroffen. Apartheid gibt es auch in Frankreich — beispielsweise gibt es viele Vermieter, die keine Schwarzen wollen. Wir kämpfen also nicht nur gegen die Apartheid in Südafrika, sondern ebenso gegen die Apartheid hier, gegen den allgemeinen Rassismus.

Welches sind die Rechte, die Du für die schwarzen Frauen forderst?

Doo-Bunya: Die Rechte, die wir für schwarze Frauen fordern, sind einfach: es sind die Rechte, die auf der universellen Erklärung der Menschenrechte basieren. Diese Rechte sind unteilbar. Warum wird immer wieder von Demokratie gesprochen, wenn dies nichts Reelles ist? Denn eine reale Demokratie erfordert, daß alle menschlichen Wesen gleiche Rechte haben — seien sie Männer, Frauen, Weiße, Schwarze, Gelbe... Das ist alles, was wir für die schwarzen Frauen verlangen. Wir wollen selbstverständlich auch bestimmte präzise Dinge, wie etwa das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung, das Recht auf eine nicht-sexistische Information... und vieles andere mehr. Doch dies alles ist Bestandteil unserer allgemeinen Forderung nach Anwendung des universellen Menschenrechts. Hier möchte ich übrigens meine Mutter erwähnen. Meine Mutter rief — dort unten in meinem Land — eine kleine Frauenorganisation ins Leben, die sich „Assoziation, die die Lügen der Männer offenlegt" nannte. Aber sie wußte nicht, daß sie eine Feministin ist!

Anja Ruf ist Soziologin, lebt in Offenbach.

Lydie Doo-Bunja kam 1954 nach Frankreich, zunächst um die Fächer zu studieren, für die sie eine Erlaubnis hatte (Krankenschwester, Sozialarbeiterin, medizinische und biologische Analyse, industrielle Chemie). Später studierte sie an der Sorbonne Literatur und Journalismus. Lydie ist verheiratet, hat sechs Kinder und ist Schriftstellerin. Sie hat einen Roman verfaßt und an mehreren Büchern mitgewirkt, die von Afrika und von Frauen handeln, insbesondere von schwarzen Frauen — von schwarzen Frauen in Afrika und in der ganzen Welt. Diese Bücher sind auch Bestandteil ihrer Arbeit in der Bewegung zur Verteidigung der Rechte der schwarzen Frau.

Sind die Menschenrechte politisch neutral?

Monopol als Menschenrechtsorganisation verloren

Viele, die die Interna kennen, raunen es sich zu: **amnesty international (ai)** *ist politisch nicht so neutral, wie es sich darstellt, und recherchiert nicht so gut, wie der Rest der Welt annimmt.* **ai** *lebt seit seiner Gründung mit einem Widerspruch. Nach seinem Selbstverständnis darf es nicht politisch intervenieren. Aber der Vorwurf, daß ein bestimmter Staat mordet und foltert,* ist bereits *eine politische Intervention und wird vom Freund und Feind auch so empfunden. Es gehört zum Selbstverständnis moderner Staaaten, daß körperliche Mißhandlungen nicht zu ihren Herrschaftsmitteln gehören. Wer an dieses Selbstverständnis rührt, greift die Legitimation der Herrschenden an und rüttelt an ihren nationalen und internationalen Bündnisgeflechten. Wenn* **ai** *einem zu Staatsbesuch weilenden Minister eine Liste von Folteropfern in dessen eigenem Land übergibt und sich gleichzeitig als über jede politische Neigung erhaben vorstellt, zahlt es den Preis eines permanenten Rollenspiels. Auf der politischen Weltbühne ist* **ai** *die Dauerdarstellerin der Scheu-Naiven.*

Am Beispiel des Golfkriegs hat die US-Zeitschrift „The Nation" dieses Problem aufgegriffen. Alexander Cockburn, altbewährter Kolumnist der „Nation" hatte in der Ausgabe vom 4. Februar 1991 geschrieben, daß der von **ai** *publizierte Bericht über 312 frühgeborene kuweitische Babys, die irakische Soldaten aus den Brutkästen geworfen haben sollen, nicht stimmte. Bush hatte sich kurz vor Kriegsbeginn auf diesen Bericht berufen. Aryeh Neier, Direktor von Human Righs Wach (Washington, D.C.) verteidigte daraufhin* **ai** *in einem Leserbrief an „The Nation" (8. April), ohne im Einzelnen auf Cockburns Argumente einzugehen. In derselben Ausgabe antwortete Cockburn mit einer Fülle von Details. Cockburn prüft Quellen, beruft sich darauf, daß es in ganz Kuweit keine 312 Brutkästen gab und wischt seinem Gegner kräftig eins aus („Ich habe gute Gründe zu glauben, daß Neier schon lange vor meiner betreffenden Kolumne viel stärker um Menschenrechtspolitik — einer kollegialen Beziehung zu ai — als um die Wahrheit besorgt war.") Um seine These zu untermauern, bringt Cockburn einiges Material gegen einen Bericht von* **ai** *aus dem Jahr 1986 über Nicaragua. Dieser Bericht, so sagt er, widerspricht den Ergebnissen von Americas Wach, also eben der Organisation, der Neier vorsteht.*

Der Streit der beiden „Nation"-Kolumnisten zeigt eine Trivialität auf, die einmal gesagt werden muß: eine Menschenrechtsorganisation, auch wenn sie beinahe schon heilig gesprochen ist, arbeitet in einem politischen und institutionellen Umfeld, dessen Gravitationskräfte auch auf sie selbst einwirken. Weniger trivial ist die durch die Leserbriefkontroverse vor Augen gestellte Tatsache, daß **ai** *seine Monopolstellung als Menschenrechtsorganisation verloren hat. Es gibt eine Reihe anderer Gruppierungen, die das Schwergewicht nicht auf die Menge der Mitglieder, sondern auf die Qualität der Arbeit legen. Wer heute über die Menschenrechtssituation in einem Land spricht, muß sich an Hand unterschiedlicher Berichte von Fall zu Fall selbst ein Urteil bilden. Die Zeit der von Stacheldraht umwundenen Kerze, mit der* **ai** *bis heute zu werben versucht, ist vorbei.*

DIETER MAIER

ANDREA MAIHOFER

Noch immer bedarf es der Zivilisierung männlicher Krieger

Einige kritische Anmerkungen aus feministischer Sicht zu Demokratie und Öffentlichkeit

Am 29.6. fand unter dem Titel „Eine andere Moderne" die jährliche Arbeitsgruppentagung des SB statt. Vor dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeit der sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Ost und West setzte man sich in drei Foren mit den Konzepten einer „Zivilgesellschaft" und der „demokratischen Frage" auseinander, wie sie von den Autoren Rödel/Frankenberg/Dubiel neu gestellt und in der *links* kontrovers diskutiert worden ist (vgl. *links* Nr. 237/239). Andrea Maihofer konzentrierte sich in ihrem Referat auf einige kritische feministische Anmerkungen insbesondere zum Verständnis von Demokratie, Politik und Öffentlichkeit zum Essay „Die demokratische Frage" der o.g. Autoren. Mit der Veröffentlichung ihres Vortrages setzen wir die Dokumentation der SB-Tagung fort.

Meine Kritik im folgenden richtet sich nicht dagegen, daß im Rödel/Frankenberg/Dubiel-Essay überhaupt der Versuch unternommen wurde, ein normatives Ideal zur demokratischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu formulieren. Das halte ich angesichts des aktuellen Stands der Diskussion für ausgesprochen sinnvoll. Obwohl ich es hilfreicher, wenn nicht grundsätzlich angemessener fände, dies nicht mehr in der klassischen Form eines normativen Diskurses zu tun. Schließlich leben normative Diskurse von der Aura, das moralisch und menschlich einzig Richtige zu sagen — ein genaugenommen undemokratischer Habitus.

Auch teile ich über große Strecken, was ich — bei aller Widersprüchlichkeit — den *radikaldemokratischen Kern* dieser Konzeption nennen möchte. Anders als Joachim Hirsch (*links,* Sonderausgabe 96), der zwar auch von Widersprüchen spricht, letztlich jedoch nur *die* Seite des Widerspruchs wahrnimmt, die ihm die Verfallsgeschichte der Kritischen Theorie aufzeigen läßt, finde ich diese Ausführungen in der Tat bemerkenswert in dem Schwanken zwischen Affirmation und radikaldemokratischem Impetus.

So teile ich die These, daß Demokratie heute von der Perspektive posttraditionaler Gesellschaften her gedacht werden muß. *Keine* Instanz kann (mehr) den Anspruch erheben, mit Gewißheit zu wissen, was das Richtige ist. Auch *Demokratie* ist folglich ein „*offenes Projekt*". Eine solche Vorstellung schließt eine normative Festlegung aus, daß Demokratie für alle Zeiten als parlamentarische Parteiendemokratie begriffen werden muß, über die *hinaus* es keine demokratische Weiterentwicklung geben könne.

Demokratie ist ein offenes Projekt

Auch sehe ich in der mehrfach formulierten Perspektive einer „demokratischen Selbstregierung des Volkes" ein — wenn auch etwas zögerliches — Festhalten an der Idee der *direkten Demokratie*. Ebenso sehe ich dies in dem Insistieren darauf, daß *alle* gesellschaftlichen Fragen Thema öffentlicher Auseinandersetzungen sein können und müssen, es also keine thematischen Ausgrenzungen geben darf.

Ihre uneindeutige Haltung scheint mir jedoch nicht zuletzt in der (mir unerklärlichen) Neigung begründet zu sein, direkte und identitäre Demokratie ineinszusetzen. Identitäre Demokratiekonzepte basieren auf der problematischen Unterstellung der letztlichen Identität von Einzel- und Allgemeininteresse und damit auf einer autoritären Unterordnung des Einzelnen unter das Allgemeine. Hier zu zögern, ist daher mehr als angebracht. Der Begriff der direkten Demokratie schließt jedoch prinzipielle Interessendifferenzen und deren gesellschaftliche Gleichberechtigung keineswegs aus. Desweiteren wichtig finde ich die Idee — und das könnte für die aktuelle Verfassungsdebatte eine Anregung sein —, die demokratische mit der sozialen Frage zu verbinden. Das heißt, daß die Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen garantieren muß, daß auch *wirklich* alle Menschen die Möglichkeit haben, an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen.

Doch betrachtet frau die hier entwickelte Konzeption von Öffentlichkeit etwas näher und fragt sich, in welche Richtung soll sich danach Demokratie weiterentwickeln, welches Verständnis von Gesellschaft bedeutet das und welche gesellschaftliche Praxen und sozialen Habitus impliziert es, werden eine Reihe von Problemen sichtbar. (Vgl. für das Folgende auch A. Demirovic, Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie; *Argument* 185/1991.) Während in den modernen posttraditionalen Gesellschaften die Stelle der Macht symbolisch leer bleibt, wird ihr bei Rödel/Frankenberg/Dubiel gegenüber

„ein öffentlicher Raum im wahrsten Sinne des Wortes frei gegeben, der symbolischer Natur ist. Sonst wäre der Gewalt ein Freibrief erteilt, und statt der öffentlichen Verständigung über die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft hätten wir es mit Bürgerkrieg zu tun." Öffentlichkeit wird als eine autonome Sphäre verstanden, in der sich die Bürger zwar Angesichts, aber doch außerhalb der Macht als freie und gleiche begegnen, ohne Zwang über ihre Angelegenheiten diskutieren und in gewaltloser Form ihre Konflikte austragen können. In diesem fast mystisch anmutenden Bild wird Öffentlichkeit jedoch nicht nur als eigene gesellschaftliche Sphäre mit eigener Logik und Geschichte konzipiert. Sie wird zu einem Raum außerhalb dieser Welt, jenseits von Gewalt und (Bürger)Krieg stilisiert. Obwohl es sich — auch dem eigenen Anspruch nach — um die Idee einer gesellschaftlichen Praxis innerhalb unserer Gesellschaft und für gegenwärtig lebende Menschen handeln sollte. Vor allem auf vier in dieser Idealisierung liegenden Konsequenzen möchte ich im folgenden näher eingehen.

Erstens: In dieser Idee von Öffentlichkeit bleibt die jeweils eigene Logik der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche unreflektiert, in der Öffentlichkeit real jeweils stattfindet. Das heißt, das Außer-der-Welt-sein der öffentlichen Sphäre, wie sie die Raummetaphorik suggeriert, wiederholt sich auf der Ebene des öffentlichen Diskurses. Er wird zu einem besonderen Diskurs stilisiert, jenseits der gesellschaftlichen Bereiche und deren diskursiver Logiken, in denen er praktiziert wird. So führt die (berechtigte) Kritik an der Trennung zwischen System und Lebenswelt, wie sie von Habermas vorgenommen wird, letztlich zu einer Verstärkung, des in dieser Trennung liegenden Idealismus. Statt diese zu problematisieren, wird die Bedeutung symbolischer Reproduktion — als von systemischen Imperativen unabhängiger öffentlicher Auseinandersetzung — auf Bereiche der Wirtschaft und Verwaltung erweitert. Nur als ein derart außerhalb der wirklichen Welt situierter Diskurs, kann jedoch der öffentliche Diskurs so unmittelbar für alle gesellschaftlichen Bereiche Geltung beanspruchen. Doch Öffentlichkeit findet nicht in einem homogenen Raum und in einer homogenen Sprache statt, sondern in so unterschiedlichen Bereichen wie Parlamenten, Gerichten, Medien, Universitäten, Bürgerinitiativen, Frauengruppen etc. Die Menschen reden folglich nicht einfach und unmittelbar miteinander. Sie formulieren ihre Probleme, Wertvorstellungen und Interessen vielmehr innerhalb unterschiedlicher Diskurse. Das führt nicht nur häufig zu erheblichen Verständigungsschwierigkeiten, die den Beteiligten im übrigen nicht einmal bewußt sein müssen und die um so größer sind, je mehr dieses Problem ignoriert wird. Dies hat unter Umständen auch erhebliche Verfremdungen dessen zur Folge, was ‚ursprünglich eigentlich' gewollt wurde. Bei den Versuchen, Fraueninteressen in politische Forderungen umzusetzen, wird das nur allzu deutlich. Schließlich kann sich die Umsetzung auch als unmöglich erweisen. Nicht zuletzt die nicht enden wollenden Schwierigkeiten der Frauen, wollen sie ihre Interessen und Wertvorstellungen in herkömmlichen Institutionen der Öffentlichkeit artikulieren und praktizieren, zeigt die Brisanz dieses Problems und die Notwendigkeit dies im Begriff von Öffentlichkeit selbst mitzudenken.

Geschlechterdifferenz bleibt unberücksichtigt

Zweitens: Individuelle, ethnische, kulturelle sowie die Verschiedenheit der Geschlechter werden in dieser Konzeption von Öffentlichkeit lediglich als Pluralität von Lebensstilen wahrgenommen. Daß es sich hierbei auch um (jedenfalls gegenwärtig) grundlegende Differenzen zwischen den Geschlechtern und Kulturen handeln könnte, bleibt nicht nur unberücksichtigt, das wird sogar ausgeschlossen. Die unterstellte Besonderheit des öffentlichen Diskurses bei Rödel/Frankenberg/Dubiel basiert nämlich auf der rationalistischen Annahme, daß sich im Grunde genommen alle Menschen, wenn sie sich nur recht bemühen und genügend Zeit haben, miteinander verständigen und gemeinsame Lösungen für ihre unterschiedlichen Interessen finden können. Sei es auch, indem gemeinsam ein Dissens festgestellt wird. Grundsätzlich differente Rationalitäten, Moralauffassungen, Interessenlagen, deren jeweilige Wahrheit sich nicht in einem gemeinsamen Dritten aufheben läßt, gibt es hiernach nicht. So wird auch die Notwendigkeit nicht gesehen, institutionelle Formen zu entwickeln, die zum Beispiel die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter oder verschiedener Ethnien nicht nur aufgrund ihrer letztlichen menschlichen Gleichheit, sondern auch oder gerade *in* ihrer (kulturellen) Differenz garantieren.

Drittens: Die Ausgrenzung der Macht aus dem öffentlichen Raum ist gleichsam die normative Bedingung der Möglichkeit von Öffentlichkeit. Die Metaphorik des Raumes hält dies ständig präsent. Überdies werden dabei Macht, Herrschaft, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse unterschiedslos zu *der* Macht substanzialisiert: *die* Macht ist außerhalb. Die Öffentlichkeit ist jenseits dieser Welt: „Die Offenheit der öffentlichen Sphäre und der durch nichts als die vorgetragenen Meinungen und Interessen gesteuerte öffentliche Diskurs..." Doch es gibt kein außerhalb der Macht. Jede öffentliche Auseinandersetzung findet immer *innerhalb* von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen statt. Und nur, wenn das nicht idealistisch verdrängt wird, können institutionelle Formen ihrer Aushebelung, Neutralisierung oder auch produktiven Umsetzung gefunden werden. Kontrafaktische Entwürfe von Öffentlichkeit, die gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse einfach normativistisch ausblenden, können hierfür jedoch nicht als regulative Idee dienen. Sie sind bestenfalls ein voluntaristischer Appell.

Viertens: Schon an obigem Ausgangszitat wird die enge Verzahnung dieser Konzeption von Öffentlichkeit mit der Annahme der ständigen Drohung des Bürgerkrieges deutlich. Die von der Verfassung umhegte Arena des öffentlichen Diskurses, in der nun gesellschaftliche Konflikte friedlich und ohne Gewalt ausgetragen werden können, ist die historisch errungene Alternative zu Gewalt, Chaos und Bürgerkrieg. Zivilgesellschaft wird als Bereich verstanden „des zivilisierten, weil gewaltlosen Umgangs der Menschen miteinander. Auf der Basis wechselseitiger Anerkennung als gleichberechtigte Bürger richtet sich deren Suche auf eine Verfassung, die das neue politische Gemeinwesen symbolisch einhegt und institutionell auf Dauer stellt, und in deren Rahmen die Bürger und Assoziationen der Zivilgesellschaft ihre Konflikte austragen und koexistieren können."

Patriarchales Demokratieverständnis

Scheinbar paradox bleiben in diesem Verständnis Öffentlichkeit, Politik, zivile Gesellschaft als das ganz andere von Macht und Gewalt ihrem Gegenbild aufs engste verhaftet. Sie stellen keinen wirklichen Bruch mit der Logik des Krieges dar. Im Gegenteil, sie sind letztlich nichts anderes als dessen Fortsetzung mit anderen Mitteln (M. Foucault). Rächt sich so des normativ Verdrängte? So liegt der Sinn öffentlicher Freiheit neben der Ermöglichung friedlicher Konfliktaustragung darin, „die Vorraussetzungen für die buchstäbliche Entwaffnung der Mitglieder der Zivilgesellschaft zu schaffen." Aus dem Feind, der vernichtet werden muß, wird der politische Gegner, aus den Waffen werden Meinungen/Argumente, die in „scharfer Konkurrenz, ja Gegnerschaft" zueinander stehen. „Die Regelungsform dieser Gegnerschaft ist freilich nicht die des ritterlich ausgefochtenen Krieges oder Bürgerkrieges, sondern die Gewaltlosigkeit verbürgenden Regeln der öffentlichen Diskussion."

Es ist erstaunlich, aber noch immer scheint die Idee von Demokratie nicht aus dem herkömmlichen patriarchalen Verständnis von Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft heraustreten zu können, wie es mit Beginn der bürgerlichen Moderne entstanden ist (Machiavelli und die Folgen(den)). Noch immer bedarf es wohl der Zivilisierung männlicher Krieger. Kein Wunder also, wenn herkömmliche Politik so ist, wie sie ist und sich Frauen in dieser martialischen Welt so schwer tun. ■

Anmerkung: Alle Zitate beziehen sich auf Rödel/Frankenberg/Dubiel: Die demokratische Frage, Frankfurt 1990.

Andrea Maihofer, Philosophin, wiss. Mitarbeiterin des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt.

BARBARA MAIER

Die Renaissance der Nation auf den Trümmern der Ideologie

Zum nation-building-Prozeß im zerfallenden Sowjetstaat

Das alte Sowjetimperium existiert nicht mehr. Doch was folgt dem Trümmerfeld der Ideologien nach? Unsere Autorin, Barbara Maier, geht der Frage nach, warum sich im zurückbleibenden Machtvakuum gerade der Nationalismus als diejenige Kraft profilieren konnte, der die auseinanderbrechenden Teile neu zu organisieren verspricht. Dabei zeigt die Historikerin auf, daß bereits mit Beginn des Sowjetstaates der Nährboden für den heutigen Nationalismus angelegt worden ist. Erst die Rahmenbedingungen des Sowjestaates ermöglichten einen nation-building-Prozeß, aus dem heute die Renaissance des Nationalismus hervorgeht.

Oft beschworen und nie so recht ernst genommen, haben wenige Tage nach dem Scheitern des Putsches ausgereicht, um zur empirischen Gewißheit werden zu lassen, was als theoretisch plausible Hypothese schon lange vorher formuliert werden konnte: Die Erosion sozialistischer Ideologie ist in einem Vielvölkerstaat wie der Sowjetunion nicht nur gleichzusetzen mit einer Konkurserklärung des politischen und sozialen Systems, sondern entzieht auch der staatlichen Struktur ihre aus systemneutralem Boden nur schwer zu rekonstruierende Legitimität.

Dies zumindest scheint mir die Quintessenz aus dem Scheitern eines Staatsstreiches zu sein, der auch im Selbstverständnis der Protagonisten eher ein Versuch als Rettung der Union, denn zur Restituierung des Sozialismus war. Patriotisch eingefärbte Law-and-order Rhetorik und nicht klassenkämpferische Parolen bestimmten das verbale Rüstzeug der Putschisten. Das in vorrevolutionären Traditionen verankerte und in einer jahrhundertelangen Geschichte zu Ruhm und Größe herangewachsene Vaterland wähnten sie in Gefahr: die in ihrer Existenz durch jüngste Erlasse der Jelzin-Administration ebenfalls in Frage gestellte Partei hingegen, schien ihnen kaum der Erwähnung wert. Als Lobbyisten dieser Partei agierten sie nur insofern, als diese die einzige weithin erkennbare Kraft im gesamten politischen Spektrum war, die überhaupt noch Anspruch auf die Artikulierung unionsweiter Interessen erhob.

Aber — der seines sozialistischen Inhaltes beraubte Sowjetpatriotismus als Mobilisierungs- und Integrationsideologie hat versagt. Ein Staat, dessen ultima ratio von Beginn an unverkennbar verküpft worden ist mit den Prämissen einer Ideologie, hätte deren Exitus nur überleben können, wenn es gelungen wäre, den Verlust ideologischer Legitimität durch einen funktionalen Nachweis seiner Existenzberechtigung zu kompensieren. Nicht zuletzt an dieser Aufgabe sind die Dilletanten des 19. August gescheitert.

Es mag dies eine mehr oder weniger befriedigende Diagnose des Zerfalles ein. Die Frage, warum sich in dem zurückbleibenden Vakuum gerade der Nationalismus als diejenige Kraft profilieren konnte, der die auseinanderbrechenden Teile neu zu organisieren verspricht, ist damit allerdings noch in keinster Weise beantwortet. Die Tatsache, daß nahezu alle Ordnungsvorstellungen, die in der letzten Zeit in der Sowjetunion entwickelt worden sind, seien sie nun liberaldemokratischer, autoritär-konservativer oder reform-sozialistischer Provenienz, allesamt auf den teilstaatlich-nationalen Rahmen bezogen blieben, und keine einzige politisch relevante Kraft — mit Ausnahme der nunmehr hoffnungslos diskreditierten Pro-

Foto: dpa

Gegen den Unionsvertrag und für die Anerkennung der ukrainischen Flagge haben Bürger Kiews am 4.9.91 in der Hauptstadt demonstriert. Zuvor hatte es im Parlament der Ukraine einen heftigen Streit gegeben, ob die Fahne der Republik auf dem Parlamentsgebäude gehißt werden sollte.

fiteure der zentralen Bürokatie — den Ehrgeiz zeigte, gesamtstaatlich-sowjetische Perspektiven zu entwickeln, bedarf doch erstmals der Erklärung.

In Auseinandersetzung mit der Wiederkehr der Nation als einem nicht allein sowjetischen, sondern insgesamt postsozialistischen Phänomen, sind es v.a. zwei Interpretationsangebote die Konjunktur haben. Die einen begrüßen die wenn auch verspätete Unterordnung unter den Imperativ der Modernisierungslogik in der Demokratie nicht nur funktionale Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums ist, sondern gemäß den zur Norm erhobenen Parametern der westeuropäischen Entwicklung zunächst auch nur national buchstabiert werden kann. Die anderen verteufeln es als Angriff des 19. Jahrhunderts mit seinem gerade für Osteuropa verheerenden Prinzip der Gleichsetzung von Nation und Staat auf eine Gegenwart, die eigentlich schon die Überwindung des ökonomisch disfunktionalen Nationalismus zu Gunsten supranationaler Integration auf die Tagesordnung gesetzt hat...

Ist die Entstehung von Nationalstaaten in der Sowjetunion also jetzt eine notwendige Pflichtübung im Rahmen der nachzuholenden Revolution, in der überhaupt erst die Grundlagen für einen später möglichen Anschluß an europäische Trends gelegt werden müssen? Oder ist sie eher ein Rückfall in eine Vergangenheit, die Europa wieder einmal in zwei Zonen der Ungleichzeitigkeit zu zerreißen droht? Zwei Interpretationen, die gegensätzlicher eigentlich kaum ausfallen können. Ihnen ist aber gleichwohl die suggestive Annahme gemeinsam, die Völker der Sowjetuniuon könnten den Faden der gesellschaftlichen Entwicklung einfach da wieder aufnehmen, wo sie ihn vor dem Intermezzo eines nunmehr gescheiterten 70jährigen Experiments fallengelassen haben.

Mir hingegen will scheinen, daß die Aktivitäten, die auf Nation als politischer Ordnungskategorie zielen, im gegenwärtigen sowjetischen Diskurs viel mehr mit den spezifischen Bedingungen zu tun haben, wie sie in 70 Jahren Sozialismus geschaffen worden sind, als mit abstrakt modernisierungstheoretischen Sachzwängen oder der Übermacht vorrevolutionärer Vergangenheit. Heute haben wir es mit dem auch für den Historiker nicht alltäglichen Glücksfall zu tun, einen abgeschlossenen Prozeß analysieren zu können, unabhängig davon, was an intrarepublikanischen Übereinkünften unter der Ägide Jelzins vielleicht doch noch erzielt werden kann. Die Sowjetunion, wie sie 1922 konstituiert worden ist, existiert nicht mehr — so ist es m.E. durchaus legitim, in methodisch bewährter Manier die Ursachen für das Ende auch in den Bedingungen des Anfanges zu suchen.

Um die Pointe gleich vorwegzunehmen: *die Sowjetunion ist 1991 zum Opfer eines in seiner Struktur institutionalisierten Kompromisses geworden, dessen Zustandekommen 1922 das sine qua non ihres erfolgreichen Konstituierungsprozesses war.*

Während in den anderen multinationalen Großstaaten nach dem durch den I. Weltkrieg beschleunigten Zerfall der dynamischen Legitimationsbasis das allerorten triumphierende Prinzip Nation zum Motor eines unaufhaltsamen Zerfallsprozesses wurde, gelang der Nachfolgeorganisation des russischen Reiches mit Hilfe eines unerwarteten Kunstgriffes die überraschende Relegitimierung. Die Frage, worin eigentlich das spezifische Erfolgsrezept der Bolschewiki bestand, denen es gegen den herrschenden Trend gelang, die 1917 auch in Rußland geradezu übermächtig erscheinende Desintegrationstendenzen, zumindest für die nächsten 74 Jahre zu paralysieren, ist oft gestellt worden und gewinnt heute neue Aktualität. Die Antwort wird man auch und gerade im Lichte der jetzt möglichen Erkenntnis, daß dies nur ein Sieg auf Zeit war, nicht in einer ideologischen Immunisierung gegen die Verführungen des Nationalismus suchen dürfen.

Relegitimierung der Nation

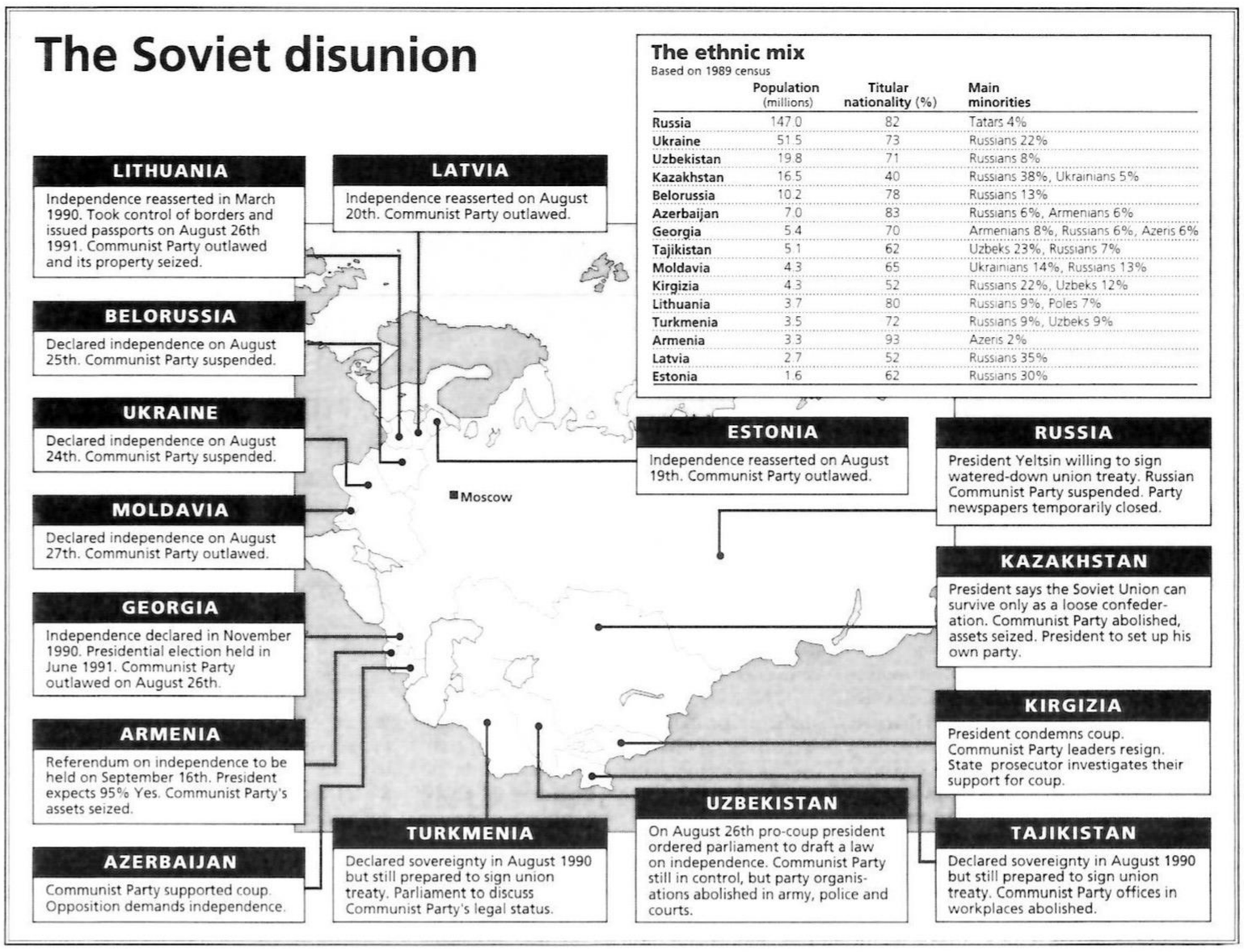
Es war nicht die teleologische Orientierung auf einen gesellschaftlichen Idealzustand, in dem nationale Unterschiede als Relikt des Kapitalismus ihre Signifikanz verloren haben werden. Vielmehr war es die dazu nur auf den ersten Blick in Widerspruch stehende Fähigkeit, sich den Mobilisierungseffekt von Nationalismus zunutze zu machen, um ihm gleichwohl ob der Anbindung an das strategische Fernziel seine sezessionistische Spitze zu nehmen, die den Sozialismus zur idealen Integrationsideologie eines multiethischen Staates qualifizierte. Das bedeutete: Anerkennung des Nationalismus als Geburtshelfer einer Gegenwart, die sich nichtsdestotrotz nur als Vorgeschichte einer nationslosen Zukunft versteht. Bei diesem Drahtseilakt wird nur derjenige nicht von dialektischem Schwindel erfaßt, der ausgestattet mit dem Instrumentarium marxistischer Geschichtsphilosophie, im Aufblühen der Nationen nichts anderes als eine notwendige Voraussetzung ihrer späteren Verschmelzung zu erblicken vermag. Wenn allerdings der Wechsel auf die Zukunft platzt und sich das Projekt der Transformation der multiethischen Sowjetgesellschaft in die metaethische Einheit des Sowjetvolkes als Fiktion entlarvt, wird der Weg zum Ziel und die nur als Provisorium gedachte nationale Übergangsphase zum Dauerzustand.

Zunächst befähigte aber gerade der Glaube, es in Gestalt der Nation mit einem historisch auslaufenden Modell zu tun zu haben, die Bolschewiki zu weitreichenden Zugeständnissen, zu denen sich bürgerliche Reformstrategen in vergleichbaren Situationen nie haben durchringen können. In einem von taktischen Notwendigkeiten des Machterhaltes diktierten und deshalb nur als provisorisch gedachten „Sozialvertrag" wird den ursprünglich in Opposition zum Sowjetstaat stehenden nationalen Eliten im Austausch gegen politische Loyalitätsgarantien die Anerkennung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung und die wie auch immer begrenzte Befriedigung nationaler Ambitionen zugesichert. Die Kompromißhaftigkeit dieser Lösung spiegelt sich in den von Anfang an widersprüchlichen Konstruktionsprinzipien des Sowjetstaates wider.

Während die Verfasssung von 1924 die UdSSR einerseits als Keimzelle des mit Ausbreitung der sozialistischen Revolution entstehenden Weltstaates beschreibt und auch die Staatsbezeichnung jeden als Begrenzung zu verstehenden nationalen Zug vermeidet, begreift sich der als Föderation konzipierte neue Staat doch andererseits in deutlicher Abgrenzung von bürgerlichen Vorbildern explizit als Zusammenschluß von nationalstaatlich organisierten territorialen Einheiten. Damit steht man vor dem scheinbaren Paradox, daß gerade der Staat, der sich als Experimentierfeld und Vorstufe zu weltumspannenden und damit notwendigerweise metanationalen staatlichen Organisationsformen verstand, zu dem Rahmen wurde, in dem sich erst die nationalstaatliche Konsolidierung vieler Ethnien vollzog.

In besonderem Maße galt dies für die mittelasiatische Region, in der es wirklich ganz unverkennbar erst die Sowjetmacht war, die sich als Erfinder von Nationen betätigte und in einem als nationale Abgrenzung bezeichneten Prozeß diesen unterhalb der staatlichen Ebene nur locker tribualistisch strukturierten Raum in die starre Form von fünf Nationalstaaten goß. Diese wurden in einem beeindruckend voluntaristischen Kraftakt erst nachträglich mit einem in die Historie projezierten kulturellen und geschichtlichen Sonderbewußtsein ausgestattet. Mit Ausnahme der erst im Zuge des II. Weltkrieges inkorporierten baltischen und zu einem gewissen Grad auch der kaukasischen Republiken, die zumindest in den Wirren des Bürgerkrieges auf kurzfristige Experimente mit der Eigenstaatlichkeit zurückblicken konnten, erreichten alle anderen Ethnien erst in der 70jährigen Sowjetzeit ein Niveau an staatlicher Konsolidierung, das es ihnen heute erlaubt, mit nationalstaatlichen Erbansprüchen auf die Konkursmasse UdSSR aufzutreten.

Erklärtes Ziel einer von Anfang an dualistisch ausgerichteten Nationalitätenpolitik, die derartige weitreichende Konzessionen natürlich immer durch den gleichzeitigen



The ethnic mix
Based on 1989 census

	Population (millions)	Titular nationality (%)	Main minorities
Russia	147.0	82	Tatars 4%
Ukraine	51.5	73	Russians 22%
Uzbekistan	19.8	71	Russians 8%
Kazakhstan	16.5	40	Russians 38%, Ukrainians 5%
Belorussia	10.2	78	Russians 13%
Azerbaijan	7.0	83	Russians 6%, Armenians 6%
Georgia	5.4	70	Armenians 8%, Russians 6%, Azeris 6%
Tajikistan	5.1	62	Uzbeks 23%, Russians 7%
Moldavia	4.3	65	Ukrainians 14%, Russians 13%
Kirgizia	4.3	52	Russians 22%, Uzbeks 12%
Lithuania	3.7	80	Russians 9%, Poles 7%
Turkmenia	3.5	72	Russians 9%, Uzbeks 9%
Armenia	3.3	93	Azeris 2%
Latvia	2.7	52	Russians 35%
Estonia	1.6	62	Russians 30%

Ausbau zentraler Kontrollmechanismen auszubalancieren trachtete, war die präventive Integration nationaler Eliten, deren massive Förderung durch Anwendung ethnisch orientierter Selektionsmechanismen bei gleichzeitiger Einbindung in zentrale Strukturen man als weniger riskant ansah, als die Blockierung ihrer Aufstiegschancen.

Nationalismus ausnahmsweise einmal nicht als Stiefkind, sondern zumindest in einem zentralen Punkt, in seinem konfliktträchtigen Anspruch auf Gleichsetzung von ethnischen und administrativen Grenzen als Protegé des Sozialismus — diese zugegeben etwas unorthodoxe Sicht der Dinge wird sich einem zum klassischen Repertoire westlicher Literatur gehörenden Einwand stellen müssen, wir haben jahrelang gelernt zu denken, daß die im sowjetischen Föderalismus institutionalisierten Zugeständnisse an die als staatsbildend anerkannten Ethnien nichts weiter als propagandistische Lippenbekenntnisse seien, notdürftige Maskerade eines unbelehrbar zentralistischen Einheitsstaates. Heute stehen wir einigermaßen verblüfft vor der Tatsache, daß es gerade diese nur als potemkinsche Dörfer wahrgenommenen föderativen Einheiten sind, die heute so erfolgreich als Fermente des Zerfalles agieren. Diese Diskrepanz läßt sich m.E. nur dadurch erklären, daß alle Vorbehalte gegen den sowjetischen Föderalismus zwar detailgetreu die Realität abbilden und doch am Kern der Sache vorbeigehen.

Sicherlich — das den Unionsrepubliken in Anerkennung ihrer souveränen Staatlichkeit gewährte und den traditionellen föderativen Rahmen sprengende Sezessionsrecht war nie mehr als eine verfassungsrechtliche Fiktion. Die Anwendung föderativer Prinzipien hat sich im Sowjetstaat immer nur auf die Verteilung administrativer Autorität erstreckt, während die reale politische Macht immer in den Händen der zentralistisch organisierten und russisch dominierten Partei konzentriert blieb. Den nationalen Eliten wurde lediglich die Implementierung von politischen Entscheidungen zugestanden, auf deren Formulierung sie kaum Einfluß hatten. Zudem garantierte das zentrale Machtmonopol der Partei, daß diese Eliten ihren begrenzten Zugriff auf lokale Ressourcen niemals gegen die Interessen des Zentrums nutzen konnten.

Ein System doppelter Loyalität, das die nationalen Kader zwar einerseits in ihrer Funktion als Sprachrohr lokaler Interessen instrumentalisierte, sie aber andererseits in der Sicherung ihre Machtposition auf zentrale Strukturen festlegte, sollte das Ausmaß einer potentiellen nationalen Fragmentierung der Bürokratie begrenzen. Wo all diese Kontrollmechanismen mit schöner Regelmäßigkeit immer mal wieder versagten, blieb der Rückgriff auf das bewährte Instrument der Säuberung. So wurden 1959 in Lettland und Georgien, 1972 in der Ukraine unter dem Vorwurf des nationalen Abweichlertums große Teile der nationalen Führungsriege einfach ausgewechselt. Zwischen 1985 und 1988 sind in einer Art konzertierten Aktion alle mittelasiatischen Parteichefs kurzerhand abgesetzt worden.

Von Symbol zum realen Machtfaktor

Kurz und gut, es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die nationale Staatlichkeit der die Sowjetunion konstituierenden Republiken nie mehr als „nur" symbolischen Charakter hatte. Aber wir wissen doch — auch die symbolische Simulation von Wirklichkeit kann in dem Maße, wie sie in den Köpfen die Hegemonie über das Bewußtsein von dieser Wirklichkeit gewinnt, zu einem realen Machtfaktor werden. Genau das ist m.E. in der Sowjetunion geschehen. Mochte man viel von den realen Entscheidungskompetenzen in die Hände des traditionell russischen zweiten KP-Sekretärs legen, einem ungeschriebenen, weil allgemein akzeptierten Gesetz zu Folge, waren die repräsentativen Spitzenpositionen in den bürokratischen Apparaten der Republiken die unangefochtene Domäne der nationalen Kader. Dieses Gesetz konnte man informell unterlaufen und es damit zu einer symbolischen Fassade werden lassen, sich offiziell von ihm zu distanzieren erlauben, konnte man sich allerdings nicht.

Ein griffiger Slogan wie „Kazachstan den Kazachen", der in gefährlicher Diskrepanz zu der tatsächlichen multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung steht und damit eigentlich inhuman ist, konnte nicht zuletzt deshalb zu einer unwidersprochenen Spielregel werden, weil er sich auf Prinzipien des Sowjetföderalismus berufen konnte. Eine daraus abgeleitete Politik der einseitigen, ethnisch motivierten Favorisierung bestimmter Gruppen, für die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen nationaler Minderheiten geradezu konstitutiv ist, konnte nicht zuletzt deshalb gesellschaftsfähig werden, weil die ambivalente Rethorik leninistischer Nationalitätentheorie sie mit den höheren Weihen einer unverdächtigen ideologischen Dignität ausstattete. Dabei mochte das einigen Ethnien z.T. recht willkürlich gewährte Recht, sich in einem bestimmten Territorium als Staat zu konstituieren und diesen Staat als Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung ihrer besonderen Interessen zu nutzen, wenigstens anfänglich noch einen emanzipatorischen Sinn gemacht haben. Obgleich dieses Sonderrecht auch von vorneherein auf eine gegen das Egalitätsprinzip verstoßende Festschreibung von Hegemonieansprüchen hinauslief. Ursprünglich war jedoch nur die vorrübergehene Einrichtung von Schutzräumen gemeint, in denen einzelnen nationalen Gruppen durch die quasi kompensatorische Gewährung von Vorzugsbedingungen Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Entwicklungsdefizite aufzuholen.

Ein vormals stabilisierendes Element mußte aber spätestens dann zur Quelle permanenter Spannungen werden, als die Inhalte von Nationalitätenpolitik sich radikal gewandelt hatten, die Form, in der sie exekutiert wurden, hingegen dieselbe blieb. Während nämlich die prioritäre Förderung nationaler Eliten bald zu Gunsten eines billiger zu habenden Imports ostslavischer Spezialisten zeitweilig außer Kraft gesetzt wurde, hat man das System national-territorialer Gliederung weitgehend unangetastet gelassen.

Die von Anfang an trügerische Nationalstaatsillusion mußte damit vollends zur Absurdität werden, die niemanden mehr zufrieden stellen konnte: Die Titularnationen sahen sich in ihrem Anspruch auf unangefochtende Dominanz in „ihrem" Territorium durch Marginalisierung bedroht. Und die Migranten fühlten sich durch einen Repräsentationsmodus diskriminiert, der diese Dominanz zumindest auf einer symbolischen Ebene reproduzieren sollte und keine Rücksicht auf tatsächliche ethnische Mehr-

heitsverhältnisse nahm.

Solange das Prinzip der national-territorialen Gliederung in die Strukturen des Zentralstaates eingebunden und damit letztendlich Theaterdekoration blieb, konnte man mit dieeser Zeitbombe etnischer Unzufriedenheit vielleicht leben. Mittlerweile haben die nationalen Eliten ihren Sozialvertrag mit dem Zentrum allerdings aufgekündigt. Er war für sie wertlos geworden, nachdem sie im Zuge einer allgemeinen Ressourcenverknappung und im Ergebnis eines rasanten Machtverfalls von dieser Seite weder materielle Allimentierung noch institutionelle Absicherung ihrer Machtposition mehr erwarten konnte.

Es ist als wiederhole sich hier ein historisches Schauspiel. Nur ist es diesmal der Sowjetstaaat, der im Ergebnis des erst in seinem Rahmen erfolgten *nation-building Prozesses* die Grundlage dafür gelegt hat, daß sich auf den Trümmern seiner internationalistischen Utopie die Renaissance des Nationalismus ereignen kann.

Eine Renaissance, die blutig zu werden verspricht: Erstens ist es der integrale Nationalismus, der in der Sowjetunion eine diskrete Förderung erfahren hat. Zweitens trifft er auf eine Realität, die mit ihrer vielfältigen ethnischen Durchmischung in denkbar scharfen Kontrast zu seinem ethnischen Reinheitsgebot steht.

Um abschließend noch einmal eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen: Der Zusammenbruch der Sowjetunion allein ist noch kein Drama. Fatal hingegen dürfte sich die Tatsache auswirken, daß dank 70 Jahren sowjetischer Nationalitätenpolitik Emanzipation von der Bevormundung durch ein imperiales Zentrum scheinbar nur als Aktion, etwa der ethnisch definierten Litauer, und nicht — was ja immerhin vorstellbar wäre, — der Einwohner der Republik Litauen möglich ist. Der Triumph der tendenziell immer repressiven Ethno-Nation über die Idee der Staatsnation ist eine Erblast, mit der die Sowjetunion noch im Zusammenbruch die Zukunft belastet. ■

Barbara Maier ist wiss. Mitarbeiterin am FB Gesellschaftswissenschaften Uni Frankfurt.

Rußlands „pieds-noirs“: Werden die Siedler von gestern die neuen Verlierer der Geschichte sein?

Koffer oder Sarg? Die unwiderruflich gewordene Entkolonialisierung des riesigen russischen Reiches wird nicht ohne verschiedene Tragödien abgehen. Die düsterste Tragödie dürfte jene russischen „pieds-noirs“ erwarten, die außerhalb der Russischen Republik leben. Es sind ihrer 25 Millionen; von fünf Russen lebt einer in den Republiken der Peripherie, die eine nach der anderen ihre Unabhängigkeit ausrufen — oft in einem brütigen nationalistischen Klima.

Fünfzehn Millionen Russen sind auf die sechs „europäisch“ genannten Republiken verteilt, zehn Millionen leben in Zentralasien, der Rest im Kaukasus. Diese russischen „Siedler“, denen schon früher ein starkes anti-russisches Ressentiment entgegenschlug, haben heute, wie in Litauen etwa, per Gesetz die nationale Sprache als Amtssprache gegen das Russische behauptet wird, fühlen sich faktisch jetzt schon als Bürger zweiter Klasse. Morgen, glauben viele, werden sie gezwungen sein, übereilt auszureisen. Und das unter denkbar schlimmsten Bedingungen. Da Moskau, Leningrad und andere russische Großstädte ihnen faktisch verschlossen sind, wird den Ärmsten unter ihnen wohl nichts übrigbleiben, als sich in irgendwelchen öden sibirischen Flecken eine neue Existenz aufzubauen. Dort werden sie sich dann gemeinsam mit den neuen Arbeitslosen, den unvermeidlichen Opfern des Übergangs zur Marktwirtschaft, einfinden.

Das Problem, das sich dem wieder in die Geschichte hineingeborenen Rußland im Falle eines solchen Exòdus stellte, wäre, alle Proportionen in acht genommen, mit der Repatriierung von nicht einer, sondern fünf Millionen französischen Siedlern aus dem entkolonialisierten Algerien in den 60er Jahren vergleichbar! In bestimmten Republiken (Lettland, Kasachstan, Moldavien ...) stellen die russischen „pieds-noirs“ heute ein Drittel bis gar fast die Hälfte der Bevölkerung. Alma-Ata, die Hauptstadt Kasachstand, ist praktisch eine homogen russisch bevölkerte Stadt, wie im übrigen auch gewisse Regionen Moldaviens oder Lettlands. In Zentralasien stellen die Russen gelegentlich das Gros der Verwaltungskader und der lokalen Eliten, die, so steht zu erwarten, die neuen nationalen Machthaber rücksichtslos auszuschalten versucht sein werden, um sich der begehrtesten Posten zu bemächtigen. Schon heute ist es in Taschkent (Usbekistan) oder Duschanbe (Tadschikistan) nicht gut, Russe zu sein. Selbst in der Ukraine, im Herzen der slawischen Welt, kursieren regelmäßig Gerüchte über antirussische Pogrome. Eine grausame Ironie der Geschichte, wenn man bedenkt, daß diese Russen, die manchmal seit vier, fünf oder sechs Generationen dort leben — ihre Friedhöfe und ihre Erinnerungen liegen auf diesem Boden —, in den seltensten Fällen freiwillig dort hingezogen sind. Meist wurden sie durch eine Russifizierungspolitik und durch das heute zusammenbrechende sowjetische System gezwungen.

Gewiß ist es nicht sicher, daß das Schlimmste eintritt. Es ist nicht unmöglich, daß die endgültige Errungenschaften der Unabhängigkeit die Wellen nationalistischer Leidenschaft in den einzelnen Republiken abebben läßt, statt sie anzufachen, und die wirtschaftlichen Zwänge innerhalb des ehemaligen Imperiums in einem gelasseneren Klima schließlich neue Bande entstehen lassen. Auf eine solche Entwicklung hat zum Beispiel das kleine Drittel oder Viertel der russischen Bevölkerung im Baltikum gesetzt, das für die Unabhängigkeit dieser Staaten stimmte.

Mehrere Faktoren mahnen jedoch zur Skepsis. Die Mehrheit dieser russischen „pieds-noirs“ hatte ihr Wohl und Weh mit den konservativen Kommunisten und der Roten Armee verknüpft. Unter ihnen rekrutierten die verschiedenen Komitees oder Gruppen, die sich wider die Unabhängigkeit der jeweiligen Republiken sammelten, ihren Anhang. Wie damals in Algerien haben sich die russischen „pieds-noirs“ ungeachtet ihrer wirklichen innersten Überzeugung mit den zivilen oder militärischen „Sachwaltern“ des sowjetischen Imperiums verbündet ... und kompromittiert. Auf ihnen lastet jetzt das klägliche Scheitern der Konservativen und der Putschisten und deren — sehr gelinde gesagt — Unbeliebtheit. Es wird schwer sein, den Strom wieder hinaufzuschwimmen.

Übrigens haben seit zwei oder drei Jahren in etlichen Republiken die Schikanen und Gewalttätigkeiten gegen die Russen dramatisch zugenommen. Zum Beispiel in Tadschikistan oder Moldavien, wo die Russischsprachigen mit der Ausrufung der mehrheitlich von Russen bewohnten autonomen Dnjestr-Provinz reagiert haben. In diesem sich auflösenden Imperium lauern ständig die ethnischen Ausschreitungen und nationalistischen Ressentiments ... die russischen „pieds-noirs“ haben Grund und Anlaß zur Besorgnis. Man stellt bereits eine verstärkte Rückkehr in das ziemlich ohnmächtige Mutterland fest. Was wird morgen sein, wenn im Fieber nationaler Geburtswehen nicht mehr mit der Roten Armee als Gegengewicht zu den sich allenthalben bildenden nationalen Garden oder Armeen gerechnet werden kann?

JEAN-CLAUDE GUILLEBEAUD
(Nouvel Observateur 29.8 - 4.9.1991)

RÜCKBLICK

LUDI LODOVICO

Quittungen

Recht behalten kann bitter sein. Vor etwas über einem Jahr hielt ich wie viele Linke in der BRD und anderswo konföderative Lösungen im Rahmen eines zwei- bzw. mehrstaatlichen Deutschland nicht nur für denkbar, sondern auch für wünschenswert. Das wollte allerdings nur eine Minderheit der überhaupt befragten Minderheit. Eine Wahl, die den Namen nur bedingt verdient (gerade mal 20 % durften sich äußern), kann nicht völlig erschüttern, was historische und politische Einheit, aber auch politische Vernunft gebieten. Daß die pseudo-nationalstaatliche „Wiedervereinigungs"-Lösung eine rationale oder gar die einzig richtige Lösung gewesen sei, behaupten mittlerweile nicht einmal mehr eingefleischte Klempner der Macht- und Realpolitik wie Helmut Schmidt: „die Nation" verdünnt sich beim „Verantwortungs"-politiker zur „seelischen Notwendigkeit" (Die Zeit, 3.10.91). Und die Argumente für seine gesinnungstüchtige Verschönerung der Realität zur „Notwendigkeit" leben von einfacher Intellektuellen-Schelte. Wovon sonst.

Weil die demokratische Legitimation und die ernsthafte Diskussion über Alternativen völlig fehlte — und nicht um der maßgeblich auch vom Westen herbeigesendeten Beischluß-Mehrheit im Osten die regionale Legitimität zu bestreiten — warnten damals viele (u.a. auch ich) vor einem Beischluß der DDR unter exquisit nationalen Vorzeichen. Im großen Senatssaal der Humboldt-Universität in Ostberlin, sozusagen im Echobereich des Ortes, von dem aus Fichte anfang des letzten Jahrhunderts seine „Reden an die deutsche Nation" hielt, um deren kriegsfähige Generation aufzuwecken für den nationalen Widerstand gegen Napoleon, kam meine Skepsis gegenüber Nation, Nationalität und Nationalstaat nicht gut an — um es gelinde zu sagen. Dort träumten auch Linke noch von „nationaler Normalität" als dem Königsweg zu westlichen Standards im Wirtschaftlichen, Sozialen und Politischen.

Nicht die Wünsche der Menschen, sich so zu organisieren, daß sie ihre Erwartungen, Bedürfnisse und Interessen befriedigen können, sind das Problem, sondern der vermeintlich vernünftige, meist jedoch anachronistische, mittlerweile fast nur noch gemeingefährliche Aberglaube, derlei Ambitionen wären im Rahmen von ,,Nationalstaaten" am besten zu verwirklichen. Das Gegenteil ist schon lange richtig und wird täglich offensichtlicher: nationale, nationalstaatliche und nationalistische Korsettstangen schaffen den Gesellschaften nur neue Konflikte und lösen die alten nicht. Welcher Rentnerin bzw. welchem Rentner, welcher bzw. welchem Arbeitslosen, Verarmten oder SozialhilfeempfängerIn — zusammen um die 30 Prozent der Bevölkerung — geht es so, wie es ihr bzw. ihm geht, weil sich der nationale Status des Landes angeblich normalisiert hat oder weil es hier Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende — zusammen unter 10 Prozent — gibt? Für deren objektive soziale Lage sind ganz andere Faktoren maßgeblich.

Mit der verlogenen Parole, die Herstellung „nationalstaatlicher" Normalität stehe endlich auf der Tagesordnung, schufen sich die gesellschaftlichen und parastaatlichen Großagenturen (mit Ausnahme von ein paar Grünen, autonomen Linken, unabhängigen Köpfen und SPD-Teilen um Lafontaine) zwei Probleme, mit denen sie sich und wir uns noch eine Zeitlang herumzuschlagen haben werden:

- Die Vereinigung der deutschen Teilstaaten unter entschieden nationalen Vorzeichen weckte (vor allem im Osten) unerhörte nationale Erwartungen, bzw. die Hoffnung auf Erfüllung fast aller materiellen Wünsche als quasi-natürliche Folge der „nationalen" Einheit — „jetzt wird es bei uns, wie gestern im Westfernsehen gezeigt".
- Jenes Zusammenwachsen unter der schwarz-rot-goldenen Fahne kann von der bereits im Lande lebenden ausländischen Minderheit (je nach Region zwischen 5 und 30 %) nur als Kampfansage verstanden werden.
- „Addiert" man die beiden Probleme, so erhält man ziemlich genau jenes explosive Gemisch, in dem sich ungelöst soziale Fragen und unerfüllte nationale Hoffnungen zu Ausländerhaß, Flüchtlingshetze und Rassismus amalgamieren.

Über kurz oder lang werden sich die Konflikte etwa so zuspitzen wie in Frankreich. Dort bildete sich der nationalistisch-rassistische Front National unter der liberalkonservativen Regierung. Nach dem Machtwechsel glaubten die bürgerlichen Parteien das Problem Le Pen dadurch „lösen" zu können, daß sie dessen Themen — Einwanderung, Ausländerghettos, Schwarzarbeit, Kriminalität — beerbten und gegen die nun regierenden Sozialisten hochspielten. Giscard d'Estaing ging jünst einen Schritt weiter, indem er die Einwanderung zur „Invasion" verfälschte und die Ablösung des alten republikanischen Bürgerrechtsprinzips (ius solis, Bürgerrecht nach dem Ort, an dem jemand geboren wird) durch das nationalistisch imprägnierte ius sanguinis (Bürgerrecht nach ethnisch-nationaler Abstammung) forderte. Ob sich der in Koblenz geborene Giscard damit ein Mandat für den Bundestag sichern wollte, falls die nationalistisch-rassistische Karte bei den Parlamentswahlen 1993 in Frankreich nicht sticht? Sicher verhalf Giscard damit rassistisch eingefärbten Argumentationsmustern zu bis vor kurzem undenkbarer Respektabilität. Das Versailler Appellationsgericht befand bereits, der Terminius ‚invasion' enthalte nichts Abwertendes und verurteilte glatt die Menschenrechtsliga, die einen Vertreter des Front National wegen des Gebrauchs des Begriffs angegriffen hatte zu 10000 Francs Buße (Le monde 10.10.91). Giscards Kettenhund Poniatowski legte gleich nach: „Eindringen, Okkupation, Invasion, alle drei Worte treffen zu", und Frankreich habe sich zu wehren gegen die Verwandlung in einen „afrikanischen und sozialistischen Boulevard" (ebd.). Ein Wahlbündnis der bürgerlichen Parteien mit Le Pen ist denkbar geworden.

Den bürgerlichen Parteien hilft dieser Rechtsruck nicht viel, weil der Front National nun mit noch mehr Druck noch radikalere Lösungen fordern wird, um die Stammtische und Bouleplätze der *grande nation* hinter sich zu bringen. Auch hierzulande profilierten sich die Konservativen und Teile der SPD in der Ausländer- und Asylpolitik so weit nach rechts, daß es ihnen nun schwerfällt, die Wechsel einzulösen, die sie unter dem Druck des Vereinigungstaumels ausgestellt haben. Glücklich „vereinte Nation"? Leere Hände, außer Fahnen nichts gewesen. Die wiederentdeckte nationale Rhetorik hat die sozialen Konflikte für kurze Zeit ein wenig zugedeckt, nicht gelöst. Weiter rechts stehende Gruppierungen wird das nicht daran hindern, in ihrer nationalistischen Hetze weiterzufahren und als Ernte einzubringen, was Konservative und rechte SPD säten — das Bremer Wahlresultat ist wahrscheinlich nur der Anfang. ■

JOSEF ESSER

Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 1)

Im neuen deutschen Staat existieren auch nach dem 3. Oktober 1990 zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen. Ob, wie, wann und mit welchen Ergebnissen der gesellschaftliche Vereinigungsprozeß vonstatten gehen wird, vermag heute niemand zu sagen — auch die Sozialwissenschaft nicht. Allerdings läßt sich aus der spezifischen Art, wie die Eingliederung der ehemaligen DDR in den Staatsverband der BRD erfolgte, die These ableiten: daß wir es auf längere Zeit mit einer sozioökonomisch zweigeteilten neuen Bundesrepublik Deutschland zu tun haben werden. Und ebenfalls läßt sich vermuten, daß diese Spaltung das bisher so erfolgreiche ,,Modell Deutschland" vor außerordentlich hohe Integrationsprobleme und Stabilitätsrisiken stellen wird.

Als im November 1989 das Staatswesen der DDR einschließlich seines ,,real existierenden Sozialismus" unter den Stürmen einer *inneren* Opposition sowie deren *äußerer* Tolerierung durch die bisherige Schutzmacht Sowjetunion wie ein Kartenhaus zusammenbrach, überraschte dies die politische Klasse der BRD ebenso wie die Revolutionäre in der DDR. Und trotz jahrzehntelangem Festhalten am Postulat der Wiedervereinigung Deutschlands existierte im Bonner Regierungsapparat kein politisch-ökonomisches Konzept für die Ausgestaltung eines wiedervereinigten Deutschlands.

In dieser prekären Lage waren Improvisation und kurzfristiges Krisenmanagement angesagt. Freilich basierte dieses Krisenmanagement auf zwei politischen Prinzipien, die man als den ,,großen Konsens" der politischen und sozialen Eliten der BRD bezeichnen kann: *Erstens* galt es zu verhindern, daß der politische Zusammenbruch ein derartiges ökonomisches Chaos entstehen ließ, daß faktisch alle 16 Millionen Bürger und Bürgerinnen der DDR in die BRD fliehen und damit das DDR-Chaos in die BRD importierten. *Zweitens* — und wichtiger — war sich die politische Klasse der BRD über alle politischen und ideologischen Grenzen hinweg darin einig, daß das etablierte und effizient funktionierende politische System der BRD mit seinem politisch-institutionellen Rahmen, seinen gegebenen Machtstrukturen und Interessenverflechtungen auf keinen Fall gefährdet werden oder gar über eine Verfassungsdebatte mit unkalkulierbarem Ergebnis in Frage gestellt werden sollte. Dieser Grundkonsens verdankt sich einem tief verankerten Mißtrauen der politischen und ökonomischen Eliten der BRD, konstitutionelle Grundentscheidungen von plebiszitären Mehrheiten treffen zu lassen. Stattdessen entspricht es der deutschen Tradition, daß der Verfassungskonsens zwischen wichtigen korporativen Akteuren ausgehandelt wird.

Aus beiden Gründen setzte man ohne große Diskussion auf die Eingliederung der DDR in den Staatsverband der BRD nach Art. 23 des Grundgesetzes. Und man verwarf die ebenfalls von der Verfassung vorgesehene Möglichkeit, nach Art. 146 die Neugestaltung einer ,,dritten deutschen Republik" als Ergebnis der Wiedervereinigung in die Wege zu leiten.

Diese Entscheidung bedeutet nun eine radikale und schnelle Transformation der politisch-ökonomischen Strukturen der ehemaligen DDR hin zu sozialer Marktwirt-

Foto: dpa

schaft, parlamentarischer Demokratie und föderativem Staatsaufbau. Und sie verhindert den alternativen Weg einer sanften und langsamen Transformation — den Weg, den die anderen osteuropäischen Länder Polen, Ungarn und die CSSR derzeit zu praktizieren versuchen. Interessanterweise wurde diese ,,Anschlußpolitik" von den ökonomisch-technischen Eliten der DDR ebenso unterstützt wie von der großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Beide versprachen sich davon rasche Wohlstandsmehrung und Effizienssteigerung in den neuen Bundesländern.

Wirtschafts- und sozialpolitische Konsequenz dieses Primats der Politik war die zum 1. Juli 1990 eingeführte ,,Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion". Vor ihr hatten Fachökonomen, Industrielle und die Deutsche Bundesbank, die man häufig fälschlicherweise als die eigentliche wirtschaftspolitische Regierungszentrale Deutschlands ansieht, deutlich wegen der vorhersehbaren ökonomischen und sozialen Folgen gewarnt. Widersetzt haben sie sich ihr freilich wegen der politischen Prioritäten nicht. Mit dieser Wirtschafts- und Währungsunion waren die Weichen für eine Form des marktwirtschaftlichen Umbaus gestellt, der die Wirtschaft der ehamligen DDR erstens ohne Vorbereitung der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz aussetzt und sie zweitens zur Peripherie des dominanten und dynamischen westdeutschen Wirtschaftszentrums degradiert.

▶ Die Folgen der Einheit: Deindustrialisierung... ◀

Das Inkrafttreten des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion hat die Wirtschaft der ehemaligen DDR von heute auf morgen der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Nunmehr offenbarten sich die durch das wenig effektive planwirtschaftliche System erzeugten und durch die Abschottung vom Weltmarkt verstärkten Strukturprobleme der ostdeutschen Wirtschaft mit einer Brutalität, die auch westliche Experten so nicht vorhergesehen hatten. Auch sie hatten den offiziellen statistischen Daten und Erfolgsmeldungen der DDR-Führung geglaubt, nach denen die Wirtschaft der DDR noch 1988 zu den zehn wirtschaftlich führenden Ländern der Welt gehören sollte. Immer deutlicher zeigte sich, daß all diese statistischen Daten falsch gewesen waren und die bereits seit längerer Zeit tiefgreifende Wirtschaftskrise der DDR erfolgreich verdeckt hatte.

Nun ist freilich auch die aktuelle wissenschaftliche Debatte über den wirklichen Zustand der DDR-Wirtschaft vor der Währungsunion sehr stark vom politischen Interessenkampf bestimmt. Regierungsoffizielle und -offiziöse Fachökonomen wie beispielweise die vom *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* oder die von der *Deutschen Bundesbank* sehen die Strukturschwächen der DDR-Wirtschaft vor allem in drei Faktoren:

- einem überhöhten Personleinsatz,
- einer nicht den Konsumtenwünschen entsprechenden Produktstruktur und
- einer geringen Spezialisierung der Produktion.

Insgesamt ermögliche das Programm der ,,schöpferischen Zerstörung", wie es nach der Einführung der Marktwirtschaft in Gang gekommen sei, daß die Industrie, die bisher einen höheren Beschäftigungsanteil hatte als in vergleichbaren westlichen Industrieländern, an Bedeutung verliere. Auch der Agrarsektor beanspruche bislang vielmehr Arbeitskräfte als die Landwirtschaften der hochentwickelten westlichen Industrieländer. Gute Beschäftigungsaussichten hätten dagegen die Bauwirtschaft und insbesondere die private Dienstleistungsproduktion, die in der DDR stark vernachlässigt worden war. Allerdings würden in den Betrieben und dem Staatsapparat viele Arbeitsplätze fortfallen, die der zentralen Planung und der Überwachung von Wirtschaft und Bevölkerung gedient hätten.

Demgegenüber verweisen Kritiker der Vereinigungspolitik darauf, daß gerade das ,,crash-programme" des harten und schnellen marktwirtschaftlichen Strukturwandels erst die wirkliche und längerfristige Misere der ostdeutschen Wirtschaft erzeugen werde. Sie können nachweisen, daß die DDR-Wirtschaft über ein beträchtliches industrielles Produktionspotential, ein ausgebautes Bildungssystem, qualifizierte Facharbeiter und Facharbeiterinnen und ein umfassendes Forschungs- und Innovationspotential verfügt habe, daß es wert gewesen wäre erhalten zu bleiben. Durch massiven Kapital- und Technologietransfer aus der BRD hätte dies in den strukturellen Anpassungs- und Modernisierungsprozeß integriert und nutzbar gemacht werden können.

Weiter wird hier die These vertreten, daß der gegenwärtig als ,,schöpferische Zerstörung" etwas zu idyllisch beschriebene Transformationsprozeß der ehemaligen DDR-Wirtschaft die tatsächlich vorhandenen Innovations- und Modernisierungspotentiale nicht freisetze und für eine industrielle Modernsierung nutzbar mache. Vielmehr habe der gegenwärtige Umbauprozeß dazu geführt, daß diese Potentiale in ihrem Bestand vernichtet würden und die Entwicklungsfähigkeit der Industrie in Ost-Deutschland insgesamt bedroht sei.

Wie auch immer man diese wirtschafts- und industriepolitische Kontroverse beurteilen mag, fest steht, daß ein Jahr nach der Vereinigung der Prozeß der Zerstörung und De-Industrialisierung der ehemaligen DDR-Wirtschaft in vollem Gang und keineswegs bereits zum Stillstand gekommen ist.

- Die Nachfrage nach einheimischen Waren (rund 80 Prozent des Gesamtumsatzes von verarbeitender Industrie und Bauindustrie) ist nach der Einführung der DM zusammengebrochen.
- Der Export in den Comecon-Raum (bisher rund 10 Prozent des gesamten Warenumsatzes) erfolgt jetzt nicht mehr mit der Umrechnungswährung Transfer-Rubel, sondern in DM, das eine erhebliche Verteuerung ostdeutscher Produkte in diesen Wirtschaftsraum zur Folge hatte.
- Die Exporte in westliche Länder, einschließlich der Lieferungen in die alte Bundesrepublik (rund fünf Prozent des Gesamtabsatzes) wurden durch die Währungsunion bis auf das Vierfache verteuert. Waren, die bisher im Niedrigpreissegment erfolgreich waren, sind nun ebenfalls dem vollen wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb ausgesetzt.
- Da die Industriestrukturen in Ost- und Westdeutschland sich in hohem Maße gleichen, profitieren vor allem die wettbewerbsfähigen westdeutschen Firmen von der Vereinigung. Sie erhöhen ihre Kapazität und bedienen damit den Markt der ehemaligen DDR.

Quantitativ drückt sich das so aus: Im zweiten Halbjahr 1990 sank das Bruttoinlandprodukt in Ostdeutschland real um 27,5 Prozent. Die Produktion der *Industrie* verringerte sich im zweiten Halbjahr 1990 um 57,5 Prozent; im ersten Halbjahr 1991 betrug sie noch ein Drittel des Niveaus vom ersten Halbjahr 1990, im zweiten Halbjahr 1991 soll sie auf ein Viertel des Standes vom ersten Halbjahr 1990 absinken. Dieser Produktionsrückgang geht quer durch alle Branchen. In der *Land- und Forstwirtschaft* betrug der Produktionsrückgang im zweiten Halbjahr 1990 35,7 Prozent, im ersten Halbjahr 1991 21 Prozent. Fast 13 Prozent der ostdeutschen Ackerflächen sind inzwischen stillgelegt worden, im Land Brandenburg sogar 20 Prozent. Im Sektor *Handel und Verkehr* sank die Produktion im zweiten halbjahr 1990 um 40,8 Prozent, im ersten Halbjahr 1991 um 32,9 Prozent.

Dieser Deindustrialisierungsprozeß wird bisher kaum durch Betriebsneugründungen oder Neuinvestitionen kompensiert. Wenn man die Bemühungen der *Treuhand*, die alten Staatsbetriebe der DDR zu privatisieren oder zu sanieren, zunächst ausklammert, so beträgt die Zahl neugegründeter Betriebe seit Anfang 1990 zwar rund 400000. Viele dieser Betriebe sind jedoch bereits wieder eingegangen und ihr Arbeitsmarkteffekt ist sehr gering. Außerdem liegt ihr Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich, zum Aufbau einer neuen Industriestruktur taugen sie kaum. Auch die Direktinvestitionen westdeutscher Unternehmen halten sich bisher in Grenzen. 1990 wurde nach einer Untersuchung des *Ifo-Instituts*, München, von westdeutschen Industrieunternehmen rund 1,5 Milliarden DM investiert, 1991 sollen es 9 Milliarden DM werden, für 1992 sind 16 Milliarden DM eingeplant. Auch bei diesen Direktinvestionen liegt das Schwergewicht nicht bei den Schlüsselbranchen der westdeutschen Wirtschaft wie Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik, Chemie oder Fahrzeugbau. Die wichtigsten Investoren kommen aus der Bauindustrie, der Mineralölverarbeitung, der Nahrungsmittelindustrie — typisch konsumnahen Branchen also. Eine Ausnahme bilden die westdeutschen

Großbanken, die das ehemalige DDR-Gebiet bereits mit ihren Filialen überschwemmt haben.

Daß vor allem die westdeutsche Wirtschaft der bisherige Nutznießer des deutschen Vereinigungsprozesses ist, belegt eine andere Studie des Ifo-Instituts. Das westdeutsche Wirtschaftswachstum wäre 1990 ohne Vereinigung nur halb so hoch gewesen, knapp 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden im Westen, die westdeutschen Unternehmen konnten über die Zuwanderer aus dem Osten ihren Facharbeitermangel beheben.

... und Arbeitslosigkeit

Es bleibt nicht aus, daß dieser Deindustrualisierungsprozeß bereits eine hohe Zahl offener und versteckter *Arbeitsloser* in Ostdeutschland produziert hat. Weniger als die Hälfte der einst rund 10 Millionen Beschäftigten der ehemaligen DDR arbeiten heute noch (Stand: 4 Quartal 1991). Eine Million ist nach Westdeutschland abgewandert; 350 000 arbeiten als Pendler in Westdeutschland; 800 000 werden über Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen aufgefangen; 550 000 wurden frühverrentet, rund 1,5 Millionen leisten Kurzarbeit, d.h. sie arbeiten faktisch nicht, gelten aber als formell weiterbeschäftigt, da sie staatlich finanziertes Kurzarbeitergeld erhalten. Und rund 1,1 Millionen sind offiziell als arbeitslos registriert.

Nach allen Prognosen wird die Arbeitslosenzahl 1992 weiter ansteigen: Derzeit arbeiten 92 Prozent aller Industriebetriebe kurz. Kurzarbeitergeld wird aber nur noch bis zum Jahresende 1991 von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt. In einer internen Studie geht das Bundesfinanzministerium davon aus, daß lediglich rund 20 Prozent der industriellen Arbeitsplätze in Ostdeutschland — und das wären 700 000 von ehemals 3,4 Millionen — übrig bleiben werden. Eine US-amerikanische Studie schätzt, daß aufgrund der Währungsaufwertung und der stattgefundenen Lohnerhöhungen nur noch acht Prozent der Arbeitsplätze in den industriellen Großbetrieben Ostdeutschlands (Kombinate) wettbewerbsfähig seien.

Das *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg* legt seinen Prognosen die These zugrunde, daß die Vollbeschäftigung in der ehemaligen DDR nach kapitalistischen Maßstäben eine Fiktion war und nur durch Scheinarbeit und Arbeitsstellenprivilegien aufrechterhalten werden konnte. Gemessen an der Arbeitsproduktivität in Westdeutschland wären demnach 70 Prozent aller früheren DDR-Arbeitsplätze überflüssig bzw. müßten umgestaltet werden. Schließlich plant die Treuhandanstalt rund 1,4 Millionen Arbeitsplätze in denen von ihr zu privatisierenden oder zu sanierenden Betrieben abzubauen. Das wären knapp die Hälfte der derzeit von der Treuhand beschäftigten Arbeitnehmer. Im Öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer sollen 700 000 Arbeitnehmer von derzeit über 2 Millionen entlasssen werden und in der Landwirtschaft soll die Zahl der Beschäftigten von derzeit 750 000 auf rund 100 000 schrumpfen.

Allerdings verteilen sich die *Opfer* dieses massiven Deindustrialisierungsprozesses *sozial* wie *regional* uneinheitlich auf das frühere Staatsgebiet der DDR. Und auch hier scheint eine Entwicklung in Gang zu kommen, der wir bereits in Westdeutschland im Verlauf der 70er und 80er Jahre beobachten konnten: die *soziale* und *regionale Gesellschaftsspaltung*. In Ostdeutschland sind freilich weitaus extremere Ausschläge dieser sogenannten ,,Zwei-Drittel-Gesellschaft'' zu erwarten als wir sie für Westdeutschland kennen.

Sozial besonders betroffen sind Frauen, Ältere, Ungelernte beiderlei Geschlechts, Ausländer und Jugendliche. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen beträgt über 56 Prozent. Das Ansteigen der Frauenarbeitslosigkeit ist vor allem mit der erheblichen Verringerung des bislang sehr hohen weiblichen Beschäftigungsgrades verbunden. Er lag 1989 in der DDR bei über 80 Prozent (in der BRD zur gleichen Zeit bei 57 Prozent) und ist inzwischen auf unter 50 Prozent gesunken. Frauen werden aber nicht nur vermehrt entlassen, sie gelten unter den neuen Bedingungen auch als schwer vermittelbar, und hier vor allem wieder Frauen mit Kindern, Alleinerziehende oder Frauen im höheren Alter.

Wegen der inzwischen fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen, die in der DDR faktisch in jedem Betrieb zur Verfügung standen und radikal den Kostensenkungsstrategien zum Opfer fielen, ist die Mobilität der Frauen sehr stark eingeschränkt. Die Freisetzung älterer Beschäftigter verlief deshalb relativ konfliktfrei, weil sie frühverrentet werden konnten und von dieser Möglichkeit auch Gebrauch machten. Bei dem inzwischen rapide steigenden Beschäftigtenabbau allerdings liegt das kritische Alter für Entlassung bereits bei 45 Jahren, was die Möglichkeit eines reibungslosen Übergangs in die Altersübergangsregelung wohl ausschließt.

Spaltungen der Gesellschaft

Auch *Ausländer* gehören nach den bisher vorliegenden empirischen Untersuchungen zu dem bevorzugten Freisetzungspotential. Besonders betroffen sind auch Arbeitnehmer mit vermindertem Leistungsvermögen. Sie wären, nach Untersuchungen ostdeutscher Wissenschaftler, häufig schon zu DDR-Zeiten entlassen worden, wenn die Unternehmen die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Hier sind vor allem zu nennen: kriminell Gefährdete, Alkoholiker, Verhaltensgestörte.

Der Anteil Jugendlicher (unter 20 Jahren) an den Arbeitslosen beträgt derzeit rund 6 Prozent, das ist doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Wichtiger ist jedoch, daß in diesem Jahr etwa 120 000 Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen werden und etwa 30 000 Jugendliche als sogenannte ,,Konkurslehrlinge'' einen neuen Ausbildungsplatz benötigen, weil ihr Betrieb in Konkurs zu gehen droht.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, vorzeitiger Ruhestand oder die sogenannte Wartegeld-Regelung im Öffentlichen Dienst haben bei immer mehr Menschen zu drastischen Einkommensminderungen geführt. Mitte April 1991 waren 47 Prozent aller Haushalte von Erwerbsfähigen von solchen Entwicklungen betroffen; in 30 Prozent aller Erwerbsfähigenhaushalte hat sich das Einkommen durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verringert. Besonders schlecht ist wiederum die Situation alleinerziehender Mütter, von denen es in Ostdeutschland rund 350 000 gibt. Wenn sie arbeitslos werden, sind sie noch schlechter gestellt als die Bezieher von Mindestrenten. Weil sie in der früheren DDR häufig nur teilzeitbeschäftigt waren, liegt ihr Arbeitslosengeld nicht selten unter 495 DM.

Regional stellt sich die Verteilung von offener und versteckter Arbeitslosigkeit differenzierter das als es in der gängigen These vom Nord-Süd-Gefälle behauptet wird. Zwar liegt im Norden (Mecklenburg-Vorpommern) und Ost-Berlin die direkte Arbeitslosenquote mit 14,5 Prozent bzw. 14,3 Prozent über dem Landesdurchschnitt von 12,5 Prozent (Stand Juli 1991), während sie im Süden (Sachsen) mit 11,2 Prozent unter dem Durchschnitt und in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg um den Durchschnitt liegen. Das Bild differenziert sich jedoch, wenn man zu den direkt arbeitslos Gemeldeten die Kurzarbeiter und die von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bzw. Weiterbildungsmaßnahmen profitierenden Beschäftigten dazuzählt, die ja faktisch auch keinen Dauerarbeitsplatz haben. Dann liegen Sachsen (34 Prozent), Berlin-Ost (26 Prozent), Brandenburg (34 Prozent) unter dem Landesdurchschnitt von 35 Prozent, während Mecklenburg-Vorpommern (38 Prozent), Sachsen-Anhalt (37 Prozent) und Thüringen (38 Prozent) einen höhren Anteil als den Durchschnitt aufweisen. Insgesamt jedoch ist zu der Diskussion um die regionale Verteilung von Arbeitsmarktchancen zu sagen, daß hier vieles davon abhängt, ob längerfristig eine moderne und wettbewerbsfähige Industriestruktur in der ehemaligen DDR überhaupt entstehen kann. Wenn es nicht gelingt, den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern zu sanieren, den Maschinenbau und die Elektrotechnik in Brandenburg sowie die chemische Industrie in Sachsen-Anhalt zu retten, dann könnte sich die These vom Süd-Nord-Gefälle in Ost-Deutschland längerfristig als richtig erweisen, weil man am ehesten den Ländern Sachsen und Thüringen mit ihrer diversifiziert industriellen Branchenstruktur das Überleben unter kapitalistischen Bedingungen zutraut. ■

INGRID KURZ-SCHERF

Wider die Einäscherung sozialer Phantasie

Wenn die in Deutschland amtierende politische Klasse in den letzten eineinhalb Jahren eines geschafft hat, dann ist es die Einäscherung aller sozialen Phantasie. Das Ende der Utopie — nicht weil es daran keinen Bedarf mehr gäbe, nicht weil wir der Utopie nicht mehr bedürfen als „Wärmestrom" der Geschichte, sondern weil sie im „Kältestrom" der obwaltenden Kleingeistigkeit ersoffen ist. Was soll man sich noch Gedanken machen über Emanzipation und Demokratie, über Gerechtigkeit und vernünftige Maßstäbe von Effizienz und Fortschritt, wenn man doch es weiß, zumindest in deutschen Landen hört einem so bald keiner mehr zu. Ein paar Konservative trauern um ihren intellektuellen Punchingball, den Sozialismus — aber ansonsten will keiner mehr etwas davon gewußt haben. Ohne aber die soziale Phantasie neu zu beflügeln, läßt sich die soziale Misere in den neuen Bundesländern nicht beheben.

Nun ist sicher nicht jede Utopie notwendigerweise eine sozialistische Utopie, aber die meisten, die die Menschen in den letzten 200 Jahren im Kopf, im Herzen und auf der Straße bewegt haben, hatten doch wenigstens wichtige sozialistische Einsprengsel. Beispielsweise die Eigentumsfrage bzw. die Gegnerschaft zu der an das private Eigentum an Produktionsmitteln geknüpfte Verfügungsgewalt über andere Menschen. Alle Sozialreformer und erst recht alle sozialen Utopien standen dem Privateigentum an Produktionsmitteln oder zumindest dessen Konzentration in wenigen Händen kritisch bis feindlich gegenüber. Die Sozialisten aller Schattierungen sahen darin sogar das Grundübel der kapitalistischen Wirtschaftsweise, an dem diese auf kurz oder lang notwendigerweise scheitern würde. Die Frage war nur, ob der Niedergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise die ganze Menschheit in die Barbarei oder in die (z.B. ökologische) Katastrophe stürzt oder ob es vorher gelingt, den Herrn (!) Kapitalisten die Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensgrundlagen zu entreißen, um damit vernünftig umzugehen.

Schon lange weiß fast jeder — klammheimlich auch die vernagelsten Protagonisten des nun niedergegangenen Sowjet-SED-etc-Systems —, daß die Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln keineswegs eine Vergesellschaftung im Sinne einer Demokratisierung der Verfügungsgewalt über dieselben mit sich bringt. Eher im Gegenteil. Aber dafür, daß das ein Irrweg war, dafür ist die Macht der Deutschen Bank und anderer Großaktionäre oder die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeleitete Macht der Top-Manager nicht weniger problematisch und gefährlich. Also suchten wir schon seit langem nach einem dritten Weg — nicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern jenseits der Alternative Verstaatlichung oder Kapitalaristokratie.

Nun hat sich also der real-„sozialistische" Irrweg als Sackgasse entpuppt und wir könnten endlich zu neuen Ufern aufbrechen. Stattdessen wird die DDR meistbietend versteigert an just jene, die sich endlich die ganze Welt untertan machen können.

Und damit wir nur ja auch alle ihre Macht nicht unterschätzen, gerieren sie sich äußerst geizig: sie schwimmen in Geld, aber eher lassen sie eine ganze Region veröden, eher stürzen sie eine ganze Bevölkerung in tiefe Depression, als daß sie irgendwo auch nur eine Mark investieren, für die sie anderswo 0,2% mehr Zinsen kassieren können. „Macht hat, wer warten kann", schrieb vor einigen Jahren Oskar Negt. Und so warten sie denn, bis die Preise noch tiefer gefallen sind. Und die Menschen sollen ihnen schließlich auch richtig dankbar sein, wenn sie sich dann endlich vielleicht doch das ehemals volkseigene Vermögen aneignen.

Die Treuhand übt treuhänderisch für den Staat z.Zt. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in der ehemaligen DDR aus. Für einen Staat, der im Unterschied zum SED-Regime demokratisch legitimiert und auf Demokratie verpflichtet ist. Könnte das nicht eine ideale Voraussetzung für eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensgrundlagen der Menschen im Osten der Republik sein? Statt daß man diese den Geiern vorwirft, nach dem absurden Motto: Vogel friß oder die Region stirbt.

Es gab und gibt eine Reihe von Vorschlägen, wie die Treuhand mit der ihr zugefallenen Macht hätte umgehen können und müssen, wenn man die Wirtschaft nicht als exteritorial zur Demokratie begreift: Sanierung vor Privatisierung, Dezentralisierung der Treuhand, Übertragung des Eigentums an den Unternehmen an die Belegschaften „zur gesamten Hand", aktive Föderung von Genossenschaften etc. etc.

Solidarität könnte einiges bewegen

Nichts davon passierte und passiert — und nun diskutieren wir also darüber, wie die Arbeitnehmer etwas unternehmen können, wenn die Unternehmer dies nicht tun. Also: sie könnten beispielsweise auf einen Teil möglicher Lohnerhöhungen verzichten und diesen investiven Zwecken im Osten zuführen. Es ist grundsätzlich richtig, daß man die Dinge in die eigene Hand nimmt, wenn diejenigen, die eigentlich dafür zuständig sind, sich verweigern. Solidarität gibt's nun mal allenfalls nur unter denen, die von ihrem eigenen Lohn abhängen. Und die Kraft der Solidarität könnte schon einiges bewegen.

Reinhard Bispink vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Frauen heute: Neue Ansprüche — neue Konflikte (Heft 40)
Windaus-Walser: Der offene Konflikt ist mir lieber. Gisela Wölbert interviewte Karin Windaus-Walser zum Geschlechterverhältnis ● *Frommel:* Gleichheit und Differenz. Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus ● *Pfarr / Fuchsloch:* Frauenquoten, ein juristisches Problem ● *Stein-Hilbers:* Die sogenannten ‚Neuen Väter': Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses ● *Wölbert:* Emanzipation zurechtgestutzt — oder: Wie aus dem Wunsch eine Last werden kann ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Neue Mauern in Europa Soziale Politik in der EG (Heft 39)
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* „Wenn das Auge über die Mauer springt". Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* „Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen". Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

hat ausgerechnet, daß immerhin 5 bis 6 Mrd. DM in einen Fonds fließen könnten, wenn sich die Beschäftigten in der Alt-BRD von einer z.B. 6-prozentigen Lohnerhöhung nur 5 Prozent auszahlen und den Rest einem „Solidaritätsfonds-Ost" zukommen ließen. Ein solcher Fonds könnte durch Kredite seine Mittel leicht verzehnfachen, und da Investoren in Ost-Deutschland nur 1/3 ihrere Investitionssumme selbst aufbringen müssen — den Rest zahlt der Staat (aus Mitteln der Steuererhöhung auch an Dailmer Benz, BASF etc!) —, stünde immerhin ein Volumen von 150 Mrd. DM für sinnvolle Investitionen in den neuen Bundesländern zur Verfügung. Es spricht auch nichts dagegen, Anteilscheine an diesem Fonds auszugeben. Problematisch wird es allerdings, wenn diese Anteilscheine zu marktüblichen Konditionen verzinst werden sollen. Schwierig aber durchaus bewältigbar sind die Details der Fonds-Konstruktion und Verwaltung.

Diskussion über Arbeitszeitverkürzung neu beleben

Den Gewerkschaften werden in ihren nächsten Tarifrunden weitere Strophen des Liedes vom Teilen gesungen werden. Sie wären nur gut beraten, wenn sie sich frühzeitig selbst Gedanken um den Text machen würden. Und sie werden sich auch Gedanken machen müssen, ob sie ihre Kriterien von Wohlstand und Fortschritt nicht mindestens erweitern, wenn nicht sogar grundsätzlich revidieren müssen. Ist es nicht tatsächlich an der Zeit, Wachstum und Produktivitätszuwächse in anderer Weise zu verteilen, als immer nur in Form von Geld für noch mehr Autos, noch mehr Videorekorder, noch mehr Konsum? Immerhin geriet in den letzten Jahren die Zeit als Maßstab von Lebensqualität ins gewerkschaftliche Blickfeld, aber es scheint auch schon wieder daraus verschwunden zu sein, denn von Arbeitszeitverkürzung und flexibler Arbeitszeitgestaltung ist zum Beispiel im großen tarifpolitischen Zukunftsentwurf der IG Metall, der „Tarifreform 2000" nicht mehr die Rede. Dabei ist eine Neubelebung der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung einerseits vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation im Osten und der sich bereits wieder verschlechternden Lage im Westen sowie andererseits angesichts der dringenden Notwendigkeit v.a. auch für die Ost-Frauen neue und bessere Chancen zur Vereinbarung von Familie und Beruf zu eröffnen, längst überfällig. Im übrigen könnte der oben angesprochene Fonds durchaus auch einen Beitrag zur Finanzierung von (evt. befristeten) Arbeitszeitverkürzungen in Ost und West leisten.

Wenn die Beschäftigten Teile ihres den Arbeitgebern abgerungenen Anteils am Wachstum und den Produktivitätszuwächsen nicht konsumieren, dann ließen sich daraus nicht nur weitere Arbeitszeitverkürzungen finanzieren, sondern eben auch volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen und zwar nicht nur im Osten, sondern beispielsweise auch in soziale Dienste oder kulturelle Einrichtungen in Ost und West. Es gibt dazu eine Reihe von Modellen und Plänen, wie beispielsweise schon Ende der 50er Jahre den „Gleitze-Plan" oder Anfang der 60er Jahre den „Deist-Plan", die allerdings nie wirklich ernsthaft verfolgt wurden.

Rückgriff auf alte Modelle

Diese Modelle wurden unter ganz anderen Bedingungen und Voraussetzungen entwickelt, aber die könnten sehr wohl die soziale Phantasie inspirieren, wenn uns den nicht der Kleingeist inzwischen auch das eigene Hirn vernebelt hätte.

Aber wenn wir die Debatte, die Fink und Thierse angezettelt haben, doch aufgreifen sollten, dann sollten wie einen Fehler, den alle Gleitze-, Deist- und sonstigen Modelle alternativer Verwendung von Produktivitätszuwächsen und Wachstum belastet haben, nicht machen:

Wir sollten die Debatte nicht oder jedenfalls nicht vorrangig unter dem Stichwort „Vermögensbildung" führen, und wir sollten uns auch nicht einbilden, daß wir mit dieser Debatte die „Aufhebung der bisherigen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft in einem dritten Sinn" (Fink) betreiben könnten. Wenn tatsächlich Gewerkschaften und Beschäftigte sich bereit finden würden, einen Teil des Ergebnisses der nächsten Tarifrunden statt dem Konsum der Investition oder der Arbeitszeitverkürzung zukommen zu lassen, was wären dann schon 5 bis 6 Mrd. DM, die da maximal zusammenkämen, gegen 670 Mrd. DM, die laut Deutscher Bundesbank schätzungsweise (und man kann davon ausgehen, daß die Bundesbank in diesem Terrain ganz besonders vorsichtig schätzt) an liquiden bzw. leicht mobilisierbaren Geldanlagen bei den westdeutschen Produktionsunternehmen herumliegen? Es bleibt die Frage, wie dieses Geld in den Osten transferriert werden kann — auch hier könnte Erinnerung die soziale Phantasie beflügeln. Stichwort: Investitionslenkung. Es bleibt die Frage nach einem vernünftigeren und effizienteren Umgang der Treuhand mit dem ihr zugefallenen Vermögen des Volkes der ehemaligen DDR; es bleibt die Frage nach der Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die materiellen Lebensgrundlagen der Menschen. Und es bleibt die Frage wenigstens nach der demokratischen Kontrolle des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wenn wir es schon (vorläufig?) aufgegeben haben, es abzuschaffen. Der Investivlohn trägt zur Lösung dieser Fragen nichts aber auch gar nichts bei, aber immerhin kann er dazu beitragen, daß sie endlich wieder gestellt werden. ■

Ingrid Kurz-Scherf war Leiterin der Tarifabteilung des DGB, zuletzt Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Soziales in Brandenburg.

Praktische Hilfe ist möglich

Allerorten in der BRDDR häufen sich Anschläge auf Flüchtlingsheime, äußern BürgerInnen unverhohlene Sympathien für neonazistische Schlägertrupps.

Auf Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit, wie u.a. am 2.10.91 in Frankfurt am Main, bekunden PolitikerInnen die Notwendigkeit ,,sich allen Angriffen gegen AusländerInnen in der Bundesrepublik entgegenzustellen".

Es nicht bei bloßen Bekundungen zu belassen, wäre aber das Gebot der Stunde. Das Problem des Rassismus von oben wie von unten sollte nicht den PolitikerInnen überlassen werden. Wichtig ist, sich in den eigenen Alltagszusammenhängen solidarisch mit den ausländischen Mitmenschen zu verhalten und Rassismen und neofaschistischen Umtrieben couragiert entgegenzutreten, bei Überfällen auf AusländerInnen, wenn notwendig auch mit aktiver Gegenwehr.

Wie praktische Unterstützung aussehen kann, zeigte sich vergangenen Monat an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität. 27 Flüchtlinge aus der hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach (HGU), darunter auch einige Kinder, fanden vorübergehend Zuflucht im StudentInnenhaus in der Jügelstraße. Die Flüchtlinge kamen ursprünglich aus einem Lager im thüringischen Ilmenau, daß sie aus Furcht vor erneuten Übergriffen durch Rechtsradikale verlassen hatten. Unter Androhung von Polizeigewalt sollten sie nun dorthin zwangsrückgeführt werden. Spontan entschlossen sich StudentInnen der Uni Frankfurt dies nicht zuzulassen und alle Flüchtlinge auf dem Universitätsgelände unterzubringen.

Den HelferInnen geht es jedoch nicht nur um praktisch-humanitäre Hilfe. Ebenso wichtig ist ihnen die theoretische Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen des gesellschaftlichen Phänomens ,,Rassismus". Sich nicht als Außenstelle der HGU instrumentalisieren zu lassen, sondern die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die zuständigen Institutionen und Behörden ihrem ohnehin schon minimalen, gesetzlichen ,,Auftrag" nicht nachkommen wollen, ist das Ziel der StudentInnen und UnterstützerInnen. Weitere Forderungen sind z.B. die, nach Beendigung der Zwangstransfers in die fünf neuen Bundesländer; Anerkennung und Unterstützung privat oder von nichtstaatlichen Institutionen aufgenommener Flüchtlinge sowie die Gewähr des Grundrechtes auf Freizügigkeit für Flüchtlinge.

Die Aktion stellt alle Beteiligten vor allem vor organisatorische Probleme, zumal sich kommunale Stellen und andere gesellschaftlichen Institutionen (Amtskirche, Gewerkschaften...) sehr zurückhaltend bis ablehnend verhielten bzw. verhalten und von dieser Seite weder politische noch materielle Hilfe zu erwarten ist.

Die zu Redaktionsschluß noch andauernde Unterbringung, von zeitweilig sogar fünfzig Flüchtlingen erfordert neben dem permanenten Einsatz freiwilliger HelferInnen, (Verpflegungsgruppe, medizinische Versorgung, Rechtsbetreuung, ...) in erhöhtem Maße auch materielle Unterstützung. Weiterhin benötigt werden ÄrztInnen sowie AnwältInnen.

Koordinierung von Sachspenden, Unterbringungsmöglichkeiten und sonstigen Hilfsangeboten, sowie weitere Informationen: *ASTA-Büro der Uni Frankfurt, Tel.: 069/798-3326*

Bei Geldspenden: *Spendekonto der Flüchtlings-Solidaritätsgruppe Schwalbach. Kennwort ,,Schwalbach", Kto. Nr. 198161 Ökobank BLZ 50090100*

P.S.: Zur Zeit planen verschiedene Gruppen einen Aktionstag gegen Rassismus und Faschismus am 9. November in Frankfurt. Informationen hierüber gibt u.a. die Organisation SOS-Rassismus/Frankfurt über ihr *,,Anti-Rassismus"-Telefon 069/440123.*

TH. KUNZ

Schüsse in Bockenheim

Die katastrophale Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt mit ihren für Alleinverdiener gar nicht mehr bezahlbaren Mieten bewirkt eine relative, moderne Art der Verelendung. Für viele Betroffene ist Wohnraumsanierung gleichbedeutend mit Spekulation, der Vertreibung der angestammten Bewohner und der Ansiedlung zahlungskräftiger Mieter. Ein Haus in der Fröbelstraße Nr. 4 in Frankfurter Stadtteil Bockenheim steht seit einem Jahr leer. Die zuständige Abteilungsleiterin im Planungsamt der Stadt betont, seit Monaten habe man den Eigentümer gedrängt, das Haus abzureißen und dort neu zu bauen, es sei weder renovierbar, noch bewohnbar.

Hier kam es zur einer symbolischen Besetzung die auch bereits abgebrochen war, als Einsatzkräfte der Polizei eintrafen. Inzwischen hat sich in der Nähe auf einem Straßenfest um im ,,Cafe Exzess", einem autonomen Jugendzentrum, herumgesprochen, daß Polizei aufmarschiert ist. Außer zahlreichen Neugierigen fanden sich in der Folge etwa zehn Demonstranten ein, die die zwei Dutzend mit Helm und Schild gut geschützten Beamten mit Knallkörpern, Steinen und Leuchtspurgeschossen bewarfen. Nachdem sich die Demonstranten zurückgezogen hatten, verharrte die Polizei mit zwei Mannschafts- und wenigen Streifenwagen an der Ecke Fröbelstraße/Friesengasse. Ihren Reihen gegenüber traten die Besucher eines griechischen Lokals auf die Straße, um sich das Spektakel aus nächster Nähe anzuschauen. In diesem Moment stürmten drei Demonstranten in Richtung der hinter einer Hausecke verschanzten Polizei, warfen aus ca. 15 m Entfernung zwei oder drei Steine gegen die Schilde der Beamten und zogen sich wieder zurück. Danach haben Zeugen des Vorfalles übereinstimmend und unabhängig voneinander den Eindruck, daß sich die Lage beruhigt, die Auseinandersetzung beendet ist. Da tritt ein Beamter hinter der Hausecke vor, zielt mit ausgestrecktem Arm ca. zwei Sekunden und schießt dann fünfmal in Richtung der flüchtenden Steinewerfer. Unmittelbar nach den Schüssen ziehen sich die Polizisten mit ihren Fahrzeugen zurück und lassen sich in dieser Nacht im Viertel nicht mehr sehen. Sofortige Spurensicherung unterbleibt.

Zu einer Pressekonfernz geladene unabhängige Zeugen bestätigen, daß die Angaben der Polizei, hier habe ein Beamter drei Warnschüsse, und ,,als die Intensität der Gewalt nicht nachließ", in einer ,,extremen Notwehrsituation" aus nächster Nähe ,,gezielte Schüsse auf die Beine der Täter" abgegeben, falsch sind. Der Rechtsanwalt der *BUNTEN HILFE* betont dagegen drei Einschüsse.

Während nun im Zusammenhang mit den Ereignissen am Abend des 21.9.91 und den Schüssen aus einer Polizeiwaffe Strafanzeige gegen Unbekannt wegen schweren Landfriedensbruchs erstattet wurde, ermittelt der Staatsanwalt gegen den Schützen, einen 46jährigen Polizeihauptkommissar lediglich wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung. Allein die Tatsache, daß beim Straftatsvorwuf seitens der Staatsanwaltschaft auf niedrigster Ebene angesetzt wird, zeigt, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird, daß bei geringeren Straftatbeständen oft nach schwerwiegenden Vorwürfen angeklagt wird, wenn der Täter der autonomen Szene zugerechnet wird.

Es ist zu befürchten, daß mit diesem Ermittlungsgegenstand die Aussagen der unbeteiligten Zeugen im voraus entwertet werden soll. Aussagen, die eine Notwehrhandlung widerlegen!

VOLKER LULEY
für die BUNTE HILFE

Über eine zukünftige europäische Friedensordnung

„Chancen und Probleme einer zukünftigen europäischen Friedensordnung" ist das Thema einer Tagung, die die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zusammmen mit der Landeszentrale für politische Bildung (Wiesbaden) im November in Frankfurt veranstaltet. Das neue Europa hat unübersehbar vielfältige Probleme zu bewältigen. Seine Sicherheit kann nicht länger in den traditionellen Kategorien des Ost-West-Konflikts gedacht werden. Militär kann immer weniger dazu beitragen, die globalen Probleme zu lösen. Auf der Tagesordnung stehen deshalb Fragen wie: „Was meinen wir eigentlich, wenn wir heute von Sicherheit reden?" Welche Rolle bleibt für militärische Sicherheitsorgane? Gibt es in Zukunft eine EG-Armee, gar mit außereuropäischen Einsätzen? Welche Bedrohung birgt das zunehmende wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Ost- und Westeuropa?

Neben der Frage des altneuen Nationalismus diskutieren Vertreter Großbritanniens, Spaniens, der Türkei und der UdSSR die Chancen, aber auch die Stolpersteine für eine europäische Friedensordnung. Es referieren u.a.: Egbert Jahn (Uni Frankfurt), Gert Krell (HSFK), Bruno Schoch (HSFK), Wladimir Milutenko (Chefredakteur „Sowjetunion heute"), Michael Lucas (World Policy Institute, USA).

Termin: 13./14. November '91
Ort: Frankfurt, Bürgerhaus Bornheim, Arnsburgerstr. 24, Abschlußveranstaltung am Donnerstag: Amerika-Haus, Staufenstr. 1
Anmeldung: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Achim Guessgen, Referat II, Pf 3220, 62 Wiesbaden

Versöhnung durch Erinnerung

„Erinnerung ist das Geheimnis der Versöhnung" lautet das Thema einer Tagung zur Geschichte von Buchenwald 1937-1950, die die evangelische Akademie Tutzing veranstaltet. Buchenwald ist ein Ort der Vergegenwärtigung von Menschenverachtung, von tausendfachen Verbrechen und Leiden, ein Ort der nie vergessen werden darf. Die Erinnerung an die Geschichte des KZ Buchenwald von 1937 bis 1945 war in der DDR staatlich verordnet. Nur Teile der Wahrheit jedoch durften ans Licht kommen, andere, wie die Leiden der Sinti und Roma, der Homosexuellen, blieben zugedeckt. Völlig im Dunkeln blieb die Geschichte des Sonderlagers II des Sowjetischen Geheimdienstes NKWD von 1945 bis 1950. Erst die Entdeckung der Massengräber 1989 und 1990 zwang zu einer veränderten Wahrnehmung. Der Frage der Aufarbeitung dieser „zugedeckten Geschichte" widmet sich das Seminar in Weimar. Es referieren u.a. Arno Klönne (Paderborn), Alexander Fischer (Bonn) und Alfred Grosser (Paris).

Termin: 15. - 17. November '91
Ort: Schillerhaus Weimar
Anmeldung: Ev. Akademie Tutzing, Büro Bayreuth, Kanzleistr. 13, 8580 Bayreuth, Tel: 0921/66018

Aus der Rolle fallen — Die Zukunft von Mann und Frau

Zu diesem Thema veranstalten im Dezember der DGB, Landesbezirk Bayern, die bayrische Volkshochschule und die LAG für politische Bildung „Arbeit und Leben" in Bayern einen Kongreß. Seitens der Frauenbewegung aber auch seitens der hauptsächlich in den USA bestehenden Männerbewegung wird zunehmend deutlich gemacht, welche negativen Folgen sich aus den Rollenzwängen von Mann und Frau für die Gesellschaft ergeben. Es wird danach gefragt, ob im Abbau der überkommenen Geschlechterrollen auch ein Schlüssel für einen Abbau von Herrschaft, Gewalt und Destruktion liegen könnte. Die amerikanische Psychotherapeutin Jessica Benjamin und David Gilmore („Mythos Mann") haben aus unterschiedlichen Blickwinkeln diese Fragen besonders deutlich gestellt. Auf dem DGB-Kongreß werden sie ihre Ergebnisse vorstellen. Ihre Positionen werden von Ute Gerhart (Lehrstuhl für Frauenforschung Frankfurt) und Lothar Boehnisch (Professor für Pädagogik in Tübingen) kommentiert.

Termin: 7. und 8. Dezember '91
Information u. Anmeldung: DGB Bildungswerk München, Schwanthalerstr. 64, 8000 München 2

Polen-Deutschland-Europa

„Polen-Deutschland-Europa" heißt das Thema einer Tagung, die die Industrie- und Handelskammer zu Köln, der deutsche Industrie- und Handelstag, Bonn, gemeinsam mit der polnisch-deutschen-Gesellschaft im November veranstaltet. Themen der Referate sind u.a.: „Begriffe von Volk, Staat und Geellschaft aus polnischer Sicht", „Eliten und Quasi-Eliten in Polen im 19. und 20. Jahrhundert", „Das polnische Deutschlandbild". Es referieren hier u.a.: Jerzy Holzer (Vorsitzender der polnisch-deutschen-Gesellschaft, Warschau), Adam Krzeminski (Publizist der Wochenzeitschrift Polityka, Warschau), Hans Maier (München), Marion Gräfin Dönhof (Hamburg)

Termin: 14./15. November '91
Ort: Köln, Industrie- und Handelskammer zu Köln
Anmeldung: Hedwig Wohlfahrt, IHK Köln, Pf 108015, 5 Köln 1, Tel.: 0221/1640-220

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

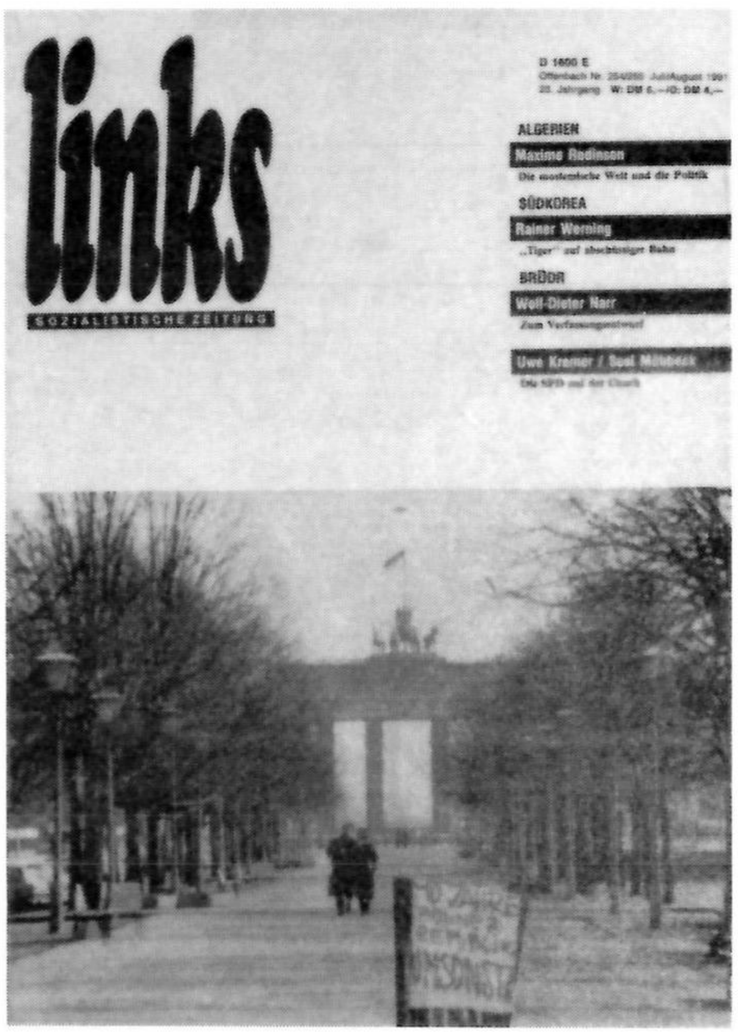
Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

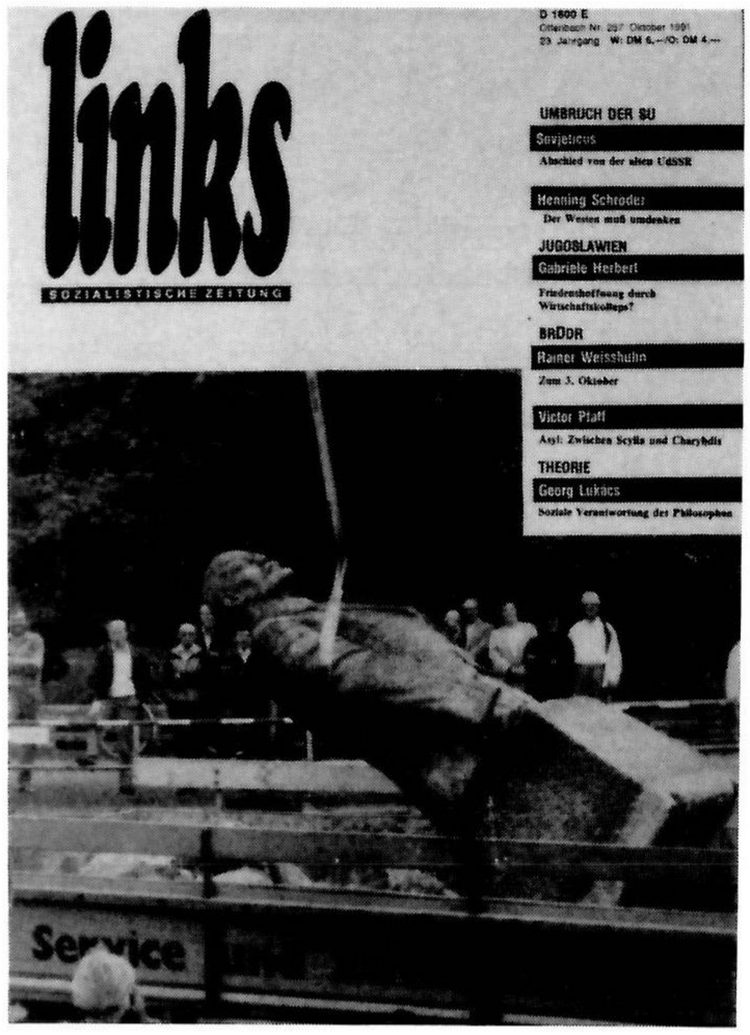
BürgerInnen in Bewegung:
Bürger- und Menschenrechtspolitik in der Bundesrepublik - eine Zwischenbilanz und ein Ausblick.
Tagung von Humanistischer Union und Bildungswerk der Humanistischen Union NRW
vom 22. bis 24. November 1991 in Soest/Westfalen

Vorträge, Diskussionsbeiträge und Foren - u.a. über die Zukunftsaussichten bürgerInnenrechtlicher Politik, neue Formen politischer Teilnahme, feministische Fragen an Demokratie und Recht, das Verhältnis von demokratischer und "sozialer Frage", die BRD als Einwanderungsland, Quotierung und Frauenpolitik, gläserne ArbeitnehmerInnen, Europäisierung der Polizei - als "Expertinnen und Experten" kommen: Claus Leggewie, Wolfgang Templin, Andrea Maihofer, Günter Frankenberg, Barbara Böttger, Rosemarie Will, Jürgen Seifert, Henning Melber u.a.

Anmeldung und nähere Information bei:
Bildungswerk der Humanistischen Union NRW
Kronprinzenstr.15, W-4300 Essen 1, Tel. 0201/22 79 82)

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch





Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg und den Folgen, über das Flüchtlingselend der Kurden und die Problematik „Migration als Menschenrecht".
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7